

IHS Political Science Series
Working Paper 49
November 1997

Strategische Ambivalenz: Der Umgang Jörg Haiders mit dem NS-Thema

Peter Zuser



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Impressum

Author(s):

Peter Zuser

Title:

Strategische Ambivalenz: Der Umgang Jörg Haiders mit dem NS-Thema

ISSN: Unspecified

1997 Institut für Höhere Studien - Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

[E-Mail: office@ihs.ac.at](mailto:office@ihs.ac.at)

Web: www.ihs.ac.at

All IHS Working Papers are available online:

http://irihs.ihs.ac.at/view/ihs_series/

This paper is available for download without charge at:

<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/1025/>

Strategische Ambivalenz
Der Umgang Jörg Haider's mit dem NS-Thema

Peter Zuser

Strategische Ambivalenz

Der Umgang Jörg Haiders mit dem NS-Thema

Peter Zuser

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 49

November 1997

Peter Zuser
Güterslohgasse 12
A-3140 Pottenbrunn
Phone: +43/2742/43134

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

The Political Science Series is published by the Department of Political Science of the Austrian Institute for Advanced Studies (IHS) in Vienna. The series is meant to share work in progress in a timely way before formal publication. It includes papers by the Department's teaching and research staff, visiting professors, students, visiting fellows, and invited participants in seminars, workshops, and conferences. As usual, authors bear full responsibility for the content of their contributions.

All rights are reserved.

Die **Reihe Politikwissenschaft** wird von der Abteilung Politologie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien herausgegeben. Ziel dieser Publikationsreihe ist, abteilungsinterne Arbeitspapiere einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit und Diskussion zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den AutorInnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Alle Rechte vorbehalten

Abstract

Is Jörg Haider a »Nazi« as his praise for employment policies in the Third Reich as well as for the Waffen-SS suggests? Do such statements come out of his socialization in a political subculture which has close affinities to the NSDAP? The present papers does not pretend to answer these questions. It analyzes Jörg Haider's public discourse on the Nazi regime and Austria's Nazi past in terms of strategic choice. The conclusions it reaches are threefold. First, Jörg Haiders usual handling of this sensitive theme appears as perfectly rational and strategic. Second, Haider's strategy focuses primarily on the group of potential voters, while at the same time it neglects the hard-core german-national camp. Third, Haider's statements are in harmony with much of the general population's attitude towards National Socialism: They are unclear, unsensitive, euphemistic, and ambivalent.

Inhalt

1. Einleitung 1

2. Diskursfeld »Nationalsozialismus« 2

3. Die strategischen Optionen Haiders im NS-Diskurs 7

3.1 Deutschnationale 9

3.2 Sympathisanten 11

3.3 Kritiker 13

4. Authentische Eindeutigkeit? 14

4.1 Die »ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich« (1991) 15

4.2 Der »Waffen-SS ... kommt alle Ehre und Anerkennung zu« (1995) 19

5. Geschichtsbilder und politische Codes 23

5.1 Die Weltkriegsgeneration 23

5.2 Die ideologische Mißgeburt: »Österreich« 28

5.3 Die Niederlage 1945 32

5.4 Der antifaschistische Widerstand 33

5.5 Die Verbrechen des Nationalsozialismus 34

6. Haiders diskursive Strategien 37

7. Zusammenfassung 45

Quellen 45

Literatur 46

Anhang: Haider-Aussagen zum NS-Thema 1986–1996 50

1. Einleitung

Seit seiner Wahl zum Parteiobmann der FPÖ im Jahr 1986 muß Jörg Haider mit dem Vorwurf der Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut leben. Er selbst half tatkräftig mit, diese Sicht zu verbreiten und zu verfestigen. Der oftmals geäußerte Verdacht, daß Haider sein wahres Gesicht hinter einer Maske verstecken würde, erhielt durch positive Darstellungen der NS-Beschäftigungspolitik oder der Rolle der Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg immer wieder neue Nahrung. Hinter der Fassade eines Kämpfers gegen Korruption und Privilegien schienen sich altbekannte, antidemokratische und rechtsextreme Inhalte zu verbergen. Das Interesse der Öffentlichkeit, diesen Schleier des Nichtwissens zu durchbrechen, muß enorm gewesen sein, zumindest wenn man die Auflagenzahl von Büchern, die sich mit Fragen nach dem wahren Charakter und mit Inhalten Haiders beschäftigten, als Indikator heranzieht. Die Ergebnisse der Entschleierung Haiders dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Haider wird in den meisten Studien (Bailer-Galanda 1995b, Bailer-Galanda 1995c, Busch/Fasching/Pillwein 1992, Fischer/Gstettner 1990) als rechtsextremer Politiker klassifiziert, und als Beleg für dieses Urteil dient u.a. der Umgang Haiders mit der NS-Vergangenheit. Haider wird vorgeworfen, sich nicht umfassend und vor allem nicht glaubwürdig vom Nationalsozialismus distanziert zu haben und darüber hinaus wird ihm auch unterstellt, gewisse Aspekte des Nationalsozialismus rehabilitieren zu wollen.

Im Gegensatz dazu geht diese Studie davon aus, daß (1) Haiders Verhalten im NS-Diskurs weniger von ideologischen Prämissen oder persönlichen Motiven als von strategischen Überlegungen bestimmt wird und daß (2) Haider seine Positionen in Hinblick auf die erwartete Haltung der deutschnationalen Kernwähler, der potentiellen (nichtdeutschnationalen) FPÖ-Wähler und seiner politischen Gegner und Kritiker abstimmt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Analysen wird Haider somit nicht a priori unterstellt, ein besonderes, nämlich affirmatives Verhältnis zum Nationalsozialismus zu haben, sondern eines, das wie die Haltung anderer Politiker zu anderen Fragen von rationalen, strategischen Erwägungen bestimmt wird (Kapitel 3). Als Hintergrund zu Haiders strategischen Optionen wird zuvor in einem kurzen Abriss das Diskursfeld NS-Vergangenheit beleuchtet, denn daß der NS ein halbes Jahrhundert nach seiner militärischen Niederlage ein Thema der innenpolitischen Diskurse wurde, ist erklärungsbedürftig – bis 1986 war dies nicht der Fall (Kapitel 2).

Bevor untersucht wird, ob Haider in seinen Geschichtsdarstellungen, in der Verwendung von Codes und bei der Auswahl der argumentativen Strategien tatsächlich dem hier verwendeten Analysemodell entspricht (Kapitel 5 + 6), sind noch zwei Hindernisse zu umgehen: Haiders anerkennende Worte für die NS-Arbeitsmarktpolitik 1991 und seine verbale Verbeugung vor ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS. Diese beiden Äußerungen, die wohl die größte Öffentlichkeitswirksamkeit aller Haider-Statements erreichten, scheinen unseren Thesen auf den ersten Blick zu widersprechen. Es wird sich jedoch zeigen, daß dies nur teilweise gilt (Kapitel 4).

2. Diskursfeld »Nationalsozialismus«

Das bemerkenswerteste an der derzeitigen Konjunktur von Diskursen über den Nationalsozialismus ist neben ihrer zeitlichen Verspätung der weitgehend synchrone Verlauf im politischen, öffentlichen und privaten Raum. Vier Jahrzehnte dominierte im öffentlichen und privaten Raum Schweigen und Verdrängung. Erst als die Zeitgenossen des Nationalsozialismus ihre kulturelle, ökonomische und soziale Hegemonie eingebüßt hatten, kam es zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dieser Zeit. Erst als sich ein Mitglied dieser Generation anschickte, für das höchste Staatsamt zu kandidieren, zeigte sich, daß sie ihre einstige Macht verloren hatten. Mit der Diskussion um die Kriegsvorgänge Kurt Waldheims und seinen Umgang mit ihr nach 1945 wurde Raum geschaffen für eine (selbst)kritischere Art der Auseinandersetzung mit der Rolle Österreichs und seiner Bevölkerung während und nach der NS-Zeit.

Vor Waldheim hatte es lediglich bei drei Anlässen intensivere NS-Diskurse gegeben. 1965 hatten sozialistische Studenten die antisemitischen und pronazistischen Ausfälle des ehemaligen NSDAP-Mitglieds und damaligen Hochschulprofessors Taras Borodajkewyc veröffentlicht. Bei einer gegen Borodajkewyc gerichteten Demonstration wurde ein ehemaliger KZ-Häftling von einem Neonazi erschlagen. Diese Affäre hatte zwar eine politisierende Wirkung für die damaligen Demonstranten, ein dauerhafter Diskurs über den Nationalsozialismus wurde damit jedoch nicht ausgelöst. Anders als in der BRD konnte und wollte die Studentenbewegung der späten 60er Jahre hierzulande die NS-Zeit nicht zum Thema öffentlicher Diskussionen machen (König 1996).

Zehn Jahre später flackerte der öffentliche Diskurs über den Nationalsozialismus erneut auf, als Simon Wiesenthal die Öffentlichkeit mit der Kriegsvorgänge des FPÖ-Parteibosses Friedrich Peter konfrontierte. Peter war im Zweiten Weltkrieg Mitglied der 1. SS Infanteriebrigade gewesen, die in der Sowjetunion nachweislich zahlreiche Kriegsverbrechen begangen hatte. Allerdings, und so ist es gerichtsnotorisch, war Peter an den Verbrechen seiner Einheit weder beteiligt gewesen, noch hatte er davon jemals ein Wort erfahren (Mensdorf 1990, 21–47). Im Diskurs selbst wurde Peter, nicht zuletzt durch seine Verteidigung durch Bruno Kreisky als eigentliches Opfer und Wiesenthal als Anstifter und Täter konstruiert, wobei wiederholt auf antisemitische Stereotypen zurückgegriffen wurde (Wodak u.a. 1990, 282–322).

1983 deutete sich schon ein Wandel im öffentlichen Bewußtsein an. Als der freiheitliche Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager den aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrecher Walter Reder per Händedruck in der alten Heimat willkommen hieß, stellte sich die SPÖ nur widerwillig vor den damaligen Koalitionspartner. Frischenschlager entschuldigte sich, verblieb noch einige Zeit in der Bundesregierung, wurde aber später ausgewechselt.

Erst die Waldheim-Diskussion brachte eine endgültige und dauerhafte Neuorientierung. Seither ist die NS-Vergangenheit ein immer wiederkehrendes Thema der öffentlichen Diskurse (Mitten 1993). Die öffentliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus wurde also erst im Abstand von über einer Generation begonnen. Zuvor war es bezeichnend, daß alle Diskurse über den NS stark politisch geprägt waren. Während der Staat Österreich nach 1945 von Parteien gegründet worden war, die ohne Zweifel antinazistisch waren und deren führende Politiker teilweise direkt aus den KZ's kamen, trifft dies auf die österreichische Gesellschaft nicht zu. Den Politikern und den drei Gründerparteien der Zweiten Republik stand eine Gesellschaft gegenüber, der man eine antifaschistische Einstellung nicht attestieren konnte.

Die Politik ging nach 1945 den einfachsten Weg: aus außenpolitischen wie innenpolitischen Opportunitäten begriff sich das offizielle Österreich als Antithese zu Nazideutschland (Knight 1988) und stellte sich als erstes Opfer der nazistischen Aggressionspolitik dar. Tatsächlich verstand sich die Zweite Republik eher als Gegensatz zur Ersten Republik, denn als Antipode zum Nationalsozialismus und versuchte sich auf Elitenebene bewußt von der politischen (Konflikt-) Kultur der Zwischenkriegszeit abzuheben. Der Nationalsozialismus wurde dabei als ein den Österreichern aufgezwungenes deutsches Produkt angesehen und an den Absender retourniert. Weniger aus eigener Überzeugung, als auf Grund des Drucks der vier Alliierten betrieb man eine vorsichtige und unzureichende Entnazifizierung. Diese, als bürokratisch-administrativer Prozeß organisiert, hinterließ mentalitätsmäßig in der österreichischen Bevölkerung kaum Spuren (Butterweck 1994).

Die Betonung des (Bomben-)Kriegs erlaubten es der österreichischen Nachkriegsgesellschaft, sich als »Opfer« zu begreifen (Mattl/Stuhlpfarrer 1988). Wie in Deutschland interpretierte die Mehrheit den Nationalsozialismus als »Verbrechen und Strafe zugleich« (Geisel 1992, 9). Im Vordergrund stand eine Sicht des Kriegs als eine materielle, jedoch nicht als moralische Katastrophe, wodurch man sich eine Auseinandersetzung mit seinem Erbe, seinen Verbrechen und seinen Opfern ersparen zu können glaubte: es galt lediglich die Trümmer des Krieges wegzuräumen. Wichtiger als eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit waren der Wiederaufbau des zerstörten Landes und die Reintegration der Gesellschaft. Zu diesem Zweck herrschte ein inoffizielles Schweigegebot das Täter, Mitläufer aber auch die Opfer band, wofür Hermann Lübke den Begriff der »asymmetrischen Diskretion« prägte. Unter diesen Prämissen waren Diskussionen über Schuldfragen nicht gewünscht. Man führte eine Debatte über das Schicksal der rund 800.000 ehemaligen NSDAP-Mitglieder und nicht über das der Opfer. Für Erstere und ihre Angehörigen war nach 1945 der Begriff »Wiedergutmachung« reserviert (Manoschek 1995, Bailer-Galanda 1995a). Die Rehabilitierung der ehemaligen Nazis ging zügig voran und konnte mit der Gründung einer politischen Partei als erfolgreich abgeschlossen betrachtet werden, wo diejenigen ehemaligen Nationalsozialisten ihren Platz fanden, die nicht zuvor dem Werben der beiden Regierungsparteien nachgegeben hatten (Pelinka 1989). Die Gründung des VdU und später der FPÖ beschleunigte die Reintegration der ehemaligen Nationalsozialisten, als sie die anderen Parteien zwang, nun intensiver um diese Wählergruppe

zu werben. Die moralisierende Kritik an diesem Verhalten übersieht, daß Parteien in einer Konkurrenzsituation zueinander stehen und eine derart große Wählergruppe kaum übergehen können. Überdies standen einer umfassenden Entnazifizierung funktionale Gründe entgegen. Ohne ehemalige Nationalsozialisten wäre nicht nur der Wiederaufbau der Verwaltung kaum möglich gewesen, es wäre auch für andere Bereiche kein geeignetes Personal zur Verfügung gestanden. Es dürfte wirklich kaum keine andere Wahl geblieben sein, als eine symbolische Entnazifizierung durchzuführen, die sich darauf konzentrierte, hohe Repräsentanten des NS-Systems aus dem öffentlichen Leben zu entfernen und mit den Angehörigen der niedrigeren NS-Hierarchie flexibel umzugehen, was zwangsweise zu Ungerechtigkeiten führen mußte. Natürlich hätte die Entnazifizierung intensiver und mit mehr Nachdruck durchgeführt werden können, an der grundsätzlichen Problematik hätte sich jedoch nichts geändert.

Durch den Verzicht auf eine sorgfältige Entnazifizierung konnten ehemalige Nationalsozialisten ihre Karrieren oft ohne größere Zäsuren fortführen. Solange diese Alterskohorte das öffentliche Leben dominierte, unterdrückte sie einen Diskurs über den Nationalsozialismus. Von den oft als kritische Korrektive angesehenen Institutionen der Zivilgesellschaft wie Literatur, Medien und Wissenschaft, konnte man ebenfalls keine Impulse für eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erwarten, da auch hier die personellen Kontinuitäten zu groß waren.

In den letzten 10 Jahren wurde die Aufarbeitung des Nationalsozialismus zwar verstärkt betrieben, doch überdeckt dies oft, daß der Nationalsozialismus kaum mehr Argumente für die politische Diskussion anbieten kann (König 1996). Dieses Paradoxon eröffnet den politischen Akteuren die Möglichkeit der Instrumentalisierung des Nationalsozialismus. Unter Berufung auf die NS-Verbrechen konnte man etwa in plausibler Weise für oder gegen den die Entsendung deutscher oder österreichischer Truppen ins ehemalige Jugoslawien eintreten.

Die vier Jahrzehnte dauernde Ausblendung des Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Diskurs führte dazu, daß im privaten oder im halböffentlichen Raum unhinterfragt und unkritisiert Geschichtsbilder entstehen und sich im Alltagsbewußtsein der Bevölkerung verfestigen konnten. Wegen des Fehlens eines als Korrektiv wirkenden öffentlichen Diskurses stand das persönliche Erleben des zweiten Weltkriegs im Vordergrund. Wenn überhaupt, so wurde im privaten Diskurs der Alltag, d.h. die Erfahrungen von »Bombenkrieg« und »Schützengraben« thematisiert. Doch wie in der öffentlichen Sphäre fand ein Dialog zwischen den Generationen bis 1986 nur in Ausnahmefällen statt. Die Vergangenheit der Eltern, speziell die des Vaters, wurde nur selten in der Familie zum Thema gemacht. Es war nicht nur die ältere Generation, die sich eine Auseinandersetzung mit den Kindern über die Zeit des Nationalsozialismus ersparen wollte, sondern dies lag oft auch im Interesse der Kinder, die nicht bereit waren, die leisen Andeutungen der Eltern zu verstehen (Keller 1996, 120–121). Für den nunmehr in Gang gekommenen Dialog sind zwei Entwicklungen verantwortlich zu machen. Der öffentliche Diskurs animierte die ältere Generation sich zu rechtfertigen und von sich im Sinne eines »impression managements« ein positives Bild zu zeichnen, das den Kindern in

Erinnerung bleiben sollte (Hauer 1994). Die jüngere Generation konnte leichter als Jahrzehnte zuvor darauf eingehen, da die Vorbildwirkung der Eltern längst weggefallen war. Trotz der vorhandenen Gesprächsbereitschaft verläuft der Dialog meist konfliktreich, da nur selten eine bewußte oder unbewußte Einigung über die Metaebene der Kommunikation stattfindet. Während die ältere Generation ihr Handeln während der NS-Zeit meist durch strukturelle Bedingungen determiniert sieht und situationsbezogen argumentiert, appelliert die jüngere Generation stärker an Eigenverantwortlichkeit, an Verantwortungsbereitschaft und argumentiert somit dispositionsbezogen (Keller 1996, 172–190).

Die Diskurse über den Nationalsozialismus sind kein Indiz für seine Aktualität, sondern für seine Historisierung. Deutlich wird dies etwa in den Diskussionen über die Ausstellung über die »Verbrechen der deutschen Wehrmacht« des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Für das österreichische Bundesheer oder die deutsche Bundeswehr ist das Kapitel Nationalsozialismus abgeschlossen.¹ Nach 1945 war es für beide Institutionen notwendig, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren und gleichzeitig die personellen Kontinuitäten zu überdecken. Man behelf sich mit dem Konstrukt der unwissenden, sauberen, mißbrauchten Wehrmacht, die im Gegensatz zur verbrecherischen SS gesetzt wurde. In dieser Konstruktion wurde die SS für das Morden verantwortlich gemacht, während die Wehrmacht ihrem Zweck entsprechend nur Krieg führte. Jetzt über 50 Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus ist es für die beiden Heere gefahrlos, die NS-Vergangenheit zu diskutieren. Den ehemaligen Wehrmachtssoldaten wird mit dieser Wende jedoch der Boden ihrer bisherigen Rechtfertigungen entzogen.

Zwar war spätestens seit den Nürnberger Prozessen bekannt, daß die deutsche Wehrmacht im Rahmen des Ostfeldzugs gegen die Sowjetunion, Jugoslawien und Griechenland bei der massenhaften Vernichtung von Juden, Kommunisten und »Partisanen« mithalf bzw. selbst aktiv beteiligt war – nicht ohne Grund wurden mit Jodl und Keitel zwei hauptverantwortliche Militärs wegen Verbrechen gegen die Menschheit hingerichtet. Zu Beginn der 60er Jahre kamen die Beteiligungen der deutschen Wehrmacht an Judenvernichtung, Geislerschiessungen etc. anlässlich des Prozesses gegen Alfred Eichmann erneut zur Sprache.² Gegen die politisch und

¹ Das österreichische Bundesheer tat sich in diesen Zusammenhang immer leichter als die deutsche Bundeswehr. Man verwendete die in Österreich übliche Methode den Nationalsozialismus als deutsche Angelegenheit abzustempeln, strich die Jahre 1938–1945 aus der Geschichte und berief sich auf die Traditionen der K.u.k. Armee.

² »Die SS-Einsatzgruppen mit «Sonderauftrag«, deren es nur vier von jeweils Bataillonsstärke mit etwa 3000 Mann gab, bedurften und erfreuten sich einer engen Zusammenarbeit mit der Wehrmacht. Für gewöhnlich waren die Beziehungen »ausgezeichnet« und manchmal »herzlich«. Die Generäle zeigten nicht nur eine »überraschend gute Haltung gegenüber den Juden«, nicht nur lieferten sie »ihre« Juden an die Einsatzgruppen aus, oft liehen sie ihnen sogar ihre eigenen Leute, gewöhnliche Wehrmachtssoldaten, damit sie als Assistenten bei den Massakern fungierten.« – Mit diesen drastischen Worte faßte Hannah Arendt die im Rahmen des Eichmannprozesses zur Sprache gekommene Zusammenarbeit von Wehrmacht und den SS-Einsatzgruppen zusammen (Arendt 1995, 141).

psychologisch notwendigen Geschichtsmythen waren Fakten jedoch machtlos und sind es bei vielen immer noch.

Das gestiegene Interesse am Nationalsozialismus ist nichts österreichspezifisches. Nicht nur in den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches finden verstärkt Diskussionen über die NS-Zeit statt. Auch in anderen europäischen Ländern scheint es im zeitlichen Abstand von über einer Generation leichter möglich zu sein, die in der Nachkriegszeit kultivierten Mythen und Klischees kritisch zu hinterfragen. Die Historisierung des Nationalsozialismus, die sich im Abtreten der »Weltkriegsgeneration« als politisch, gesellschaftlich und kulturell dominanter Gruppe ebenso zeigt, wie im Verblässen des kollektiven Gedächtnisses, schuf Raum für die Verbreitung von zeitgeschichtlichen Forschungsergebnissen in einer breiteren Öffentlichkeit. Der wissenschaftliche wie der öffentliche Diskurs haben dabei eines gemeinsam: sie präsentieren sich als ein »Labyrinth von Interpretationen und Gegeninterpretationen« (Kershaw 1994, 7). Dabei geht es weniger um die Verbreitung grundlegend neuer Fakten – das ist kaum möglich, dazu ist der Nationalsozialismus zu gut erforscht und dazu existiert ein zu breites, sicher noch ausdifferenzierbares Grundwissen. Es geht im gegenwärtigen Diskurs um unterschiedliche Deutungsmuster der NS-Zeit. Die Entlarvung von Lügen, Ideologien und Mythen ist jedoch nur die eine Seite der Medaille, denn gleichzeitig bietet die Historisierung des Nationalsozialismus auch NS-Apologeten die Chance, ihre Geschichtstheorien zu verbreiten. Geschichtsrevisionisten und Holocaustleugner können leicht wie niemals zuvor, ihre rechtsextremen Geschichtslügen in den Diskurs einbringen, ohne daß sie von vorne herein als das angesehen werden, was sie sind: ideologische Manöver, die zur Rehabilitation des Nationalsozialismus beitragen sollen (Lipstadt 1996 – Bailer/Betz/Neugebauer 1995).

Das Interesse am Thema Nationalsozialismus und Holocaust sind Ausdruck des Verblässens der Erinnerung. »Das Gedächtnis hat seine Kraft eingebüßt. ... Es wird abgelöst von kulturindustriellen Artefakten«. (Clausen 1994, 8). Der Holocaust ist längst Bestandteil einer Erinnerungs- und Gedenkkultur geworden, mit allem, was dazugehört: Denkmäler, Museen, Ausstellungen, Bücher, Lehrfilme, Symposien, Gedenktage etc.³ Die kommerziellen Erfolge von »Schindlers Liste«, Büchern wie »Hitlers Wien« oder den Tagebüchern von Victor Klemperer sind kein Beleg für die Aktualität des Nationalsozialismus, sondern vielmehr ein Hinweis auf seine Ferne. Schicksale wie das von Viktor Klemperer und von »Schindlers Juden«: das Überleben des Holocausts waren die Ausnahme und nicht die Regel. Der Erfolg beider beruht nicht nur auf dem kommerziell erfolgreicherem Prinzip Hoffnung, sondern auch auf einer sonderbaren Vereinnahmung der Opfer durch die »Nachgeborenen«. Die Opfer des Nationalsozialismus werden nun zwar nicht mehr wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit erneut diskriminiert, sondern sie mutieren vielfach zu idealisierten Objekten, die mithelfen

³ Längst gibt es im Kiosk vor der Gedenkstätte des KZ Mauthausen Postkarten mit dem idyllischen Motiv »Mauthausen bei Sonnenuntergang«. Für das geplante Deutsche Historische Museum wollten Museumspädagogen die Atmosphäre einer Gaskammer für die Besucher möglichst erlebnisnah nachbauen und hatten vor, die Museumsbesucher Zyklon-B schnüffeln zu lassen. (Geisel 1994, 61).

sollen, das schlechte Gewissen der Generation der Nachgeborenen zu beruhigen. «Das Artefakt ›Holocaust‹ setzt an die Stelle des Schweigens, die vom Erinnern wie vom Vergessen gleichermaßen eingenommen werden kann, die Illusion allseitiger Kommunizierbarkeit» (Clausen 1994, 12–13).

Auch in der Sphäre der Politik änderte sich seit der Waldheim-Affäre der Umgang mit der NS-Vergangenheit. Im zum Gedenkjahr hochstilisierten Jahr 1988 versuchten Regierung und Medien auf größtmögliche Distanz zu den Diskursen des Jahres 1986 zu gehen (Wodak u.a. 1994). Zu diesem Zweck entwarf man das Bild eines »anderen«, »anständigen« Österreichs, das man dadurch zu erreichen versuchte, indem man sich in Gegensatz zu belastenden Traditionen und/oder Gegenwart setzte, zu deren Symbol Waldheim und die FPÖ wurden. Seither findet, wie es Heinz Fischer formulierte, eine »Ausbeutung und Gegenausbeutung der Geschichte« statt. Jörg Haider nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Er ist an die Stelle Waldheims getreten, doch während dieser von der Öffentlichkeit vergessen wurde und von den Regierungsparteien ignoriert wird, gelingt es Haider und seiner Partei, sich von den gegen sie gerichteten Vorwürfen freizuspielen.

3. Die strategischen Optionen Haiders im NS-Diskurs

Der Umgang Jörg Haiders mit dem Nationalsozialismus wird meist als Teil einer größeren Fragestellung, inwieweit Haider und seine Aussagen als rechtsextrem zu qualifizieren sind, analysiert. Die meisten österreichischen Studien⁴ die diese Frage stellen, berufen sich dabei auf die Rechtsextremismus-Definition, die für das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands ausgearbeitet wurde (Holzer 1993). Für Holzer ist Rechtsextremismus ein Syndrom, d.h. von Rechtsextremismus kann dann gesprochen werden, wenn bestimmte Elemente zusammentreffen. Ein Element dieses rechtsextremen Syndroms stellt dabei ein affirmatives Verhältnis zum Nationalsozialismus dar. Im Glauben, nun einen allgemein gültigen Begriff von Rechtsextremismus zu besitzen – und damit den sonstigen wissenschaftlichen Diskurs über den (Rechts)extremismus negierend, (Gärtner 1995, Pfahl-Traugber 1993, 14–29) werden Verhalten und Aussagen Haiders dahingehend überprüft, ob diese im Rechtsextremismus-Katalog Holzers als rechtsextrem qualifiziert werden.⁵

Mit diesem Untersuchungsdesign manövrieren sich die Autoren jedoch in eine Sackgasse. Sie übersehen, daß Antisemitismus, Ethnozentrismus, Autoritarismus, Antiliberalismus und Antipluralismus etc. zwar Kernelemente rechtsextremen Denkens darstellen (Schwagerl 1993),

⁴ So etwa Busch/ Fasching/Pillwein 1992; Fischer/Gstettner 1990; Scharsach 1992; Bailer/ Neugebauer 1993; Bailer 1995; Bailer-Galanda 1995.

⁵ Bei der Wahl der Belege für ihre Thesen sind die Autoren oft wenig wählerisch. Berühmtheit reicht, wie im Falle Johannes Mario Simmels schon aus, um als Argument für Haiders Rechtsextremismus zu dienen (Bailer-Neugebauer 1993, 357).

jedoch nicht nur dort zu finden sind (Holmes 1995). Sie stehen dann vor dem Problem, alles was nicht unter die Kategorie »Rechtsextremismus« einordbar ist, als »eine von politischem Kalkül diktierte Doppelstrategie«, als »Etikettenschwindel« oder »Fassade« beschreiben zu können, wo bereits »ein wenig Kratzen an dieser Oberfläche ... alte rechtsextreme Inhalte zutage« befördert (so Bailer-Galanda 1995b).

Durch die schon in Holzers Studie angelegte Konzentration auf die Sprache entgeht den Autoren die Diskrepanz zwischen Haiders Sprache und seinem Handeln. Haider beschreibt zwar das politische System Österreichs als »pseudodemokratisch«, »feudalistisch«, »faschistisch« etc., den Kampf gegen diese vermeintliche Tyrannei führt der selbsternannte »Robin Hood« jedoch als Vorsitzender einer politischen Partei durchaus im Rahmen der demokratischen Spielregeln und nicht als Anführer einer Guerillabewegung (Auinger 1996).⁶ Die Ambition dieser Studien, »politische Aufklärung« und Wissenschaftlichkeit miteinander zu vereinen, konnte so in keinem Fall eingelöst werden: weder Wähler noch Wissenschaft konnten überzeugt werden.

Für die Erklärung von Haiders Verhalten im NS-Diskurs sind diese Analysen wenig brauchbar. Sein Umgang mit dem NS-Thema wird in ihnen entweder als Versuch, die deutschnationale Klientel zu befriedigen oder als Ausdruck seiner Sozialisation in diesem Milieu angesehen. Derartige Erklärungsansätze fordern willkürliche Interpretationen und Spekulationen geradezu heraus. Diese übergehen zudem meist den grundlegenden Unterschied zwischen den traditionellen rechtsextremen Parteien (NDP, MSI etc.), die in ihrer Politik an Faschismus bzw. Nationalsozialismus anknüpfen wollten, zu den neurechten antipolitischen Protestparteien. Zwischen diesen beiden Typen von Parteien steht nicht bloß ein aus taktischen Gründen durchgeführter Modernisierungsprozeß. Parteien wie die FPÖ sind Produkte von Problemen und Konflikten postindustrieller Gesellschaften, auf die der Faschismus keine Orientierungs- oder Leitfunktion ausübt (Ignazzi 1995).

Aus diesen Gründen geht diese Studie einen anderen Weg. In ihr wird die FPÖ als völlig »normale« Partei angesehen, deren politisches Handeln weniger von ideologischen als von rationalen, strategischen Überlegungen bestimmt wird. Strategisches Handeln liegt nach der Definition von Habermas dann vor, wenn die »Erwartung von Entscheidungen mindestens eines weiteren zielgerichtet handelnden Akteurs« (Habermas 1981, 127) mit einkalkuliert wird. In dieser Studie wird davon ausgegangen, daß sich Haiders Verhalten im NS-Diskurs an drei Gruppen orientiert: deutschnationale Stammwähler, potentielle Wähler, und die Kritiker der FPÖ. Diese drei Gruppen haben wenig miteinander gemeinsam; ihre unterschiedlichen Interessen und Erwartungen muß Haider bei der Wahl seiner Standpunkte ebenso berücksichtigen wie ihre Bedeutung und Wichtigkeit für ihn und seine Partei. Der FPÖ kommt

⁶ Haider ist kein »Robin Hood«. Im Gegensatz zu diesem knöpft er dem Staat nicht dessen Steuereinnahmen ab, sondern Haider nützt die Möglichkeiten aus, die ihm die österreichischen Steuergesetze bieten, um möglichst steuerschonend eine umfangreiche Erbschaft anzutreten.

dabei ihr Status als Oppositionspartei sehr entgegen. Auf Bundesebene von den Belastungen einer Regierungstätigkeit befreit, kann die FPÖ ihrem Hauptziel, der Akkumulierung von Wählerstimmen, nachgehen. Zu diesem Zweck orientieren sich moderne Parteien vor allem auf die Hinzugewinnung potentieller Wählergruppen, während sie die Wähler, deren Stimmen sie sich ohnehin sicher sein können, vernachlässigen. Haider's Aussagen im NS-Diskurs müßten sich vor allem an potentielle Wählerkreise richten und nicht, wie ihm oft unterstellt wird, an die deutschnationalen Stammwähler. Diese Gruppe könnte lediglich mittels einer symbolischen Politik beruhigt und ruhiggestellt werden. Seine Kritiker hat Haider insofern zu berücksichtigen, als diese primär aus den anderen politischen Parteien und den haiderkritischen Medien bestehende Gruppe mit ihren Argumenten den öffentlichen Diskurs dominiert und Haider immer wieder zwingt, sich für seine davon abweichende Haltung zu rechtfertigen.

3.1 Deutschnationale

Die Geschichte des deutschnationalen Lagers in Österreich ist seit den 30er Jahren auf das Engste mit dem Nationalsozialismus verbunden. Deutschnationalismus und Nationalsozialismus galten ab 1938 als ident und waren beide nach 1945 in der Öffentlichkeit diskreditiert (Dostal 1995). Die Gründung der FPÖ sollte den personellen und ideologischen Anschluß an die Traditionen des großdeutschen Lagers der Zwischenkriegszeit wieder herstellen. Anders als die Gründerparteien der Zweiten Republik konnte und wollte sich die FPÖ nicht auf die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus berufen. Damit manövrierte sich die FPÖ selbst ins politische Abseits und konnte damit nie die politische Bedeutung der deutschen FDP erlangen.

Um aus dem politischen Ghetto auszubrechen und um der biologisch bedingten Dezimierung ihrer Gefolgschaft entgegenzuwirken, bemühte sich die FPÖ seit den 60er Jahren verstärkt um ein liberales Image. Als Steger diesen Kurs forcierte, mußte er zur Kenntnis nehmen, daß die deutschnationalen Kernwählerschichten nicht bereit waren, diesen Wandel mitzumachen. Es bildeten sich deutschnationale Komitees, in denen sich in und außerhalb der FPÖ Gleichgesinnte sammelten.⁷ Diese deutschnationalen Zirkeln waren die treibenden Kräfte hinter der Abwahl Norbert Stegers als Parteiohmann. Sie waren es, denen Jörg Haider seine Wahl zum FPÖ-Parteiohmann zu verdanken hatte. Nach dem Rückzug der Steger-Anhänger konnten deutschnationale Funktionäre in die frei gewordenen Positionen nachrücken und verfügten damit über beträchtliche Macht und Einfluß. Aus dem gescheiterten »liberalen« Intermezzo der Steger-Ära mußte die FPÖ zudem die Lehre ziehen, daß sie als eine 5%-Partei nicht auf die deutschnationale Stammwählerschaft verzichten konnte. In den zehn Jahren unter Haider wurde aus einer Klempartei zwar eine Mittelpartei mit einem Stimmenanteil von über 20%, das deutschnationale Element in der FPÖ ist jedoch weiterhin überdurchschnittlich stark vertreten.

⁷ Die bekannteste dieser innerparteilichen Oppositionsgruppen war der »Lorenzener Kreis«, der vom Linzer Stadtparteiobmann Wimmer ins Leben gerufen wurde und dem Jörg Haider seine Wahl zum Parteiobmann zu verdanken haben soll. Eine Gruppe, die außerhalb der FPÖ dem deutschnationalen Gedankengut huldigte, war die National-Freiheitliche Aktion des langjährigen freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Otto Scrinzi.

Fast ein Viertel der Parteianhänger gehört zum deutschnationalen Kern (22%) und können als überzeugte Deutschnationale gelten (Zahlen von 1992). Zur etwas weiter gefaßten Gruppe des deutschnationalen Potentials müssen sogar 40% der FPÖ-Anhänger gerechnet werden (Plasser/Ullram 1992, 4).

Das deutschnationale Element stellt somit eine Gruppe mit beträchtlichem Einfluß und Stärke innerhalb der FPÖ dar. Wenngleich Haider von Beginn an versuchte, sich durch die Auswahl seiner engsten Mitarbeiter in der Parteizentrale freizuspielen, konnte er an den Deutschnationalen nicht vorbei. Eine erfolgreiche politische Strategie zur Wählerstimmenmaximierung läßt sich jedoch bei keiner Partei auf den ideologischen Vorlieben der Funktionäre oder auf den (emotionalen) Bedürfnissen von Kernwählergruppen aufbauen. Für die Deutschnationalen gilt dies in besonderem Maße. Deutschnationale Orientierungen finden sich zwar bei 24% der österreichischen Bevölkerung. Zum deutschnationalen Kern sind jedoch nur 10% zu zählen (Plasser/Ullram 1992, 4). Die Wachstumsmöglichkeiten der FPÖ in diesem Bereich waren also beschränkt.

Durch den Wandel der FPÖ zu einer antipolitischen Protestpartei veränderten sich Elektorat, Themen und Stil der Freiheitlichen. Als populistische Partei versucht die FPÖ, mit einer klassen- und schichtenübergreifenden Ideologie Wähler anzusprechen. Populistische Diskurse appellieren unermüdlich an das »Volk«. Sie konzentrieren sich auf Themen, die scheinbar für jeden Wähler, unabhängig von Einkommen, Ausbildung, Arbeitsplatz, Wohnort etc. wichtig sind. Dem idealisierten und homogenisierten Volk wird ein innerer Feind gegenübergestellt – im Falle der antipolitischen Diskurse der FPÖ ist es die »politische Klasse«, gegen die sich die FPÖ dem »Volk« bzw. (in einer modernen Variante) dem »Bürger« als Bündnispartner anbietet (Schedler 1996). Die Zuspitzung der Politik auf einen Konflikt zwischen der »politischen Klasse« und dem »Bürger« ist nur dort erfolgreich, wo sich das »politische Establishment« gezwungen sieht, den Kampf gegen den antipolitischen Akteur aufzunehmen. Spezialthemen, die bloß eine kleine Minderheit interessieren, eignen sich daher nur bedingt für den antipolitischen Diskurs. Der Deutschnationalismus stellt ein solches Spezialthema dar, mit dem die FPÖ weder den politischen Gegner verwunden, noch die Bevölkerung mobilisieren kann. Im Gegenteil, für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ist die Existenz einer eigenständigen österreichischen Nation eine Selbstverständlichkeit. Das Ankämpfen der FPÖ gegen die »ideologische Mißgeburt« Österreich ähnelt demnach einem Kampf gegen Windmühlen. Das literarische Vorbild scheint hier weniger »Robin Hood« als »Don Quichotte« zu sein. Mangels anderer Gegner mußten für die FPÖ lange Zeit die Zeithistorikerin Weinzierl und der Politologe Pelinka als Surrogat herhalten. Nimmt es die FPÖ ansonsten unerschrocken mit der gesamten »politischen Klasse« auf, so stehen ihr auf diesem Terrain nur zwei leicht bewaffnete Wissenschaftler gegenüber: gewiß ein matter, wenig befriedigender Ersatzfeind, der nur wenig Ehre einbringt. Die auf Konflikt aufgebaute Strategie der FPÖ mußte in dieser Frage mangels eines Gegners von vornherein scheitern. Die inneren Logiken einer

populistischen und einer zielgruppenorientierten Politik widersprechen sich und sind auf Dauer kaum miteinander vereinbar.

Allerdings wird dieser Widerspruch für die FPÖ zu keinem wirklichen Problem. Abgesehen von allen emotionalen Bindungen der deutschnationalen Klientel an die FPÖ, kann sich Haider der Unterstützung dieser Kreise ziemlich sicher sein. Abgesehen von kleinen, meist rechtsextremistischen Splitterparteien existiert außer der FPÖ keine Partei, die sich um die Deutschnationalen bemüht. Die Stimmen der Deutschnationalen fallen der FPÖ, wenn man sie nicht, wie es Steger tat vorsätzlich vergrämt, quasi automatisch zu.

3.2 Sympathisanten

Potentielle FPÖ-Wähler wählen die Freiheitlichen nicht wegen Haiders Stellungnahmen zum Nationalsozialismus – es sind andere issues, die jemanden zur Stimmabgabe für die FPÖ bewegen (Plasser/Ullram 1995). Würde Haider ausschließlich die positiven Seiten des Nationalsozialismus hervorstreichen, so würde er damit lediglich einer Gruppe von 2% der Bevölkerung aus dem Herzen sprechen. Selbst bei den deklarierten FPÖ-Wählern ist der Anteil der Sympathisanten des Nationalsozialismus verschwindend gering.

Tabelle 1: »Sind sie der Meinung, daß der Nationalsozialismus für Österreich ... gebracht hat?« (Plasser/Ullram, 1992, 14)

	Österreich gesamt	Grüne	SPÖ	ÖVP	FPÖ
nur Gutes oder größtenteils Gutes ...	2	1	3	2	4
sowohl Gutes als auch Schlechtes ...	39	15	40	35	64
nur oder größtenteils Schlechtes ...	56	84	55	61	32

Wo sich deutliche Unterschiede zwischen den FPÖ-Anhängern und den Sympathisanten der anderen Parteien zeigen, sind die beiden anderen Kategorien. Zwar sieht österreichweit nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung den Nationalsozialismus überwiegend negativ, bei der FPÖ-Wählerschaft wird dieser Wert jedoch nochmals beinahe halbiert: 32% beurteilen die Auswirkungen des NS fast ausschließlich negativ. Die mit Abstand größte Gruppe innerhalb der FPÖ-Wählerschaft ist jene, die dem NS ambivalent gegenübersteht. Beinahe 2/3 der potentiellen FPÖ-Wähler entdecken im Rückblick auf diese Zeit sowohl positive wie negative Aspekte.

Der Alltagsverstand der Menschen ist immer ambivalent. Warum sollte dies für den Nationalsozialismus nicht gelten? Umso mehr, wo doch diese Ambivalenz dem öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945 weitgehend entspricht. Der Nationalsozialismus diente zwar 50 Jahre zur Begründung eines eigenständigen österreichischen Staates, gleichzeitig unterließ man eine Auseinandersetzung mit ihm. Man forderte zwar von den ehemaligen Nazis, sich zu Österreich und zur Demokratie zu bekennen, fragte aber nie, ob sie es ehrlich meinten. Nazis, die nicht bereit waren dies zu tun wurden ausgegrenzt, während Nazis, denen ein Bekenntnis leicht über die Lippen ging, problemlos Karriere im Nachkriegsösterreich machen konnten. Ist es also verwunderlich, wenn die Duldung der Täter, die Nachsicht mit den Mitläufern und das Übergehen der Opfer bei einer gleichzeitigen bloß äußerlichen, formalen Distanzierung vom Nationalsozialismus bei den meisten Menschen Einstellungen hervorbringt und fördert, die man mit Begriffen wie ambivalent, zwiespältig, widersprüchlich, unsensibel, desinteressiert, verharmlosend, bagatellisierend beschreiben kann? Die Ambivalenz in den Einstellungen der Mehrheit der Österreicher darf angesichts der ebenso ambivalenten Haltung des Staates Österreich eigentlich niemand überraschen.

Haider's Verhalten gegenüber seiner Wählerschaft kann somit dann als rational bezeichnet werden, wenn er im NS-Diskurs in Inhalt und Form den ambivalenten Einstellungsmustern seiner Sympathisanten weitestgehend entgegenkommt. Haider müßte sich etwa vom verbrecherischen Charakter des Regimes distanzieren, könnte aber durchaus auch die positiven Seiten des Nationalsozialismus erwähnen.

Einen Fehler darf Haider nicht begehen: er darf nicht den Eindruck erwecken, daß er sich im NS-Diskurs in der Defensive befindet. Dies ist mit seinem Image nicht vereinbar und da die »Politik« der FPÖ in hohem Maße aus Imagepolitik besteht, hätte dies negative Folgen für den Erfolg der Partei. Den Freiheitlichen ist es gelungen, ein Siegerimage zu generieren: mutig, erfolgreich, zielstrebig und durchschlagskräftig. Die FPÖ soll als Bewegung erscheinen, die der Regierung die Themen vorgibt oder wie es Jörg Haider einmal weidmännisch formulierte, »die Regierung vor sich her treibt«. Die FPÖ versucht, sich als Vordenkerin zu präsentieren, die sich im Gegensatz zur Regierung getraut, »heiße Themen« anzufassen und in diesen Fragen eine klare, eindeutige, wenngleich auch unpopuläre Haltung einzunehmen, geht es nun um die Abschaffung der Neutralität oder um den Beitritt Österreichs zur NATO. Haider weiß, wofür er heute von den Medien und den anderen Parteien geprügelt wird, dafür kann er morgen schon von ihnen gelobt werden. Falls das Lob sich nicht einstellen sollte, so bleibt meist auch der Schaden aus. Skandale um Haider sind meist nicht mehr als kurzfristige Erruptionen nach denen sich bald wieder Ruhe ausbreitet. Der kurzfristige Schaden wird mittelfristig mehr als wett gemacht. Gerade das Vertreten von unpopulären »Wahrheiten« hebt den selbsternannten Vertreter des »kleinen Mannes« aus dem Volke heraus: Haider kann damit für sich reklamieren, künftige Entwicklungen früher als seine politischen Gegner und das Volk vorausgesehen zu haben. Er hat Weitblick, Mut, Klarheit und Entschlossenheit demonstriert – Eigenschaften, wie sie von ihm erwartet werden.

Niederlagen und Fehler haben im freiheitlichen Image keinen Platz. Der Erfolg der FPÖ hängt wesentlich davon ab, daß es ihr gelingt, sich als erfolgreich und fehlerlos darzustellen. Die FPÖ ist wie jede andere agitatorische Bewegung auch dazu verurteilt, sich als dynamische Kraft zu präsentieren, als »Bewegung um der Bewegung willen, nutzlose Erregung ohne Sinn und Ziel, sie will nur kurzes, sensationelles Aufflammen der Energie« (Löwenthal, 1994, 109). Die FPÖ ist gezwungen, ihr Image als Angreifer, Herausforderer aufrecht erhalten zu müssen. Passivität, Attentismus oder bereits Nachdenklichkeit kann sie sich einfach nicht leisten. Sie muß daher auch in Situationen, in denen sie sich in der Defensive befindet, den Anschein erwecken, das Gesetz des Handelns in der Hand zu haben.

3.3 Kritiker

Hatte Haider's Einstellung zum Nationalsozialismus vor seiner Wahl zum FPÖ-Obmann kaum Medieninteresse hervorgerufen, so änderte sich dies mit den Vorkommnissen rund um den Parteitag in Innsbruck. Von den bekannten Ausnahmen der Boulevardpresse abgesehen, wird Haider seither von seinen politischen Gegnern und den meisten Medien eine klammheimliche Sympathie mit dem Nationalsozialismus unterstellt.

Den Wahlerfolgen der Freiheitlichen Partei schadete dies jedoch nicht. Es trifft paradoxerweise eher insofern die ÖVP, als die Volkspartei Wähler verliert, wenn sie vor einer Wahl aus verhandlungstaktischen Gründen keine Koalition mit den Freiheitlichen ausschließt (Hofinger/Ogris 1996). Der Vorwurf der Affinität zu nationalsozialistischen Gedankengut führte zu einer partiellen Isolierung der FPÖ im politischen System⁸, die die FPÖ für ihre Zwecke instrumentalisierte. Das von den Freiheitlichen als »Ausgrenzung« beschriebene Verhalten der anderen Parteien dürfte der FPÖ eher genützt als geschadet haben. Die Kritik, vor allem durch ihre ritualisierte, vielfach überzogene Form spielte den Freiheitlichen in die Hände. Antipolitical-establishment-Parteien stehen vor einem Grundproblem. Sie dürfen nicht als Teil des politischen Establishments erscheinen und müssen gleichzeitig ebenso glaubwürdig ihren demokratischen Charakter hervorstreichen. Die Wähler müssen glauben, daß die Opposition allein der politischen Elite, nicht aber dem politischen System gilt (Schedler 1996). Als »semi-loyale Opposition« (Linz 1991) müssen sie ihre »Politik« auf demokratischem Boden betreiben, aber die Distanz nicht nur zur Regierung, sondern zur ganzen »politischen Klasse« sichtbar machen. Wenn ein antipolitischer Akteur wie Haider von der politischen Konkurrenz, den meisten Medien, den »linken« Künstlern etc., also jenen Gruppen und Personen, die dieser als seine Feindbilder darstellt, außerhalb des politischen Konsenses angesiedelt wird, so kann er dies zur Veranschaulichung seiner Distanz zum »politischen Establishment« einsetzen. Um so leichter fällt ihm dies, wenn die Kritik übertrieben, unsachlich und einseitig ausfällt, wie es

⁸ Diese oft als »Selbstaussgrenzung« beschriebene Isolierung findet jedoch weder in den politischen Institutionen der Republik noch in der dort stattfindenden Mehrheitensuche ihren Niederschlag. Die FPÖ sitzt in beinahe allen Bundesländern in der Landesregierung. Im Nationalrat stellt sie den dritten Nationalratspräsidenten. Gerade die Wahl Brauneders wenige Wochen nach dem Bekanntwerden nach Haider's Lob für Mitglieder der Waffen-SS zeigt, wie wenig konsequent die Isolierung tatsächlich betrieben wird.

tatsächlich häufig der Fall ist. Doch selbst dort, wo dem nicht so ist, kann sie von Haider leicht für seine Zwecke instrumentalisiert werden. Alle Kritiker der freiheitlichen Politik stehen vor dem Problem, daß sie damit zwar die Einstellung der Haider-Gegner bestätigen, jedoch nur selten die Haider-Sympathisanten erreichen. Wer Haiders antipolitisches Dreieck – »oben« macht sich die schmarotzende »politische Klasse« breit, während »unten« eine Allianz von Bürgern und FPÖ dagegen kämpft, als Realität ansieht, wird auch für Sachargumente seitens seiner Gegner nur schwer zu gewinnen sein. Es ist zu erwarten, daß die Vorwürfe wegen Haiders affirmativem Verhältnis zum Nationalsozialismus von seinen potentiellen Wählern innerhalb der antipolitischen Logik interpretiert werden und somit denselben geringen, wenn nicht sogar kontraproduktiven Effekt haben wie die (sachlich berechtigten) Vorwürfe gegen seine Partei wegen Steuerhinterziehung, Lügen, Verleumdungen etc. von Funktionären.

Rational wäre, wenn Haider auf die Kritik wegen seines Umgangs mit dem Nationalsozialismus nicht sachlich, sondern mehr oder weniger verschwörungstheoretisch reagierte. Er müßte mit dieser Kritik wie mit jeder anderen auch umgehen und müßte versuchen, sie in seinen antipolitischen Diskurs einzubinden, d.h. die Kritik als politische Manöver seiner Gegner darzustellen, die an einer sachlichen Auseinandersetzung in Wahrheit nicht interessiert sind, sondern ihm politisch bloß schaden wollten.

4. Authentische Eindeutigkeit?

Es sind vor allem zwei Aussagen, die Haiders Kritikern als Beleg für seine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut dienen. 1991 bezeichnete er die Beschäftigungspolitik der Nazis als »ordentlich« und 1995 sprach er der Waffen-SS »alle Ehre und Anerkennung« aus. Beide Aussagen führten zu einem nationalen Skandal, der auch internationale Beachtung fand. Sie schienen das von den Haider-Kritikern entworfene Bild Haiders als »Nazi« eindrucksvoll zu bestätigen. Haider schien wieder einmal bewiesen zu haben, daß er ein unverbesserlicher Deutschnationaler war, der sich aus taktischen Gründen verstellen mußte, der aber diese Maskerade wegen seiner Sozialisation in der deutschnationalen Subkultur nicht durchhalten konnte.

Beide Aussagen widersprechen auf dem ersten Blick dem hier angewandten Analysemodell. Haider scheint hier nicht als rationaler strategischer Akteur gehandelt zu haben, der sich dem Prinzip der Stimmenmaximierung verschrieben hat. In beiden Fällen konnte sich Haider sicher sein, höchstens bei seinen deutschnationalen Stammwählern volle inhaltliche Zustimmung zu finden, die Mehrheit der Bevölkerung dürfte er mit derartigen Sprüchen eher verschreckt haben und seinen politischen Gegnern bot er eine breite Angriffsfläche, die diese auch prompt nutzten. Mit anderen Worten: Haider machte in etwa das Gegenteil von dem was wir von ihm erwarteten: Also authentische Eindeutigkeit statt strategischer Ambivalenz? In beiden Fällen

liegt jedoch die Antwort nicht so klar auf der Hand. Es lohnt sich durchaus, das Verhalten Haider in diesen beiden Angelegenheiten mit unserem Modell zu analysieren.

4.1 Die »ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich« (1991)

Am 13. Juni 1991 schlug Haider in einer Debatte im Kärntner Landtag über Arbeitsmarktpolitik vor, Arbeitslosengelder bei Personen zu kürzen, die eine angebotene Arbeit abgelehnt hatten. Der Klubobmann des SPÖ-Landtagsklubs verglich dies in einem Zwischenruf mit dem Dritten Reich (»Was sie da fordern, hat es schon gegeben, aber im Dritten Reich«), woraufhin Jörg Haider folgendes erwiderte:

»Nein, das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal ihre Regierung in Wien zusammenbringt. Das muß man auch einmal sagen. Offenbar sind die Leute dort so gut ausgestattet gewesen, daß die höhergradigen Hitlerjungen noch fast 40 Jahre eure Partei angeführt haben. Das ist ja auch eine Tatsache« [46].

Anschließend kehrte Haider zum eigentlichen Thema seiner Rede zurück. Nach einer Rede eines ÖVP Abgeordneten forderte der SPÖ-Klubobmann die Einberufung einer Obmännerkonferenz »im Hinblick auf die Äußerung und Aussage des Herrn Landeshauptmann, in der er die Arbeitsmarktpolitik im Dritten Reich unter dem Nationalsozialismus als Vorbild für die demokratische Zweite Republik dargestellt hat«. Nach Wiederaufnahme der Sitzung distanzierte sich Haider von dieser Auslegung und stellte fest *»daß ich in keinster Weise eine positive Bewertung der Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches gegenüber der österreichischen Beschäftigungspolitik gemeint habe, das bitte ich noch einmal zur Kenntnis zu nehmen«*. Später während der turbulent verlaufenden Sitzung ergänzte Haider noch einmal: *»Herr Abgeordneter Hausenblas, ich habe unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß ich diese Äußerung nicht in dem von ihnen gemachten Sinn verstanden habe und daß ich sie auch nicht gemacht habe. Wenn es für Sie eine Beruhigung ist, dann nehme ich sie auch mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und stelle hier fest, daß kein Grund für Konfrontationen zwischen den Fraktionen besteht«*. Am nächsten Morgen allerdings revidierte Haider seine Haltung gegenüber dem ORF-Morgenjournal: *»Ich habe vorgesorgt, daß keine Mißinterpretation entsteht. Denn das, was ich gesagt habe, war eine Feststellung von Tatsachen, daß im Dritten Reich eine ordentliche Anzahl von Arbeitsplätzen durch eine intensive Beschäftigungspolitik geschaffen wurde und damit das Los der Arbeitslosigkeit beseitigt wurde« (zit. nach Kräh 1996, 144).*

Trotz aller folgenden Kritik hielt Haider an seiner Aussage fest. Er rühmte sich nun damit, das *»Monopol der linken Geschichtsfälscher an den Pranger gestellt« [47]* gebrochen zu haben und damit, daß es ihm zu verdanken sei, daß *»es jetzt kein Tabu mehr in der Geschichtsdiskussion gebe«*. [50]. In seinem Buch *»Die Freiheit, die ich meine«* nahm er

noch einmal Bezug auf seine Aussage von 1991, allerdings interpretierte er den damaligen Konflikt als gegenseitigen Abtausch von Provokationen:

»In einer Debatte im Kärntner Landtag provozierte mich der sozialistische Klubobmann angesichts meiner Kritik an der Ineffizienz der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung, indem er meine Ideen in einem Zwischenruf mit denen des Dritten Reichs verglich. Ich gab die Provokation zurück mit den Worten, dort habe man eine ›ordentliche Beschäftigungspolitik‹ gemacht. Erneut meinte man, allerdings erst nach sehr langer Zeit und flüsternden Beratungen des SPÖ-Bundesparteiorgans am darauffolgenden Tag, die Chance gefunden zu haben, mich als politischen Konkurrenten zu beseitigen. Es war allen klar, wie ich auch selbst betonte, daß es sich um kein Lob für das Dritte Reich gehandelt hatte« (Haider 1993, 114).

Haider brachte das Thema nicht von sich aus zur Sprache, sondern er reagierte. Er reagierte zunächst auf den Zwischenruf eines SPÖ-Abgeordneten und in weiterer Folge auf die Kritik der anderen Fraktionen auf sein Lob der NS-Beschäftigungspolitik. Haiders Replik auf die »Provokation« eines SPÖ-Abgeordneten war spontan, unüberlegt und unklug. Provokationen weist man in der Politik üblicherweise zurück oder übergeht sie. Haider ließ sich dazu hinreißen, sich mit dem inhaltlichen Kern der Provokation auseinanderzusetzen. Es ist nun bezeichnend, daß es Haider unterließ, seinen Vorschlag gegen den Vorwurf der Nähe zum Nationalsozialismus zu verteidigen. Das Gegenteil war der Fall. Haider verteidigte nicht seine eigenen sozialpolitischen Ideen, sondern den Nationalsozialismus und zwar gegenüber seinen eigenen Vorstellungen. Daß so kein Landeshauptmann spricht, scheint Haider nach den ersten Protesten klar geworden zu sein. In seiner ersten Reaktion bemühte er sich, die Situation zu entspannen. Er übernahm die Perspektive seiner politischen Gegner und entschuldigte sich für seine Äußerung, indem er erklärte, daß er es erstens so nicht gemeint habe, und zweitens, daß er seine Äußerung, »mit dem Ausdruck des Bedauerns« zurückziehe und daß damit, drittens, der Grund für »Konfrontationen« beseitigt sei. In einer persönlichen Streß- und Krisensituation reagierte Haider nicht wie ein rationaler Politiker, sondern er griff auf kindliche Konfliktlösungsstrategien zurück. Eltern wissen es: bei Kindern ist es nichts Außergewöhnliches, daß sie in einem Atemzug einen von ihnen begangenen Normenverstoß leugnen, sich jedoch gleichzeitig für ihn entschuldigen und anschließend der festen Überzeugung sind, die Sache damit aus der Welt geschafft zu haben.

In der Politik herrschen jedoch andere Gesetze als in der kindlichen Vorstellungswelt. Eltern verzeihen meist – die politische Konkurrenz und die Medien jedoch nicht. Tatsächliche oder vermeintliche Fehler führen in der Politik zu Kritik und Rücktrittsaufforderungen. Um den drohenden Verlust von Macht und Posten abzuwehren, sind Politiker daher nur selten freiwillig bereit, persönliches Fehlverhalten einzugestehen. Wissen sie die Partei hinter sich, vertrauen Politiker üblicherweise auf die rasche Halbwertszeit der Aktualität von Schlagzeilen und die Vergesslichkeit ihres Publikums. Um die Loyalität seiner Partei brauchte sich Haider keine Sorgen zu machen, um die seines Koalitionspartners jedoch sehr wohl. Ein »Durchsitzen« der

Affäre war für Haider daher kaum möglich. Ein zweiter Ausweg wäre für Haider eine umfassende Entschuldigung gewesen. Die »Inszenierung der Reue als durchtriebenste Strategie des Machterhalts« (Meyer 1992, 20) ist jedoch nur ein gangbarer Weg, wenn man auf einen Mitleidseffekt hoffen kann, doch diese Option stand Haider nicht offen. Eine Entschuldigung hätte man ihm kaum geglaubt. Zudem wäre dies in den deutschnationalen Stammwählerschichten auf Ablehnung gestoßen, was weniger tragisch gewesen wäre, als der damit verbundene Verlust des Siegerimages. Ein Haider, der eine Niederlage eingesteht, der sich Forderungen der »politischen Klasse« unterwirft, hätte in der Folge beträchtliche Probleme gehabt, sein Image als erfolgreicher Herausforderer aufrecht zu erhalten.

Haiders Handlungsspielraum war somit stark eingeschränkt. Da die Volkspartei die Gunst der Stunde nützen wollte und auf einen Rücktritt Haiders bestand, hatte er de facto nur mehr zwei Möglichkeiten: Er hätte, um den Fortbestand der Koalition mit der ÖVP zu sichern, freiwillig zurücktreten bzw. es zulassen müssen, daß die ÖVP die Koalition aufkündigen und dem von der SPÖ eingebrachten Mißtrauensantrag gegen ihn zustimmen würde. In der prekären Situation, in der sich Haider befand, trat er – nach einer Schrecksekunde – die Flucht nach vorne an. Er erklärte, nicht zurücktreten zu wollen, und ging statt dessen daran, sich zum politischen Opfer einer von SPÖ und ÖVP angezettelten politischen Kampagne zu machen.

Zunächst versuchte Haider, den Diskurs neu zu strukturieren, indem er sich bemühte, vom Thema Nationalsozialismus abzulenken und seine von der SPÖ forcierte Abwahl als Landeshauptmann zum Inhalt zu machen. Dazu war es in einem ersten Schritt notwendig, seine Aussage über die ordentliche Beschäftigungspolitik als inhaltlich richtig und von der Wortwahl gerechtfertigt darzustellen. Die Stellungnahme, mit der Haider am nächsten Morgen in die Öffentlichkeit ging, deckte sich daher auch nicht mehr mit seiner entschuldigenden Haltung vom Vortag. Haider hielt an seiner Aussage nicht nur fest, sondern bekräftigte sie. Aus der »*ordentlichen Beschäftigungspolitik*« war jedoch über Nacht etwas anderes geworden. Nun gab Haider an, nur festgestellt zu haben, daß »*eine ordentliche Anzahl von Arbeitsplätzen durch eine intensive Beschäftigungspolitik geschaffen wurde und damit das Los der Arbeitslosigkeit beseitigt wurde*«. Eine moralische Wertung⁹ über die nationalsozialistische Beschäftigungspolitik wurde damit in eine nüchterne Darstellung von Fakten »uminterpretiert«. Das »ordentlich« bezog sich nicht mehr auf die Beschäftigungspolitik, sondern auf die »Anzahl von Arbeitsplätzen«, von denen Tags zuvor noch nicht die Rede gewesen war.

⁹ Der Begriff «ordentlich», mit dem Haider die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches etikettierte, enthält eine positive Wertung, zumindest für den Teil der Bevölkerung, der nicht der antibürgerlichen Alternativszene angehört. Alle Synonyme, die das PC-Programm «Thesaurus» dem Benutzer anbietet («aufgeräumt», «adrett», «akkurat», «genau», «geordnet», «gründlich», «sauber», «tadellos», «ansehnlich», «säuberlich», «in Ordnung», «klar») sind positiv besetzt. Normalerweise verwendet man «ordentlich» als affirmatives Attribut, wenn es darum geht, ästhetische oder charakterliche Dinge zu bewerten. Der Begriff «ordentlich» wird also auf kulturellem Gebiet eingesetzt. Auf dem Gebiet der Ökonomie, wo es weniger um ethische und moralische Werte als um Effizienz geht, findet er hingegen selten Anwendung. Dort werden andere Begriffe verwendet: «erfolgreich», «effektiv», «wirksam» usw.

Da sich nichts zur Vorspiegelung von Objektivität besser eignet als die Wissenschaft, berief sich Haider auf Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschungen.¹⁰ Auf einer Pressekonferenz am 18. Juni meinte Haider etwa: »Jede Diskussion hat dazu geführt, daß an inhaltlichen Einwänden nichts mehr gekommen ist. ... Ich habe keine Angst, mich mit heiklen Fragen auseinanderzusetzen«. ... Von »namhaften Historikern gibt es in ellenlangen Aufsätzen ... deckungsgleiche Aussagen, wie ich sie in einem kurzen Satz gesagt habe« (Profil 26/1991).

In weiterer Folge ließ die FPÖ eine Vereinbarung mit der Volkspartei platzen, die Haider die Möglichkeit gegeben hätte, von sich aus auf das Amt zu verzichten. Der Hauptgrund für diese Entscheidung dürfte die Stimmung in Kärnten gewesen sein. Nach einer unmittelbar nach Haiders Ausspruch durchgeführten Umfrage sprachen sich 52% der Befragten für den Rücktritt Haiders als Landeshauptmann aus – in Kärnten sprach sich der selbe Prozentsatz jedoch für seinen Weiterverbleib in der Landeshauptmannfunktion aus (Profil 26/1991). Durch die Umfragedaten gestärkt, ging die FPÖ daran, die bevorstehende Abwahl Haiders propagandistisch auszuschlachten. In Klagenfurt organisierten die Freiheitlichen eine Solidaritätskundgebung¹¹ für Jörg Haider. Haider machte klar, daß er nicht bereit war, den Canossagang anzutreten. Das hätte als Eingeständnis eines Fehlers oder als Zeichen von Schwäche interpretiert werden können. Seinem Image entsprechend, wollte er Entschlossenheit und Stärke demonstrieren, er wollte zeigen, daß er nicht bereit war, sich kampfflos SPÖ und ÖVP geschlagen zu geben.

Trotz seiner Niederlage, die die Abwahl als Kärntner Landeshauptmann zweifellos darstellte, versuchte sich Haider als moralischer Sieger zu inszenieren. Seine bevorzugte Zielscheibe war weniger die Kärntner SPÖ, die seine Abwahl am energischsten betrieb. Als die eigentliche Sündenböcke mußten die Bundesregierung in Wien und die Kärntner ÖVP herhalten. Der Bundesregierung in Wien warf Haider Einmischung von außen vor – die alte Strategie von Landeshauptleuten einen Wir-Sie Diskurs zu führen, um Einigkeit im Lande und Unterstützung für ihre Person durch Angriffe auf die Regierung im fernen Wien herzustellen, wurde hier wieder einmal eingesetzt. Der Kärntner Volkspartei wiederum fiel in der freiheitlichen Dramaturgie die Rolle des »Verräters par excellence« (Herfried Münkler) zu: die ÖVP wurde als »Judas« abgestempelt. Dem »Judas« ÖVP wurde von der FPÖ Wortbrüchigkeit und Treulosigkeit vorgeworfen. In einer FPÖ-Broschüre mit dem Titel »Ein für alle mal: Dokumentation eines

¹⁰ Die Historiker, die Haider als Zeugen (Zittelmann, Fest, Mann, Hafner) anruft, haben mehreres gemeinsam. Sie kommen aus dem nationalkonservativen Lager Deutschlands, ihre Forschungen sind in der Historikerzunft mehr als umstritten und sie sind ausdrücklich keine Spezialisten auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, sondern eher auf dem Gebiet der Zeitgeschichte tätige Publizisten zu bezeichnen (FPÖ-Bundesgeschäftsstelle 1991).

¹¹ Diese Kundgebung war zwar als »Demonstration« angekündigt, de facto war sie wie eine Wahlkampfkundgebung der FPÖ organisiert. Aus ganz Kärnten wurden Anhänger per Bus nach Klagenfurt geschafft, wo sie das Publikum für die Rede Haiders abzugeben hatten. Es ist mehr als bloße Symbolik, daß die Haider-FPÖ, nach Eigendefinition eine »Bürgerrechtsbewegung«, bislang darauf verzichtete, eines der wichtigsten Instrumente der Zivilgesellschaft, sich Gehör zu verschaffen, einzusetzen. Die FPÖ mobilisierte ihre Anhänger zwar für diverse Volksbegehren, Aschermittwochs- und Neujahrsreden, vor einer Demonstration schreckte sie bislang jedoch zurück..

Falles« wurde der Volkspartei ein fünffacher Vertrauensbruch vorgeworfen (FPÖ-Bundesgeschäftsstelle 1991).

Mit dieser Konstruktion wollte die FPÖ nicht nur vom inhaltlichen Kern der Vorwürfe ablenken, sondern auch Stärke demonstrieren. Haider war zwar der geeinten Macht von SPÖ und ÖVP unterlegen, doch deren Macht ruhte auf tönernen Füßen: auf Illoyalität und Vertrauensbruch, mehr noch: auf List, Betrug und Treuebruch. In der Konstruktion des Feindes als politisch Mächtigen, gleichzeitig aber moralisch Schwachen, folgten die Freiheitlichen damit dem gängigen Schema von Agitatoren (Löwenthal 1990, 64–68).

4.2 Der »Waffen-SS ... kommt alle Ehre und Anerkennung zu« (1995)

Knapp vor den Nationalratswahlen 1995 strahlte die deutsche ARD ein Amateurvideo über eine Veranstaltung im Rahmen des Ulrichsbergtreffens vom September 1995 aus. Bei einem von der Kameradschaft IV, der Veteranenorganisation der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, organisierten Abends trat Jörg Haider als Redner auf. In seiner kurzen Ansprache bezeichnete er die Anwesenden als *»anständige Menschen, die einen Charakter haben, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung treu geblieben sind. ... Die Waffen-SS war Teil der Wehrmacht und es kommt ihr daher alle Ehre und Anerkennung zu, die sie im öffentlichen Leben hat«* [86].

Diesen Auftritt absolvierte Haider im »privaten« Rahmen und das, was er sagte, war vermutlich nicht für die Ohren der Öffentlichkeit bestimmt. Haider übersah jedoch, daß im Zeitalter tragbarer Videokameras die Grenzen zwischen »privat« und »öffentlich« verschwimmen. Die Ulrichsbergfeiern dürften für den Wahlkärntner offenbar eine Art erweitertes Familientreffen oder ein Fest unter Freunden darstellen, bei dem er dabei sein wollte und bei denen er ein paar nette Worte an die Anwesenden richten wollte, zumindest war er von den Organisatoren weder als Gast, noch als Festredner eingeladen worden. Nach Auskunft der Veranstalter ging die Initiative von Haider aus, eine Rede zu halten.¹² Die Gründe die Haider dazu animierten, waren wohl ebenso wenig politischer Natur wie die Rede, die er bei diesem Anlaß hielt. Eher dürften psychologische Motive der Grund für Haiders Auftritt gewesen sein. Daß Haider in seiner kurzen Ansprache seine großteils betagten Zuhörer duzte, war wohl ebensowenig Zufall wie die Erwähnung seiner Familie.¹³

Wenige Tage nach der Nationalratswahl von Dezember 1995 strahlte auch der ORF das Video aus. In einem direkt darauf folgenden Fernsehinterview bekräftigte Haider seine Aussagen.

¹² Wie der Kurier recherchierte, war Haider in Krumpendorf nicht eingeladen worden. Nach Aussagen der Veranstalter von der Kameradschaft IV sei Haider »aufgetaucht und habe gefragt, ob er ein paar Worte sagen könnte.« (Kurier, 20.12.95)

¹³ Wörtlich sagte Haider: »Ich wünsche Euch allen ein großes, schönes Treffen«, schöne Begegnungen dabei« und »Ich nehme auch an, daß meine Eltern wieder oben sein werden, wie es zur Tradition gehört.« (Profil, 52/1995)

Darauf angesprochen, daß sich Kriegsverbrecher und Mitglieder der Waffen-SS im Publikum befunden hätten, bezeichnete Haider das »anwesende Publikum als überhaupt nicht problematisch« [89]. Den Hinweis, daß im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß die Waffen-SS als verbrecherische Organisation aufgelöst worden sei, wischte er zur Seite: »Ich kann mich an einen solchen Beschluß nicht erinnern. Das interessiert mich überhaupt nicht« [87]. Überhaupt beschäftige er sich nicht »mit ausländischen Beiträgen, die in die österreichische Politik eingreifen wollen. Dieses Video ist sehr bewußt von Österreich nach Deutschland gespielt worden, mit dem Ziel es wieder in Österreich zur Wirkung zu bringen. Im Grunde ist aber alles, was dort von mir gesagt wurde, absolut in Ordnung« [88].

In seiner ersten Reaktion betonierte sich Haider ein und verweigerte jegliche Diskussion. Nach rund einer Woche schwächte er seine Aussagen ab. Nun bestritt er, daß es sich um ein Lob der Waffen-SS gehandelt hatte. Er betonte, daß es ihm nur darum gegangen sei, »die pauschale Verunglimpfung einer Generation, die den Krieg durchgemacht hat, zurückzuweisen und abzuwehren. ... Dabei geht es überhaupt nicht um die Rolle einer Einheit im Rahmen des Nationalsozialismus, dafür gibt es keine wie immer geartete Rechtfertigung, oder für einzelne Teile der von organisatorischen Einheiten« [90].

Als Haider im Dezember 1995 im ORF dazu Stellung nehmen mußte, waren nicht nur vier Monate zwischen seiner »Krumpendorfer Erklärung«, sondern auch einige Tage zwischen der Erstausstrahlung des Amateurvideos im deutschen Fernsehen und dem Interview im ORF vergangen. Haider stand genügend Zeit zu Verfügung, sich seine Reaktion zu überlegen. Im ORF-Interview gab er sich selbstbewußt, angriffsfreudig und er wirkte auf die Fragen vorbereitet. So zitierte er den Kommentar des deutschen Sozialdemokraten Schuhmacher zur Waffen-SS aus dem Stegreif. Die Gründe, weshalb Haider auf seinen Aussagen beharrte, dürften eng mit den Erfahrungen von 1991 zusammenhängen. Damals war Haider nicht nur für sein Lob an der NS-Beschäftigungspolitik kritisiert worden, sondern auch dafür, daß er sich zunächst entschuldigt, sich dann jedoch wieder hinter seine Aussage gestellt hatte. 1995 gab er sich nicht die Blöße, sich zuerst zu entschuldigen und die Entschuldigung später wieder zurückzuziehen. 1995 ging Haider den umgekehrten Weg. Trotzig demonstrierte er Stärke, indem er vom ersten Augenblick an nicht bereit war, auch nur einen Buchstaben zurückzunehmen: »Es wird kein Jota der Abweichung geben« [95]. Erst nachdem sich die Wogen etwas geglättet hatten, entschärfte Haider seine »Krumpendorfer Erklärung« durch eine wenig plausible Neuinterpretation.

Haiders selbstbewußtes Auftreten war nicht unberechtigt: er hatte nicht zu befürchten, daß die Affäre größeren Schaden für ihn oder seine Partei anrichten würde. Die Verschlechterung der Position der FPÖ im Parteiensystem war, wie sich noch zeigen sollte, geringer und kurzfristiger als vier Jahre zuvor. Der Obmannwechsel der Volkspartei von Busek zu Schüssel hatte auch zu einer taktischen Annäherung der ÖVP an die FPÖ geführt. Die Volkspartei wartete nicht nur relativ lange mit einer Verurteilung der Haider-Aussage, sondern unterstützte

sogar wenige Wochen später die Wahl des nicht unumstrittenen freiheitlichen Kandidaten zum Dritten Nationalratspräsidenten. Innerparteilich waren für Haider keine Probleme zu erwarten. Nach der Abspaltung des Liberalen Forums waren die Reste innerparteilichen Widerstands beseitigt. Wer bislang mit ihm gegangen war, würde ihm auch nun folgen. Ähnliches galt für die Wählerschaft der FPÖ. Wer sich schon bislang durch die Affinität der Freiheitlichen zum Nationalsozialismus nicht davon abhalten ließ, die FPÖ zu wählen, für den würde dies wohl auch in Zukunft zutreffen. Haider konnte mittlerweile darauf vertrauen, daß derartige Aussagen zwar zu Medienskandalen führen würden, die kurzfristig die Unterstützung für seine Partei verringern würden. Mittelfristig hatte sich jedoch gezeigt, daß die Vergessenskurve der Wählerschaft die Einbrüche in den Umfragen bald wieder wettmachte.

Das Image Haiders und der FPÖ hatten sich seit 1991 verfestigt. Charakteristika wie »hart«, »polarisierend« und »erfolgreich« dominierten ihr Erscheinungsbild (Plasser/Ullram 1995). Zur Wahrung seines Images war Haider auch in dieser Situation gezwungen, Härte zu demonstrieren. Mit seinem Verhalten von Juni 1991 hatte Haider ein Präjudiz geschaffen, dem er sich in der Folge unterzuordnen hatte. Haider stand aus Imagegründen nicht der Weg offen, einen Fehler einzugestehen, sich zu entschuldigen oder es als Ausrutscher abzutun. Haider hätte sich schwer getan, sein plötzlich verändertes Verhalten vor dem Hintergrund des Früheren erklären und legitimieren zu müssen.¹⁴ Gerade gegenüber seinen Funktionären und engsten Anhängern konnte sich Haider kein Nachgeben leisten. In seiner Neujahrsrede Mitte Jänner bestand er darauf, eine »unbedenkliche Rede« gehalten zu haben. Den Kritikern unterstellte er politische Motive, der FPÖ schaden zu wollen: Die FPÖ sei mit einem »linken Volksfrontbündnis« konfrontiert und außerdem würde »ein Veitstanz, wie er ärger nicht sein könne« gegen ihn aufgeführt.¹⁵

Für einen antipolitischen Akteur wie Jörg Haider, bei dem sich die Kommunikation mit seinen potentiellen Wählern weniger auf der inhaltlichen als auf der Beziehungsebene abspielt (Goldmann/Krall/ Ottomeyer 1992) ist es von großer Wichtigkeit, der Erwartungshaltung seines Publikums zu entsprechen. Zur Reduktion von Komplexität sind politische Parteien gezwungen, Deutungsangebote bereitzustellen, die zur längerfristigen Orientierung ihrer Wähler dienen und daher Zuverlässigkeit, Verantwortlichkeit und Kontinuität ausstrahlen müssen (Gerhards 1995). Die Deutungsmuster, die die FPÖ ihrer Wählerschaft anbietet, sind dürftig:

¹⁴ Die von Goffman beschriebenen Techniken der Imagepflege besitzen meist auch für die Interaktion zwischen Politikern und der Öffentlichkeit ihre Gültigkeit (Goffmann 1994, 10–54).

¹⁵ Haiders Reden sind nicht nur gespickt von logischen Inkonsistenzen, sondern bieten immer wieder auch bemerkenswerte Zeugnisse von Halbbildung. So wurden »Volksfronten« – eine Strategie Stalins – in den 30er Jahren gebildet, um die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Sie sollten nach dem Willen des Erfinders nicht nur Linke, sondern auch Liberale, Konservative und Monarchisten umfassen. Wenn Haider nun seine Kritiker als Volksfrontbündnis tituliert, stellt sich die Frage, welche Position seine Partei in diesem Bild einnimmt ... Hinter der volkstümlichen Bezeichnung »Veitstanz« verbirgt sich nichts Musisches, sondern eine unheilbare, tödlich endende genetische Krankheit mit dem medizinischen Namen »Chorea-Huntington-Syndrom«. Diese führt ab dem 30. Lebensjahr zu chronisch fortschreitenden motorischen Störungen wegen einer zunehmenden Auflösung des Gehirns.

sie beschränken sich auf wenige issues, einige Feindbilder und die ewiggleichen Stereotypen (Schedler 1995). Darüber hinaus ist wenig fix: Funktionäre kommen und gehen, die Haltung in Sachfragen ändert sich oft in kürzester Zeit ins Gegenteil, und welchen Namen die Partei offiziell gerade benutzt, wissen oft nicht einmal die eigenen Spitzenfunktionäre. Im Kontrast zum Modulcharakter der Funktionäre und zur inhaltlichen Beliebigkeit versucht Haider, seine Person als konsistenten Akteur zu generieren, der den einmal eingeschlagenen Weg ohne Abweichungen weitergeht und sich dabei von keinen Problemen aus der Bahn werfen läßt. Jede Richtungsänderung der politischen Standpunkte wird als konsequente Umsetzung freiheitlicher Politik verkauft. Aus ihren Ämtern entfernte Funktionäre werden hingegen zu Abweichlern gestempelt. Das Image der FPÖ und ihres Obmanns darf an Eindeutigkeit, Klarheit und Konsequenz nichts vermissen lassen. Immer sind es daher die anderen Parteien die »umfallen«, »ihre Richtung ändern« oder sich, ihre Wähler und ihre Ideale »verraten«. Haider muß den Anschein erwecken, daß er immer der Gleiche ist, egal ob in Yuppie- oder Agrariertracht. Der Markenartikel Haider muß sich trotz wechselnder Verpackung im Kern immer als der Gleiche präsentieren: kämpferisch, draufgängerisch, mutig. Ein Jörg Haider, der vor seinen Kritikern »zu Kreuze kriechen« würde, würde im Kreis seiner Sympathisanten – vorsichtig formuliert – für einige Irritationen sorgen.

Daher war im Zusammenhang mit Haiders »Krumpendorfer Erklärung« immer die selbe Behauptung in unterschiedlichen Variationen zu hören: *»Es ist eine unbedenkliche Rede gewesen«* [93]. Lediglich über die Frage, ob dieser Auftritt politisch klug war, ließ Haider mit sich reden: *»Ich habe inhaltlich kein Problem damit, weil ich glaube, daß ich alles vertreten kann, daß ich richtig getan habe, gegenüber der älteren Generation anständig zu sein. Aber die Möglichkeit zu schaffen für andere, eine Nazi-Diskussion zu verursachen mit jemandem, der das absolut nicht ist, war politisch zumindest nicht geschickt«* [100].

Inhaltlich bemühte sich Haider, sein Lob der Waffen-SS als Fortsetzung seines Werben um die »Kriegsgeneration« darzustellen. Nachdem dieser Diskursstrang Ende der 80er Jahre fast zum Erliegen gekommen war, knüpfte Haider wieder an ihn an, obwohl das Publikum in Krumpendorf keineswegs repräsentativ für die »Kriegsgeneration« war und Haider nicht die deutsche Wehrmacht, sondern ausdrücklich die Waffen-SS lobend hervorhob. So konstruiert diese Rechtfertigung auch war, Haider mußte sie konsequent durchziehen. Dabei wurde zumeist übersehen, daß Haider nicht die Waffen-SS verteidigte, sondern sich selbst gegenüber dem Vorwurf seiner Kritiker, die Waffen-SS gelobt zu haben. Nicht einmal seine Begründung des seinerzeitigen Lobs (»die Waffen-SS war ein Teil der Wehrmacht«) wiederholte er – diese Frage wollte er nun mit einem Male überhaupt nicht mehr stellen [90]. Im Gegenteil, immer wieder distanzierte er sich vom Nationalsozialismus, gerade er empfinde für das *»fürchterliche verbrecherische System des Nationalsozialismus nicht die geringste Sympathie«* [92].

Haider orientierte sich in seinem Verhalten zunächst an seinem Image des harten und unbeugsamen Politikers, d.h. am Wunschbild vieler Sympathisanten der FPÖ

(Goldmann/Krall/Ottomeyer 1993, 41–60) und später an den Imperativen des politischen Systems, d.h. an den von den Haider-Kritikern vorgegebenen Rahmen von demokratischer Korrektheit, zu dem das Lob der Waffen-SS, ihre Darstellung als Teil der deutschen Wehrmacht eben nicht gehört. Das Geschichtsbild der traditionsbewußten Deutschnationalen, für die die Waffen-SS die vierte Wehrmachtsgattung darstellt, negierte Haider.

5. Geschichtsbilder und politische Codes

Haiders Lob für die ordentliche Beschäftigungspolitik der Nazis und seiner Verbeugung vor den Mitgliedern der Waffen-SS lassen erahnen, wie es um Haiders persönliches Geschichtsbild bestellt ist. In beiden Aussagen kam mehr Authentizität zum Vorschein, als Haider wohl recht war. Beide Aussagen fallen damit auch aus unserem Analysemodell heraus und sind mit ihm nicht erklärbar. Haiders Handeln kann in beiden Fällen nicht als strategisch bezeichnet werden. Was jedoch mit Hilfe unseres Modells verständlicher wird, sind die Reaktionen Haiders. Hier schien Haider wieder als strategisch denkender Politiker zu handeln, und hier orientierte er sich wieder an jenen Prämissen, denen wir Rationalität unterstellten.

Über diese in der Öffentlichkeit breit diskutierten Äußerungen hinaus sammelten sich in den letzten zehn Jahren noch zahlreiche Aussagen Haiders mit NS-Bezug. Jene Haider-Aussagen, die für diese Studie verwendet wurden, finden sich im Anhang. Diese Sammlung von Haider-Zitaten erhebt keinen Anspruch auf quantitative, jedoch einen auf qualitative Vollständigkeit. Lediglich einige Aussagen Haiders aus seiner Zeit als Kärntner Landeshauptmann, die vor allem auf die dortigen Verhältnisse Bezug nahmen, wurden bewußt ausgelassen. Beim Versuch, die Aussagen des freiheitlichen Parteiobmanns zum Nationalsozialismus zu kategorisieren, fällt auf, daß sie sich relativ leicht in fünf Gruppen einteilen lassen, was den ersten Verdacht nahe legt, daß hier von seiten Haiders mit einer gewissen Planmäßigkeit vorgegangen wurde, was wiederum unsere Arbeitshypothesen von Haiders strategischem Umgang mit dem NS-Thema stützen würde.

5.1 Die Weltkriegsgeneration

Als Jörg Haider im September 1986 zum FPÖ-Obmann gewählt wurde, war die Diskussion um die Vergangenheit von Bundespräsident Kurt Waldheim zwar etwas abgeflaut, doch erhielt sie bedingt durch die von der Bundesregierung einberufene Historikerkommission und die Entscheidung der USA, Waldheim auf die watch-list zu setzen, immer wieder neue Nahrung. Im Wahlkampf für die Bundespräsidentenwahl 1986 hatte die ÖVP versucht, zwei Wir-Sie Diskurse zu führen. Einerseits sollte versucht werden, Österreich und nicht Waldheim als Angriffsziel »gewisser Kreise an der Ostküste« darzustellen, andererseits sprach man die Alterskollegen Waldheims, die »Kriegsgeneration« an, der suggeriert werden sollte, daß sie gemeinsam mit Waldheim auf der »Anklagebank« saß (Wodak u.a. 1990).

Die »Kriegsgeneration« stellt eine semantische Erfindung des Jahres 1986 dar. Zuvor war diese Alterskohorte meist mit Namen wie »Wiederaufbaugeneration« oder »Staatsvertragsgeneration« zusammengefaßt worden. Letztere ließen die Erinnerung an den Nationalsozialismus verschwinden und strichen, mit einem gewissen Stolz, historische Leistungen der Zeit nach 1945 hervor. Der Begriff der »Kriegsgeneration« ist hingegen ein defensiver Begriff, der den Opfercharakter betonte.

Im Wahlkampf für die Nationalratswahlen 1986 klinkte sich Haider in diesen Diskurs ein und versuchte sich als Verteidiger der »Kriegsgeneration« zu profilieren. Mit dem Abflauen der Auseinandersetzungen um Waldheim verlor dieser Diskursstrang auch an Bedeutung für die politische Strategie Haiders. Nur im Dezember 1995 mußte die »Kriegsgeneration« zur Rechtfertigung von Haiders »Krumpendorfer Erklärung« herhalten. Im Gegensatz zu Waldheim, der selbst Mitglied dieser Generation ist, mußte sich der 1950 geborene Jörg Haider das Vertrauen der »Kriegsgeneration« erst erarbeiten. Vielleicht erklärt dies den schwulstigen Pathos, mit dem er in den Kampf um die Wählerstimmen dieser Altersgruppe zog:

»Der Männer des Ersten und Zweiten Weltkrieges, die ihr Leben gaben, um ihrer Heimat die Zukunft zu sichern, sei zu dieser Stunde und an diesem Ort gedacht, ebenso auch der zahllosen Opfer unter der Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder, die schutzlos den Bomben und Granaten ausgeliefert waren ... Daß es möglich war, unsere Heimat aus den Trümmern des Krieges wiederaufzubauen und zu materiellem Wohlstand zu führen, ist ebenfalls dieser Generation zu verdanken – einer Generation, die ständigen Verunglimpfungen ausgesetzt ist. Das Soldatentum wird von bestimmten Kreisen beschimpft und besudelt. An der Ehre der Gefallenen und Lebenden des Weltkrieges putzen sich manche Herren nur allzu gerne ihre Schuhe ab – aber die Wählerstimmen dieser Gruppe wollen sie doch. ... Es ist beschämend, wenn man sieht, wie Menschen, die alles gegeben haben, was sie zu geben hatten, nämlich ihr Leben, von Drückebergern und politischen Opportunisten mit Dreck beworfen werden. ... Damit muß ein für allemal Schluß sein. Es ist unverständlich, warum unsere Väter und Großväter Verbrecher sein sollen, wie so viele Politiker lautstark verkünden. Ich stehe zu dieser Kriegsgeneration, zu den Toten wie zu den Lebenden« [2].

In dieser Rede, die Haider am Allerheiligentag 1986 hielt, sind die wichtigsten Codes seines Diskurses bereits zusammengefaßt (Januschek 1994). Nach Haider zeichnete die »Kriegsgeneration« verantwortlich für die »Sicherung der Zukunft der Heimat« und für den nach dem Krieg erfolgten »Wiederaufbau«. Sie war keine Generation von Verbrechern, sondern eine, die »Opfer« zu erbringen hatte. Diese älteren Menschen werden nun erneut Opfer, indem sie von charakterlich wenig hochstehenden Menschen zu »Verbrechern« gemacht würden.

Der Begriff »Weltkriegsgeneration« eignet sich in besonderen Maße für die antipolitische Instrumentalisierung. Wie das »Volk« oder der »kleine Mann« negiert er Differenzen und spiegelt eine homogene soziale Gruppe mit gleichen Interessen, Werten und Kultur wider.

Unter dem Dach der »Kriegsgeneration« können alle gesammelt werden, die den Zweiten Weltkrieg erlebten, wobei der Nationalsozialismus hinter der Fixierung auf den Krieg verschwindet. Welche Einstellung jemand gegenüber dem NS-Regime hatte, bleibt damit im Dunkeln: überzeugte Nazi sind ebenso Angehörige der »Kriegsgeneration« wie die Masse der Mitläufer, Gegner und Opfer des NS-Terrors. Für Haider wird die »Kriegsgeneration« nicht nur durch ähnliche Geburtsjahrgänge, sondern vor allem durch eine Bedrohung von außen geeint: sie ist eine Generation, über der »*der Schmutzkübel ... ausgeschüttet*« wird [18]. Haider erklärt ihr, daß nicht bestimmtes Verhalten oder bestimmte Personen, sondern eine ganze Generation einem »*Femegericht der Umerzieher, bei dem die geschichtslose Generation als Geschworene auftritt*« unterworfen wird [25]. Unterschiede zwischen Opfer und Tätern wirken in dieser Konfiguration störend und kommen daher auch nicht vor. Im März 1988 gedachte Haider »*der Opfer, der Ermordeten, der gefallenen Soldaten, der Witwen und Waisen und der schwerkgeprüften Mütter*« [25]. Für seine Rechtfertigungsversuche der »Krumpendorfer Erklärung« konstruierte er erneut den Schulterschluß dieser Generation: »*Es wird kein Jota der Abweichung geben, der älteren Generation Respekt zu zollen, sowohl für jene, die im Kriegsdienst gestanden sind, wie auch für jene, die Opfer des Nationalsozialismus gewesen sind*« [95]. Dabei berief sich Haider ausdrücklich auf Viktor Frankl und faßte dessen Buch »Trotzdem ja zum Leben« im banalen und grob verharmlosenden Satz »*daß es auf der einen Seite gute und böse Menschen gegeben hat*« zusammen.

Die Auflösung der Differenzen in der »Kriegsgeneration« ist ein Zwischenschritt, der notwendig ist, um in weiterer Folge Argumente, mögen sie auch noch so differenziert vorgetragen werden, als »Pauschalverurteilung« oder als »Kollektivschuld« zurückzuweisen. Haider beläßt es jedoch nicht dabei, sondern geht einen Schritt weiter. Aus der Ablehnung der Kollektivschuld wird bei ihm das Attest einer Kollektivunschuld: »*Unsere Soldaten waren nicht Täter, sie waren bestenfalls Opfer*« [45]. Den kollektiven Freispruch der »Kriegsgeneration« begründete Haider wiederholt mit dem Verweis auf ihre Leistungen im Wiederaufbau und ihre Lernfähigkeit nach 1945. Beide Codes sind altbekannt. Indem sich »die libidinöse Energie ... im Wirtschaftsbereich sammelte« (Mitscherlich/Mitscherlich, 1994, 23) lenkte sie Deutsche wie Österreicher nach 1945 von der jüngsten Vergangenheit ab und half ihnen, sich über die moralischen und politischen Folgen des Nationalsozialismus ohne Diskussion hinwegzusetzen. Die Präsenz des Mythos des Wiederaufbaus, dürfte Haider als so mächtig ansehen, daß er es für nicht weiter notwendig hält, diesen Code stärker zu elaborieren: er begnügt sich meist mit dem bloßen Verweis auf den Wiederaufbau [2, 32, 74].

Auch Haiders zweiter Beleg ist nicht erst seit Bruno Kreiskys Integrationspolitik gegenüber dem dritten Lager Teil des öffentlichen Diskurses. Einerseits bezieht sich Haider dabei explizit auf die ehemaligen Nationalsozialisten: »*Es gibt in allen Parteien Leute, die Nationalsozialisten waren, als Wähler und als Funktionär. Bei uns haben nur jene ehemaligen Nazis eine Heimat, die den Weg in die Demokratie gefunden haben. Die können wird doch nicht als Aussätzige behandeln*« [32]. In einer zweiten Version verwendet es Haider für die gesamte

»Kriegsgeneration«: *»Die Generation, die die Hölle des NS-Regimes und des Weltkriegs durchgehen mußte, hat bitter gelernt. Diese Generation ist nicht durch Träumerei und idealistischer Euphorie zum demokratischen Bewußtsein gelangt, sondern durch harte Erfahrung. Diese ist das beste Fundament für eine Demokratie«* [74].

Mit diesen beiden Belegen schreitet Haider altbekanntes Terrain ab. Haiders Zielgruppe dürfte dies schon unzählige Male gehört haben. Aus rhetorischen Figuren von Grab- und Kriegerdenkmaleinweihungsreden zu Codes der politischen Auseinandersetzung wurden sie erst als ab 1986 der unthematisierte, (vor)politische Konsens über den Umgang mit der NS-Zeit zerbrach. In dem nun zum politischen Konflikthema geworden NS-Diskurs verteidigte der selbsternannte politische Erneuerer Haider die Kontinuität: von Haider war zu hören, was in den vier Jahrzehnten zuvor auch von Politikern von SPÖ und ÖVP zu hören gewesen war.

Anders verhält es sich mit seiner Version beim Ulrichsbergtreffen 1991, wo er »sich in den Gedanken (verstieg), daß den alten Wehrmachts- und Waffen-SS Haudegen Freiheit und Demokratie zu verdanken sei« [45]. Gegenüber einem israelischen Rundfunksender präziserte Haider später seine Aussagen. *»... ich habe davon gesprochen, daß der Kampf der Soldaten dazu beigetragen hat, die Gefahr des Kommunismus zurückzudrängen, was in der Tat ja auch nicht bestritten wird. Damit bot sich die Möglichkeit, daß Österreich den Anschluß im westlichen Bereich an demokratische Verhältnisse gefunden hat, sonst wären wir vielleicht ein Teil des kommunistischen Imperiums gewesen, ohne Demokratie«* [57]. 1995 mußte Haider erneut seinen Standpunkt erklären: *»Ich habe gesagt, daß die Wehrmachtsoldaten die Demokratie in Europa, wie wir sie heute vorfinden, ermöglicht haben. Hätten sie nicht den Widerstand geleistet, wären sie nicht im Osten gewesen, hätten sie nicht die Auseinandersetzung geführt, dann hätten wir«* [83]. Auf den Einwand des Journalisten, daß es nicht um Widerstand, sondern um einen »Eroberungsfeldzug der Deutschen Wehrmacht« handelte, entgegnete Haider: *»Dann müssen wir heute beginnen zu fragen, wie das wirklich war. In der offiziellen Geschichtsschreibung haben die Deutschen begonnen, selbstverständlich«*. Aber wie Haider bereits früher einmal dazu meinte: *»Da ist die Geschichte sehr in Fluß«* [58]. Doch selbst wenn neue Erkenntnisse auftauchen würden, wäre dies für Haider nicht wichtig: *»Wie immer die Geschichte im Laufe der Zeit noch facettenreicher wird, ist das nicht mein Problem«* ... [84].

Mit Zweifeln an der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs oder der Interpretation des Vernichtungskrieges der deutschen Wehrmacht im Osten als Widerstand reißt Haider Themen an, die in den letzten Jahren von der geschichtsrevisionistischen Literatur in den Vordergrund gestellt wurden und er wertet die seriöse Geschichtsforschung mit demselben Begriff »*offiziell*« ab, wie es auch die rechtsextreme Literatur tut. Diese schickt sich, ermuntert durch die deutsche Wiedervereinigung an, aus ihrem Ghetto zu treten und zunehmend auch Anerkennung im wiederentstandenen nationalkonservativen Spektrum Deutschlands zu erhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war dieses durch sein enges Bündnis

mit dem Nationalsozialismus völlig in Verruf geraten. Ihre Thesen, die die Betonung auf die in der NS-Zeit erfolgte Modernisierung Deutschlands legen und die antibolschewistische Stoßrichtung des Nationalsozialismus hervorstreichen, werden zunehmend wieder salonfähig. Mittelfristiges Ziel ist es dabei, die diskreditierende Verbindung der Rechten zum Nationalsozialismus zu lösen (Brumlik 1996).

Allerdings beläßt es Haider nur bei unverbindlichen Andeutungen, schwammigen Formulierungen und halbherzigen Distanzierungen, die eine eindeutige Zuordnung nicht möglich machen. Man kann angesichts dieser Unklarheiten nur Spekulationen über die wahren Ideen und Vorstellungen des freiheitlichen Parteiobmanns anstellen. Haider ist nicht eindeutig festzumachen, wobei ihm zu Hilfe kommt, daß manche Einstellungen gegenüber dem Nationalsozialismus nicht nur Teil der rechtsextremen Gedankenwelt sind, sondern in etwas abgemildeter Form auch Eingang in die populären Geschichtsbilder gefunden hat. So wurde, gefördert durch den Kalten Krieg, der Nationalsozialismus nach 1945 immer wieder mit dem Hinweis auf seinen Antikommunismus entschuldigt und relativiert. Der Antikommunismus als ein integraler Bestandteil der NS-Ideologie war nach 1945 vom demokratischen Österreich übernommen und bestätigt worden. »Offenkundig ist die KPÖ nicht trotz ihrer antifaschistischen und antinazistischen Profilierung schon 1945 rasch ins politische Out gelangt, sondern eher wegen dieser Vergangenheit« (Pelinka 1985 25–26). Verstanden sich die Zweite Republik und ihre Parteien unmittelbar nach ihrer Gründung als antifaschistisch, so löste schon bald der Antikommunismus den Antifaschismus als Legitimationsgrundlage des Staates ab, was die Integration der ehemaligen Nationalsozialisten weiter beschleunigte (Kaindl-Widhalm 1990, 44–46).

Der Diskurs über die »Kriegsgeneration« gibt Haider die Möglichkeit, offensiv zu werden. Er kann sich auf einen traditionellen Konsens breiter sozialer und politischer Gruppen stützen und er kann, wie in weiterer Folge gezeigt wird, seinem politischen Gegner unterstellen, die Seite gewechselt zu haben, während er gegen alle Widerstände den alten Überzeugungen treu geblieben ist. Im Werben um die »Kriegsgeneration« sind beste Voraussetzungen für die Verwendung von antipolitischen Diskursformen gegeben. In kaum einem anderen Themenbereich tritt das derart stark hervor, was Leo Löwenthal in den 40er Jahren als »Psychoanalysis in reversis« bezeichnete (Löwenthal 1990). Haider verhält sich hier wie das Gegenteil eines Psychoanalytikers; in der Manier eines Priester spricht er eine ganze Generation kollektiv von Schuld frei, bescheinigt ihr großartige Leistungen beim Wiederaufbau des Landes und preist sie als Kämpfer für Demokratie und Freiheit.

Mit diesem Thema kann Haider sowohl seine deutschnationalen Kernwähler zufrieden stellen, als auch potentielle neue Wähler ansprechen. Haider kann überdies dank der Vorarbeiten der ÖVP im Zuge der Waldheim-Affäre sein antipolitisches Konfliktszenario »Volk« vs. »Politische Klasse« in entsprechend adaptierter Form aufbauen. Die öffentlichen Diskurse über die NS-Zeit werden von Haider dabei als vorsätzliche Attacke auf die Zeitgenossen des Zweiten

Weltkrieges interpretiert, d.h. er bemüht sich, die Debatte als einen Wir-Sie Diskurs zu strukturieren, und diesen mit seinen sonstigen Diskursen kurzzuschließen. Diejenigen Gruppen, die Haider als Drahtzieher hinter den Angriffen auf die »Kriegsgeneration« ausmacht, sind weitgehend ident mit seinen sonstigen politischen Hauptgegnern: die SPÖ [4], die »wildgewordene Linke« [68, 98] oder die Medien bzw. manche Journalisten [17]. Während der Debatte um die Entscheidung der USA, Kurt Waldheim auf die watch-list zu setzen, kam auch Haideres nunmehrige Lieblingsurlaubsziel, die USA, hinzu [18, 19]. Meist bleiben die Anschuldigungen Haideres, was den Personenkreis betrifft, jedoch vage. Einer deutlichen Sprache bedient sich Haider zur Präzisierung seiner Vorwürfe. Wie schon erwähnt, hält der FPÖ-Obmann die »Vergangenheitsbewältiger« für »Drückeberger« und »Opportunisten« [2], die »sich ohne ihr Zutun ins gemachte Nest der Demokratie und des der Wohlstandsgesellschaft gelegt haben« [45].¹⁶

5.2 Die ideologische Mißgeburt: »Österreich«

Haideres Lob für die NS-Beschäftigungspolitik 1991 löste die Qualifizierung Österreichs als »ideologische Mißgeburt« als wohl bekannteste Haider-Aussage ab. Dieser, meist als Signal an die deutschnationale Klientel interpretierte Spruch, fand außerhalb des deutschnationalen Segments wohl kaum Zustimmung. Dieser Satz Haideres ist allerdings keineswegs typisch für seinen Umgang mit der deutschnationalen Fragen. Anspielungen an das deutschnationale Geschichtsbild verpackt er üblicherweise subtiler.

So distanzierte sich Haider 1988 von der sogenannten »Lebenslüge« Österreichs und verwies ausdrücklich auf die Teilnahme Österreichs am Zweiten Weltkrieg: »Es waren die Österreicher, die mit in der deutschen Wehrmacht waren« [33]. Solche Kritik an der Art Österreichs, mit der NS-Vergangenheit bis 1986 umzugehen, ist kein Einzelfall. Reißt man etwa einige Sätze der Rede Haideres zum 50-Jahr-Jubiläum der Zweiten Republik aus dem Zusammenhang, so würde kaum jemand auf den Gedanken kommen, daß diese von ihm stammen: »Waren ihm die Nürnberger Rassengesetze... nicht bekannt gewesen? Wußte er nicht, daß Eichmann, Kaltenbrunner, ja Hitler Österreicher waren? Oder begann damals der Prozeß, sich aus der Geschichte und Verantwortung zu stehen, die Schuld auf andere zu schieben, um mit Halbwahrheiten besser leben zu können« [73]?

Die mal pathetische, mal aggressive Verteidigung der »Kriegsgeneration« und die Kritik am Verhalten Nachkriegsösterreichs gegenüber der NS-Zeit passen nicht zusammen. Zwischen den beiden von Haider stammenden Sätzen »Unsere Soldaten waren nicht Täter, sie waren

¹⁶ Haider reproduziert hier weitgehend common-sense. Dieselben Argumente lassen sich etwa in der Agitation gegen die »Wehrmachtsausstellung« des Hamburger Instituts für Sozialforschung wiederfinden. Eines der jüngsten Beispiele stammt aus den Salzburger Nachrichten vom 1.2.97, wo Ronald Barazon in seinem Leitartikel mit dem Titel »Die Verhöhnung des Rechts« u.a. folgendes schreibt: »Aus der warmen Stube des Friedens und der Demokratie und der Meinungsfreiheit ist es leicht, über Handlungen zu urteilen, die unter dem Druck von Schergen eines totalitären Regimes gesetzt wurden.«

bestenfalls Opfer« [45] und »Meine Position war immer, daß ich gesagt habe, wir sind nicht nur Opfer, sondern waren auch Täter,« [78] existiert nicht nur ein logisch nicht aufzulösender Widerspruch, sondern hinter ihm verbergen sich auch zwei grundsätzlich verschiedene Interpretationen von österreichischer Zeitgeschichte. Üblicherweise sind die Personen, die sich als Verteidiger der »Kriegsgeneration« berufen fühlen, nicht ident mit denen, die die bis 1986 hegemoniale Art des Umgangs mit der NS-Zeit kritisieren.

Haider tut jedoch beides. Die einzige fixe Größe in seinen historischen Ausfällen sind die Regierungsparteien, denen er die Diffamierung der »Kriegsgeneration« ebenso vorwirft wie die Instrumentalisierung der Vergangenheit. Die »politische Klasse« betreibt für Haider unter dem Deckmantel der Vergangenheitsbewältigung, die Verbreitung historischer Unwahrheiten. »Von Vergangenheitsbewältigung wird gesprochen, Geschichtsfälschung wird betrieben« (Haider 1993, 108). Die Geschichtsfälschung besteht nun für Haider darin, daß nach dem Krieg die Verantwortung für den Nationalsozialismus an Deutschland abgeschoben und die allen historischen Fakten widersprechende Vorstellung einer österreichischen Nation forciert wurde. Damit »wollte man weniger die Heimatliebe fördern als die kulturellen Bande zu Deutschland durchtrennen« (ebd.), denn »Der Begriff der österreichischen Nation war damals eine Mißgeburt, weil er nach 1945 nur aus dem Bedürfnis geschaffen wurde, den Österreichern einzureden, sie hätten mit dem der unmittelbar vorbeigegangenen Geschichte nichts zu tun« [76].

In diesem Zusammenhang verwendet Haider immer wieder auch den Begriff der »österreichischen Lebenslüge«. Wird dieser üblicherweise benutzt, um die nach 1945 erdachte Konstruktion Österreichs als erstes Opfer Hitlers und das Verschweigen seiner Beteiligung am Nationalsozialismus zu kritisieren, so verwendet Haider die Begriffe »Mißgeburt« und »Lebenslüge« synonym. »*Ich habe nie gesagt Österreich ist eine Mißgeburt, sondern festgestellt: der Begriff der österreichischen Nation war die Lebenslüge für die zweite Republik*« [78]. An der Wiege dieser Mißgeburt standen für Haider – was die ganze Sache für ihn wohl noch verwerflicher macht – die Kommunisten. Am Anfang einer österreichische Nation stand »nichts anderes als ein strategischer Schachzug der Sowjets, um mit einem Mittel des Kulturkampfes die Schuschnigg-Diktatur zu rechtfertigen« (Haider 1993, 113).

Immer wieder verweist Haider dabei auf jene Politiker, die vor 1938 für den Anschluß an Großdeutschland eintraten und erst nach 1945 dem Anschlußgedanken eine öffentliche Absage erteilten (was im sozialdemokratischen und christlich-konservativen Lager auf fast alle zutrifft). Bei seiner, anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Zweiten Republik gehaltenen Rede, wiederholte Haider den grundlegenden Vorwurf den die FPÖ an diesen Staat richtet: die Verleugnung des deutschen Charakters. Karl Renner hält er vor »*im Laufe der Geschichte vielfach als Kollaborateur mit dem NS-Regime, z.B. beim Anschluß und in der Tschechenfrage, aufgetreten*« [48] zu sein. Natürlich darf auch Renners Werbung für den Anschluß im April 1938 nicht in der Kritik fehlen: »*Renner war ein bemerkenswerter Mann. ...*

Am 3. April 1938, kurz vor der Volksabstimmung über den Anschluß an das Dritte Reich, im Einklang mit all seinen Aussagen seit 1919, veröffentlichte er folgende Erklärung: ›Ich müßte meine ganze Vergangenheit als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große Geschichte Tat des Wiederezusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte‹.... Derselbe Renner dachte einige Jahre später, nämlich nach Kriegsende, anders: »Der Österreicher ist ... strengen Wortsinn kein deutscher Stamm« [73].

Wer 45 Jahre nach dessen Tod einen Politiker kritisiert, kann sich des Gähnens der Öffentlichkeit und der Medien sicher sein, auch wenn dieser Politiker der erste Kanzler und Präsident dieser Republik war. Haider argumentierte 1995 nicht mehr so einprägsam und prägnant wie sieben Jahre zuvor. Er benutzte keine klaren Worte mehr zur österreichischen Nation. Diese wird nicht mehr als »ideologische Mißgeburt« abqualifiziert. Nimmt man es genau, wird sie in dieser Rede nicht einmal kritisiert. Was von Haider einer Kritik unterzogen wird, ist das Verhalten der »politischen Klasse« bzw. dessen ersten Repräsentanten. Natürlich wäre es naiv anzunehmen, daß dies von Haider auch so gemeint war. Was sollte ihm die Kritik Karl Renners nutzen? In einer Rede vor seinen Anhängern anlässlich eines staatspolitischen Jubiläums muß Haider einen Spagat zwischen den divergierenden Ansprüchen seiner Zuhörer und der kritischen Öffentlichkeit versuchen. Haider kann es sich nicht leisten, »staatstragend« zu argumentieren, er muß jedoch gleichzeitig in seiner Kritik vorsichtig sein. Indem er das Verhalten Renners und nicht die österreichische Nation anschwärzt, macht er sich nahezu unangreifbar. Haider hält sich an historische Fakten, er könnte unzählige unverdächtige Meinungen zitieren, die ebenfalls Renners Eintreten für den Anschluß 1938 kritisieren. Gleichzeitig kann er aber darauf hoffen, daß seine deutschnationalen Anhänger die Kritik an Renner als indirekte Kritik an der österreichischen Nation interpretieren.

Haider ist auf immer größere Distanz zum deutschnationalen Element in seiner Partei gegangen. Die Abspaltung des Liberalen Forums nützte Haider, um auch die deutschnationalen Exponenten aus der Führungsspitze der Partei zu drängen. Haider hatte diesen seinen Aufstieg zu verdanken und er hatte in seinen ersten Jahren auch viel getan, um dem deutschnationalen Element entgegenzukommen.¹⁷ Aber die personelle und politische Entwicklung der FPÖ ging in eine andere Richtung. In der Partei machen primär Personen Karriere, deren Loyalität in erster Linie dem Parteiobmann galt. Die Überzeugung, daß es keine eigenständige österreichische Nation gäbe, war zwar kein Hindernis für eine politische Laufbahn (Bailer/Neugebauer 1993, 353–358), wer jedoch seinen Deutschnationalismus zu manifest in der Öffentlichkeit vortrug oder wer gar von den Medien überführt wurde, gewaltbereite Rechtsextremisten für die FPÖ gekeilt zu haben, mußte seinen Sessel räumen –

¹⁷ Als Haider 1987 die Vergasungen in Auschwitz und Treblinka als »Massenmorde« [10] bezeichnete, sorgte dies im deutschnationalen Lager für »große Empörung« (Norbert Burger). Haider versuchte die Irritationen in einem persönlichen Treffen mit dem bereits verstorbenen Vorsitzenden der verbotenen NDP Norbert Burger und dem ehemaligen FPÖ-Abgeordneten Otto Scrinzi (NFA) aus der Welt zu schaffen. Burger war nach diesem Treffen zufrieden: »Haider hat sich von seinen Aussagen im Profil-Interview distanziert und weitgehend unsere Positionen eingenommen.« (Busch/ Fasching/Pillwein 1992, 39).

dies gilt sowohl für traditionsbewußte als auch für modernisierte Deutschnationale. Die Symbolfigur ersteres, Krimhilde Trattnigg, brachte es immerhin zur Kärntner Landtagspräsidentin, erfreute sich jedoch nur geringen Ansehens bei der neuen Klasse der Spitzenfunktionäre, so daß sie enttäuscht ob dieser Respektlosigkeit aus der Partei austrat. Auch die Parteikarriere des zweiten bekanntesten Deutschnationalen währte nur kurz. Andreas Mölzer wurde Abgeordneter im Bundesrat und persönlicher Grundsatzreferent Jörg Haiders. Der Höhepunkt der Karriere bildete die Ernennung zum Leiter der Parteiakademie, des Freiheitlichen Bildungswerkes. Nachdem seine Begriffswahl zum Skandal geworden war – unvorsichtigerweise hatte Mölzer den neurechten Begriff der »Ethnomorphose« eingedeutscht, fand er sich bald in seiner ursprünglichen Profession als Publizist für diverse Blätter des rechten Spektrums wieder, in denen er nun die FPÖ wegen mangelhafter Grundsatztreue, Opportunismus und fehlender Ideologie kritisiert (Gärtner 1996).

Haiders Diktum über die »ideologische Mißgeburt Österreich« überdeckte lange Zeit, daß Haider ansonsten sehr zurückhaltend mit diesem Thema umging. Mangels Interesse des Großteils seines Publikum bediente Haider die deutschnationalen Kernwählerschichten meist über Anspielungen, Andeutungen und politischer Symbolik. Dies hatte den Vorteil, daß sie nicht ausschließlich in eine Richtung interpretiert werden konnten, sondern für vielfältige Auslegungen offenstanden. Je ungeklärter das Verhältnis der FPÖ zum Deutschnationalismus war, desto weniger konnte die Partei ideologisch fixiert werden und desto größer war der Handlungsspielraum des Parteiobmanns. Je unbestimmter die Bezüge zum Deutschnationalismus waren, desto größer war der Raum für individuelle Assoziationsmöglichkeiten. Erst die Turbulenzen rund um die Ausschaltung Norbert Gugerbauers zwangen Haider, Farbe zu bekennen. Die »Wiener Erklärung« von April 1992 stellte den ersten größeren Versuch dar, die Haltung der FPÖ unter Haider gegenüber dem österreichischen Staat und der deutschen Nation zu präzisieren. In seinem 1993 erschienenen Buch »Die Freiheit, die ich meine« unternahm Haider einen erneuten Versuch, Deutschnationalismus und Österreichpatriotismus miteinander zu vereinen.

Der Streit um divergierende Geschichtsinterpretationen trägt nur wenig zu den Wahlerfolgen der FPÖ bei, mittlerweile ist jedoch auch hinlänglich bewiesen, daß er ihr auch nicht nachhaltig schaden kann. Über die Beruhigung des deutschnationalen Segments scheinen Auseinandersetzungen über den Nationsbegriff ein Privathobby Haiders darzustellen, ansonsten ist es kaum zu erklären, warum er diesem Thema in seinem Buch derart breiten Raum widmet. Politisch ist es klüger, historische Fragen nicht zu berühren, das ist Haider klar. »Wir müssen wegkommen davon, daß sich die FPÖ dauernd mit diesen historischen Dingen auseinandersetzen muß. Wir sind eine Zukunftsbewegung und kein Geschichtspflegeverein« [92].

5.3 Die Niederlage 1945

Beim Diskurs über die »Kriegsgeneration« wurden die Affinitäten zwischen dem Geschichtsbild der Deutschnationalen und dem der potentiellen Haider-Wähler deutlich. Noch stärker ähneln sich beide bei der Bewertung des Mai 1945. Von beiden wird der Zusammenbruch des Hitlerregime als eine Niederlage angesehen oder wie Haider salopp formulierte: *»Österreich war halt auch unter den Verlierern«* [33]. Immer wieder betont Haider, daß im Mai 1945 zwar der Krieg zu Ende war, aber Österreich noch lange »nicht frei« war.¹⁸ *»Meine Freunde, die Befreiung von Hitler war noch lange keine Freiheit für uns. Das war die Freiheit der Sowjets, die Freiheit der Vergewaltigungen, die Freiheit Stalins Unsere Freiheit war das nicht«* [71].

Die Hervorhebung der Verbrechen der Alliierten, vor allem der sowjetischen Armee, ist kein Einzelfall: *»An den Verbrechen der Nationalsozialisten gibt es nichts zu beschönigen und nichts zu leugnen. Aber wenn uns in den letzten Wochen ein Bild von den freundlichen russischen Befreierern präsentiert wird, so ist das haarsträubend. Auschwitz ist Realität gewesen. Realität war aber auch, daß die »Befreiung« mit Massenvergewaltigungen, Plünderungen, Morden, Massenvertreibungen und Verschleppungen begonnen hat«* [75]. Um dem Vorwurf zu entgehen, die Verbrechen der alliierten Besatzungsmächte hervorstreichend und gleichzeitig die NS-Verbrechen zu übergehen, stellt Haider die Verbrechen der Nazis an den Beginn dieser Sequenz. Haider stellt nicht nur NS-Verbrechen und Alliierten-Verbrechen ungewichtet nebeneinander, er nimmt überdies eine klare Schwerpunktsetzung vor. Während die NS-Verbrechen abstrakt oder in Form des Chiffres »Auschwitz« abgehandelt werden, findet Haider für die Alliierten-Verbrechen klare und einprägsame Worte. Haider beläßt es jedoch nicht bei diesem Ausflug in die Zeitgeschichte, sondern er versucht, aktuelle Bezüge hervorstreichend, die er gemäß seiner antipolitischen Stereotypen darstellt: einer ungenannt bleibenden Instanz wird unterstellt, *»haarsträubende«* historische Unwahrheiten zu verbreiten, während Haider für sich in Anspruch nimmt, die *»Realität«* zu ihrem Recht kommen zu lassen.

Es nützt nun wenig, die Gleichsetzung der Verbrechen von Nazis und Alliierten empört zurückzuweisen oder das Kriegsende als Sieg zu bezeichnen. Für die meisten Zeitgenossen war das Kriegsende nicht der Tag des Sieges, sondern ein Tag der Niederlage. Die Menschen, die das Ende des Nationalsozialismus als Befreiung empfinden konnten, stellten eine Minderheit dar. Bei den meisten dürfte die Angst vor der Zukunft die Freude über das Ende des Krieges überstrahlt haben. Selbst in den letzten Kriegswochen als der militärische Zusammenbruch Hitlerdeutschlands für jeden klar wurde, konnten sich die Machthaber auf die Duldung, ja mehr noch auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen. Diese nahm selbst zu diesem Zeitpunkt noch aktive Formen an, wie das Beispiel der in den Dorfchroniken als

¹⁸ So gab es 1980 im Zuge des 25jährigen Jubiläums des Staatsvertrags ein Quiz der Österreichischen Bundesregierung, wo man bei richtiger Beantwortung der Frage »Wie lange war Österreich besetzt?« schöne Preise gewinnen konnte. Die richtige Antwort lautete: »10 Jahre«.

»Mühlviertler Hasenjagd« vermerkten Verfolgung von geflohenen KZ-Häftlingen in Oberösterreich zeigt.¹⁹

5.4 Der antifaschistische Widerstand

Als Haider 1987 in einem Interview Wehrmachtssoldaten, die zu den Partisanen übergelaufen waren, als »Verräter« [14]. bezeichnete, »weil er sich damit gegen seine Kameraden wendet« [15], war dies kein Einzelfall. Als Kärntner Landeshauptmann verweigerte er Ordensverleihungen an ehemalige Partisanen mit derselben Begründung (Bailer 1995). Diese Verweigerung stellt mehr dar als ein bloßes Zugeständnis an die Kärntner Verhältnisse. In dieser Frage ist Haider eine konsequente Haltung nicht abzuspüren. In seiner Rede zum fünfzigjährigen Gründungsjubiläum der Zweiten Republik beurteilte Haider den österreichischen Widerstand nicht anders: »Es waren 1945 nicht sehr viele, die Grund zur Freude hatten oder gar Grund stolz zu sein. Die Widerstandskämpfer, die diesen Namen auch verdienen, waren zum größten Teil nach dem Juli 1944 hingerichtet worden. Und viele, die sich heute mit dem Widerstand schmücken, haben diese ihre Berufung erst angesichts des Herannahens der Alliierten entdeckt« [70].

Die Widerstandskämpfer, die den nach dem gescheiterten Hitler Attentat vom 20. Juli 1944 intensivierten NS-Terror überlebten, geraten so in den Verdacht, Opportunisten gewesen zu sein, die im Wissen um den bevorstehenden Zusammenbruch des Dritten Reiches rasch die Seiten wechselten. Widerstand gegen den Nationalsozialismus wird dabei zu einem Ornament degradiert (»schmücken«), ohne Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft. Nun hat es tatsächlich viele Mitläufer, ja sogar Nationalsozialisten gegeben, die sich, als sich die bevorstehende deutsche Niederlage abzeichnete beeilten, sie belastendes Material zu entsorgen und die nach Kriegsende alles taten, um ihre Rolle im NS-System zu verheimlichen. Aber um jene geht es in diesem Zusammenhang nicht. Indem Haider den antinazistischen Widerstand in einer inneren Eingebung begründet sieht (»Berufung«) und dabei die politisch-strategischen Dimensionen ausblendet, erscheint ihm jeder Widerstand, der diese mit einbezieht, suspekt. Als Haider noch nicht Obmann der FPÖ war, ließ er seine Haltung in dieser Frage erkennen:

Furche: »Wer hat ihrer Meinung nach damals die moralisch größere Pflicht erfüllt – ein Offizier der deutschen Wehrmacht oder ein Widerstandskämpfer?«

Haider: »Das hängt mit der moralischen, individuellen Einstellung zusammen. Es hat sicher jeder für seinen Standpunkt eine Legitimation« [1].

¹⁹ Im Februar 1945 waren 419 sowjetische Kriegsgefangene aus dem KZ Mauthausen ausgebrochen, wovon lediglich vier überlebten. Der Rest wurde »innerhalb weniger Tage vom Volkssturm, von der Gendarmerie und von der kreuzbraven Mühlviertler Bevölkerung aufgestöbert, erschlagen, erschossen oder der SS zur Liquidierung übergeben.« (Manoschek 1995, 94).

Für Haider ist offenbar nur ein individueller Widerstand legitim. Dieser war zwar heroisch und moralisch bemerkenswert, politisch war er jedoch sinnlos. Erst das von Haider so abwertend ins Treffen geführte »Herannahen der Alliierten« schuf jene militärischen, politischen und (sozial)psychologischen Voraussetzungen, die dem an der Beseitigung des NS-Regimes orientierten Widerstand Chancen und Sinn geben konnte. Zudem darf nicht übersehen werden, daß Widerstand selbst noch in den letzten Tages des NS-Regimes ein lebensgefährliches Unterfangen darstellte. Zu einem Zeitpunkt, als in Wien bereits die Regierung Renner amtierte, wurden 60km weiter östlich, in St.Pölten, noch rund ein Dutzend Widerstandskämpfer von der SS verhaftet und hingerichtet.

Haiders Definition eines Widerstandskämpfers ist nicht nur, was die Motive betrifft äußerst rigide, sondern auch was die Ziele angeht: *»Vom Grundsatz her ist anzuerkennen: Derjenige, der als Widerstandskämpfer versucht hat, das politische System auszuheben oder die Führung zu beseitigen, der ist für mich auch Widerstand. ... Ich sage, diejenigen, die die Fronttruppen sabotiert haben, damit sie draußen verhungern, oder von den Gegnern sabotiert werden, weil sie keinen Nachschub mehr bekommen, die haben meiner Meinung nach keinen Widerstand, der zur Beseitigung des Systems führt, geleistet«* [85]. Haider akzeptiert Widerstand nur dort, wo er sich direkt gegen die nationalsozialistische Führungsspitze richtete, womit sich der Widerstand im wesentlichen auf den »20. Juli« reduziert. Für den übrigen Widerstand verwendet Haider jenes Wort, das auch die Nationalsozialisten für ihn benutzten: »Sabotage«.

5.5 Die Verbrechen des Nationalsozialismus

Haider leugnet die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht. Das kann er sich nicht leisten. Wer dies tut, stellt sich außerhalb des demokratischen Konsenses und wird ausgegrenzt werden oder wie es Haider selbst formulierte, er würde so den politischen Konkurrenten die Möglichkeit geben, ihn *»als Nazi anzuputzen«* [94]. Es gehört daher zur Pflichtübung jedes demokratischen Politikers, seine Distanz zum NS-Regime auszudrücken. Auch Haider tut dies, aber er macht dies in einer umständlichen, unklaren und nicht eindeutigen Form, obwohl es laut ihm *»keine Partei (gibt), die sich in einer ähnlichen Deutlichkeit und Klarheit von einem totalitärem Regime wie dem Nationalsozialismus distanziert«* [95].

In seinem Buch »Die Freiheit, die ich meine« beginnt er das Kapitel über »Identität zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsangst« mit dem Satz: *»Die Schrecken des 20. Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen und der ersten industriellen Massenvernichtung von Menschen haben alle Greuel der Geschichte in den Schatten gestellt. Niemals zuvor gab es so viele Millionen ziviler Opfer durch Rassenverfolgung, Städtebombardements und Vertreibung«* (Haider 1993, 107). Dieser Satz, der beim ersten Lesen eine scheinbar klare und unmißverständliche Zurückweisung des Nationalsozialismus darstellt, stellt sich bei genauerer Durchsicht als ambivalente und unklare Distanzierung heraus. Während die Begriffe

»industrielle Massenvernichtung« und »Rassenverfolgung« untrennbar mit dem Holocaust verbunden sind, sind beim Rest Assoziationen in verschiedenste Richtungen möglich. Formulierungen wie »die Schrecken des 20. Jahrhunderts« oder wie die in einem anderen Zusammenhang gebrauchte Formulierung »Trümmer der europäischen Katastrophe« [45] sind völlig unbestimmt. Außerdem drängt sich die Frage auf, warum Haider in diesem Zusammenhang von »zwei Weltkriegen« spricht? Die weiteren Begriffe, die Haider verwendet, stehen für Deutungen in unterschiedliche Richtungen offen. Und mit »Städtebombardements« kann man ebenso Guernica, Warschau, Coventry assoziieren wie Berlin, Wien oder Dresden – zu »Vertreibung« können dem Leser je nach politischem Standpunkt Juden ebenso einfallen wie Sudetendeutsche oder Volksdeutsche.

Haider leugnet zwar nicht die Verbrechen des Nationalsozialismus, auseinandersetzen möchte er sich mit ihnen jedoch nicht. Daß es Verbrechen gegeben hat, erwähnt er in seinem Buch beiläufig auf insgesamt neun (9) Zeilen. So finden sich zu diesem Themenkomplex, über die bereits zitierten hinaus, noch folgende Sätze: »Das Schlimmste am Nationalsozialismus war der zur Massenvernichtung führende Antisemitismus und Rassismus« (ebd., 116) und eine Seite weiter steht: »Der Nationalsozialismus ist durch nichts zu rechtfertigen. Kein normaler Mensch, der im Besitz seiner fünf Sinne ist, würde das auch nur versuchen« (ebd. 117). Doch selbst diese notwendigen Pflichtübungen schränkt Haider noch ein: »Alle Sieger beschönigen ihre Rolle, alle Verlierer trifft die volle Härte des Urteils« (ebd. 107). Um die NS-Verbrechen macht Haider in seinem Buch lieber einen weiten Bogen. Er stellt sich nicht die Frage, wie die erste und einzige industrielle Massenvernichtung der Geschichte möglich war, sondern er fragt: »Wie war dieser Rassenhaß möglich?« (ebd. 116). Als Antwort hat er eine den Nationalsozialismus entlastende Rechtfertigung parat: »Dafür tragen alle die Verantwortung: ... der christliche Antisemitismus, ... Karl Marx« (ebd.). Die durch den Antisemitismus begangenen Verbrechen »Stigmatisierung, Ghettoisierung, Progrome, Vertreibungen und Vernichtungen« erinnern Haider nicht an den NS, sondern an die »Kirchengeschichte« (ebd.). Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik verschwindet hinter dem ewigen Antisemitismus; der Nationalsozialismus scheint hier nur als Umsetzung und Fortführung ewiger Vorurteile und der durch die Jahrhunderte gehenden Verfolgungen. Die Vernichtung des europäischen Judentums wird weder geleugnet oder verharmlost, sondern der Nationalsozialismus wird entlastet, indem die Schuld auf »alle« abgeschoben wird und wo alle die Schuld haben, dort ist niemand schuld.

Haider bleibt zwar selbst in seinen Stellungnahmen zu den NS-Verbrechen ambivalent und undeutlich, in die Nähe des Geschichtsrevisionismus gerät er jedoch nicht. Anders als seine bereits behandelten Andeutungen über die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, kann man hier eine klare Trennlinie zwischen ihm und den rechtsextremen Geschichtsdarstellungen ziehen. Der rechtsextreme Geschichtsrevisionismus hat entsprechende Strategien entwickelt, um in aller Offenheit die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen (Ueberschär 1995) und den

Holocaust zu verharmlosen. Die wichtigsten Argumente der Holocaustleugner sind dabei (Lipstadt 1996 – Bailer-Galanda/Benz/Neugebauer 1995):

1. Abstreiten der technischen Möglichkeit der Massenvergasungen
2. Leugnen einer vorsätzlichen Vernichtungspolitik durch die Nazis
3. Abstreiten der Existenz von Gaskammern in den Konzentrationslagern
4. Zweifel an der Zahl der Opfer

Von all diesem findet sich bei Haiders öffentlichen Äußerungen kein Wort. Ist die Leugnung des Holocaust die rechtsextreme Version, den Nationalsozialismus zu entschuldigen, so besteht die normale, alltägliche in einer Relativierung durch Vergleich. Da die Weltgeschichte auch eine Geschichte von Kriegen, Greueln, Massenmorden und Massakern ist, steht eine kaum überschaubare Auswahl für einen Vergleich mit den Verbrechen der Nationalsozialisten zur Verfügung. An und für sich ist jedoch gegen einen Vergleich des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen mit anderen Verbrechen nichts einzuwenden. Linguistisch gesehen ist das Wort »unvergleichbar« genauso unsinnig wie »undenkbar«. Erst durch Vergleich lassen sich essentielle und graduelle Unterschiede feststellen.

Rechtsextremisten verweisen auf Verbrechen anderer Staaten, um jene des Nationalsozialismus zu bagatellisieren. Haider hingegen benutzt Vergleiche zu innenpolitischen Zwecken. Als die USA Kurt Waldheim auf die »watch-list« setzten und ihn mit einem Einreiseverbot belegten, warf Haider den USA vor, nicht das Recht zu haben, sich als »Gralshüter der Moralität« aufzuspielen, da man zugeschaut habe »der zugeschaut hat, wie Hunderttausende Sudetendeutsche aus ihrer Heimat ausgetrieben wurden und der als erster eine Atombombe geworfen hat« [18]. Solche billige Polemik zielt jedoch weniger darauf ab, die Geschichte umzuschreiben, sondern ist wohl eher als ein Signal an die von Haider umworbene »Kriegsgeneration« einzustufen.

Die politische Motivation ist auch bei der Kritik Haiders an der Novellierung des NS-Verbotsgesetz 1992 zu erkennen. Die Ablehnung der Gesetzesnovelle begründete Haider folgendermaßen: »Es ist nicht einsichtig, daß nationalsozialistischer Völkermord unter Strafe gestellt wird, daß aber etwa die Millionenmorde des Stalinismus an unschuldigen Menschen straffrei, begünstigt und gutgeheißen werden, wie das etwa durch den bekannten österreichischen Künstler Hrdlicka immer wieder passiert, der heute noch daran zweifelt, ob es diese Morde überhaupt gegeben hat. Jeder andere würde sofort ins Gefängnis wandern« [53]. Auch hier deutet nur wenig darauf hin, daß Haider den Nationalsozialismus relativieren möchte; im Gegenteil: er benutzt eine klare Formulierung für die NS-Verbrechen. Die Aktivierung des freiheitlichen Feindbildes Hrdlicka macht deutlich, daß er hier eher Wert auf ein anders Stereotyp legt: die von ihm immer wieder behauptete Hegemonie der Linken in Österreich.

Weniger deutlich sind Haiders Motive beim Vergleich des Nationalsozialismus mit dem Austrofaschismus erkennbar. Möglicherweise versuchte sich Haider als Tabubrecher zu betätigen, als er 1987 in einer Rede zum Nationalfeiertag meinte, daß Österreich 1938 von einer Diktatur in eine andere geschlittert sei. Zu dieser Aussage befragt, gab Haider zu, daß man »im Detail natürlich massive Unterschiede herausfinden kann. Insbesondere was die Diskriminierung von ethnischen und rassistischen Minderheiten in einem Volk betrifft. Man soll das aber nicht entschuldigend für die Diktatur, die in Österreich unter dem Dollfuß-Regime existiert hat, sagen, denn die war schlimm genug« [21]. Einige Jahre später verurteilte Haider erneut den Versuch »mit der Schlechtigkeit des Nationalsozialismus die Schlechtigkeit des Dollfuß-Regimes entschuldigen zu wollen« [49]. Haider gelang es jedoch nicht, einen Diskurs über den Austrofaschismus auszulösen. Im Vergleich zum Nationalsozialismus ist der gescheiterte österreichische Konkurrenzfaschismus offenbar nicht interessant genug, um ihn zu enttabuisieren.

6. Haiders diskursive Strategien

Haider macht es seinen politischen Gegnern und den Medien nicht allzu schwer, seine Person in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken, dort fixieren läßt er sich jedoch nicht. Haiders Stellungnahmen zum Nationalsozialismus sind fast immer vage, mehrdeutig, hintergründig und ambivalent. Im vorhergehenden Kapitel ging es vor allem um Haiders Haltungen im NS-Diskurs. Es ging darum, wie Haider selbst das NS-Thema strukturierte. Die Codes, die Haider zur Positionierung im Diskurs verwendete, entsprachen eher den Einstellungen der möglichen FPÖ-Wähler, die deutschnationalen Wähler wurden quasi nebenbei mitbedient. Die dritte Instanz in unserem Analysemodell, die Gruppe der Gegner und Kritiker Haiders spielte nur eine untergeordnete Rolle und kam bestenfalls als Vexierbild vor. In der diskursiven Auseinandersetzung kann Haider diese Gruppe jedoch nicht mehr übergehen, sondern er ist gezwungen sich mit ihren gegen ihn gerichteten Vorwürfen auseinanderzusetzen.

Grundsätzlich ist die Makrostrategie, die jemand anwendet, primär davon abhängig, ob die Vorwürfe berechtigt oder unberechtigt waren bzw. angesehen werden. In zweiter Linie bestimmt die Person des Angreifers den Zeitpunkt und die Art der Attacke und die Reaktion des Abwehrenden. In Anlehnung an Wodak u.a. 1990 unterscheide ich daher zwischen drei Makrostrategien:

- Aufarbeitungsstrategien
- Strategien zur Gruppendifinition
- Rechtfertigungsstrategien.

Von unserem Haider-Bild des strategischen Akteurs ausgehend, müßte man von Haider erwarten, daß er einer Aufarbeitung, d.h. an einer sachlichen Erörterung wenig bis gar nicht

interessiert ist und statt dessen versucht wird, die Kritik durch rhetorische Tricks zu entkräften. Es ist auch anzunehmen, daß Haider dabei immer wieder versucht wird, sein antipolitisches Triangel einzusetzen und klare Unterscheidungen zwischen den politischen Klassen auf der einen Seite und den »Bürgern« und seiner Partei bzw. seiner Person auf der anderen Seite vorzunehmen.

Aufarbeitung

Politische Diskurse orientieren sich nicht an Kriterien wie Wahrheit, Wahrhaftigkeit oder Freundschaft. Von einem Politiker ist daher zu erwarten, daß er in einem Diskurs jene Position einnehmen wird, die ihn und seiner Partei den größten Nutzen bringt. Von einem Politikertyp, der wie Haider Emotionalisierung und Polarisierung als Stilmittel einsetzt, wäre es naiv, eine nüchterne, sachliche Aufarbeitung des NS-Themas zu erwarten.

Eine Aufarbeitung würde implizieren, daß sich Haider mit den gegen ihn gerichteten Vorwürfen auseinandersetzt, deren Falschheit entweder mit einer Begründung zurückweist oder falls er dazu nicht in der Lage ist, sich für Fehler entschuldigt. Ersteres erspart sich Haider meist, indem er für sich den Anspruch erhebt, die historische Wahrheit gepachtet zu haben. Er läßt sich nicht auf Diskussionen ein, sondern er trifft Feststellungen. Haiders Geschichtsdarstellungen beginnen auch meist mit Worten wie: »Die Wahrheit ist« [74], »Faktum ist« [67], »Wenn man die Geschichte betrachtet ...« [78], »in Wirklichkeit« [60, 61, 63] oder gar mit »Vom Faktum her ist es sicher eine Realität ..« [21]. Zwar ist Haider auch manchmal bereit, sich für einzelne Aussagen zu entschuldigen. Er tut dies jedoch erst nach einer gewissen Zeit, wenn das Interesse der Öffentlichkeit bereits wieder zurückgegangen ist und er achtet darauf, daß die Öffentlichkeit davon wenn möglich nichts erfährt. Üblicherweise beharrt Haider darauf, richtig gehandelt zu haben. Nur über die Frage, ob sein Handeln auch politisch klug war, läßt er mit sich reden. Während er auf der politisch-strategischen Ebene zu Eingeständnissen von eigenen Fehlern bisweilen bereit ist, demonstriert er auf der inhaltlichen Ebene Härte [92, 100].

Strategien zur Gruppendifinition

Da Haiders antipolitische Diskurse auf der Dichotomie »Politische Klasse« vs. »Bürger« basieren und Haider sich und seine Partei als »Bürgerbewegung« darstellt, muß von seinem Standpunkt aus gesehen, ein Wir-Sie Diskurs bestimmte Voraussetzungen erfüllen: von den Gegnern muß ein ausschließlich negatives Bild gezeichnet werden (Abwertung), während die eigene Position ebenso eindeutig positiv sein muß (positive Selbstdarstellung). Nuancierungen, Zwischentöne oder Ambivalenz haben in diesem Bild nur wenig zu suchen. Eindeutige und klare Zuordnungen sind gefragt und müssen konsequent durchgezogen werden (Schwarz-Weiß Malerei). Dies kann im Extremfall so weit gehen, daß man sich selbst zum Opfer stilisiert (Opfer-Täter Umkehr). Haider muß aber nicht nur daran arbeiten, daß die »Bürger« sein

abwertendes Bild der »politischen Klasse« übernehmen, sondern er muß auch darauf achten, daß sie ihn als Bundesgenossen oder Repräsentanten annehmen (Solidarisierung).

Die positive Eigendarstellung ist auf das Bild, daß sich der potentielle Haider-Wähler vom FPÖ-Führer macht, gerichtet. Diese erwarten von Haider nicht Einsicht und Einfühlungsvermögen zu vermitteln, sondern »männliche« Tugenden (Goldmann/Krall/Ottomeyer 1993, 50–59). Zu einem Politiker, der sich als Äquivalent für Kraft, Wille, Härte und Entschlossenheit etc. präsentiert, passen Entschuldigungen nicht. »Richtige Männer« rücken eben auch in Krisensituationen nicht von ihren Überzeugungen ab: »*Ich stehe zu allem, was ich in meinem politischen Leben getan habe*« [99]. Haider wird wegen seiner demonstrativ zur Schau getragenen Stärke gewährt und nicht wegen besonders ausgeprägter Rücksichtnahme. Nun kann man das unbedingte Beharren auf die Richtigkeit des eigenen Handelns auch als Starrsinn, Sturheit, Unfähigkeit zu Lernen etc. beschreiben, man kann aber auch versuchen, dies positiv zu interpretieren, wozu die deutsche Sprache Begriffe wie Charakterfestigkeit, Standhaftigkeit oder Treue bereit hält. Besonders deutlich strich dies Haider in den Rechtfertigungen seiner Krumpendorfer Erklärung hervor, wo er wiederholt davon sprach, daß er allen Widerständen zum Trotz nicht aufhören werde, der älteren Generation jenen Respekt entgegenzubringen, den diese seiner Meinung nach verdient hätte. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, daß Haider, der sonst gerne von sich, Objektivität vortäuschend, in der dritten Person spricht, hier die erste Person fast inflationär verwendet [90, 92, 95, 99, 100]. In seinen Verurteilungen des Nationalsozialismus [10, 12, 13, 90, 92, 95] und in der Betonung der Distanz zum Rechtsextremismus [24, 81] verwendet Haider hingegen mehr die dritte Person, die zudem meist abstrakt und unbestimmt bleibt. So ambivalent diese Distanzierungen auch bisweilen ausfallen, so sehr sie oft über den Charakter von bloß rhetorischen Pflichtübungen nicht hinauszugehen scheinen, Haider kommt ohne sie nicht aus, die Respektierung von Normen gehört zur positiven Selbstdarstellung unbedingt hinzu.

Haider beläßt es jedoch nicht nur bei diesen defensiven Manövern. Auf Grund des selbst ausgestellten Persil-Scheins kann sich Haider die Verwendung von Begriffen erlauben, die von den Nationalsozialisten verwendet und geprägt wurden. Sprachlich realisiert dies Haider meist in Form von Anspielungen. Diese haben den Vorteil, mehrdeutig und indirekt zu sein und auf partikularem statt auf allgemeinem Wissen aufzubauen (Januschek 1993, 120–121). Für den freiheitlichen Diskurs über den Nationalsozialismus scheinen Anspielungen daher geradezu ideal zu sein. Sie ermöglichen die Weitergabe von Insiderwissen (etwa an deutschnationale Kernwählergruppen) und sie machen trotzdem eine eindeutige Zuordnung kaum möglich. Als die Haider-Aussage, »Wer sich mit Hunden ins Bett legt, darf sich nicht wundern, wenn er mit Flöhen aufwacht« in die Nähe des NS-Jargon gerückt wurde, bot sich der FPÖ die Möglichkeit zur Gegenattacke (ebd., 127–129). »*Das ... so heftig kritisierte Zitat, das FPÖ-Obmann Dr. Haider in seiner Aussendung gebrauchte, stammt nämlich vom großen amerikanischen Präsidenten Thomas Jefferson. Diesen Ausspruch Jeffersons, ... in Zusammenhang mit der »Ungeziefer-Diktion« der Nationalsozialisten zu bringen, zeigt von bemerkenswerter*

Ahnungslosigkeit und einem kuriosen Geschichtsverständnis« [22]. Natürlich konnte Jefferson noch nicht wissen, daß dem NS-Massenmorden die Entmenschlichung der Opfer u.a. in der Sprache vorangegangen war – Haider aber weiß dies, »denn ein Wort oder eine bestimmte Wortfärbung oder -wertung gewinnen erst da innerhalb einer Sprache Leben, wo sie in den Sprachgebrauch einer Gruppe oder der Allgemeinheit eingehen und sich eine Zeitlang darin behaupten« (Klemperer 1995, 54).

Franz Januschek ist rechtzugeben, wenn er meint, daß nicht Haiders Anspielungen an die Sprache der Nationalsozialisten interessant seien, sondern seine Distanzierungen. Haider distanziert sich nicht von seinen Aussagen, sondern von der Beurteilung durch die Zuhörer. Wenn Haider von der »*Endlösung der Bauernfrage*« [20] spricht oder den Großparteien vorwirft, sie hätten ihm den »*totalen Krieg*« [34] erklärt, so beharrt er auf dem Gesagten, weist jedoch die Vorwürfe NS-Jargon zu verwenden, entschieden zurück [23, 37].

Dort wo viel Licht ist, ist bekannter Weise auch viel Schatten. Dort, wo so großzügig mit (Eigen-)Lob umgegangen wird, muß die Kritik für andere reserviert bleiben. Dort wo ein Wir-Diskurs geführt wird, ist der Sie-Diskurs meist nicht fern. Einfache Dichotomisierungen lassen sich in zwei Richtungen ausführen: zum einen können sie die Ausgangsposition für unproblematische Distanzierungen bilden und zum anderen eignen sie sich auch als Basis zu Gegenangriffen. Die NS-Zeit eignet sich hervorragend für Distanzierungen. Sie gilt gemeinhin als das Böse schlechthin. Umso leichter kann man sich von dieser Zeit distanzieren und von ihr abheben. Selbstverständlich greift auch Haider diese Möglichkeit auf. Weder er, der 1950 Geborene, noch seine 1955 gegründete Partei haben daher etwas mit dieser Zeit zu tun [5, 7]. Sprachlich umgesetzt werden ausgrenzende Argumentationsstrategien meist in Form einer Schwarz-Weiß Malerei. Je kontrastreicher das Bild, je eindeutiger das sprachliche Gegensatzpaar, je klarer zum Ausdruck kommt, wer gut und wer schlecht ist, desto besser läßt sich darauf ein Gegenangriff aufbauen: »*Aber ihr einziger Lebenszweck besteht doch darin, irgendwelchen freiheitlichen Politikern nachzuweisen, daß sie fürchterliche Menschen sind. Mein Lebenszweck besteht darin, für Österreich etwas Positives zu erreichen*« [68].

Haider, der sich ansonsten als Angreifer präsentiert, schlüpft hier in die Rolle des Opfers – die Medien oder in anderen Fällen die politischen Gegner spielen den Part des Täters. Den Vorwurf, Sympathien für den Nationalsozialismus zu hegen, kontert Haider mit Verzerrungen. »*Ich kann dieses ganze häßliche Nazi-Zeugs nicht mehr hören. Junge Leute werden in Firmen fertiggemacht, weil sie FPÖ-Mitglieder sind*« [44]. Haider drängt sich und seine Partei mal in die Rolle des »*Juden*« [35], mal ist die FPÖ ein »*Aggressionsobjekt*« [93], mal »*Gejagte*« [54] oder gar das »*Opfer nationalsozialistischer Propaganda*« [69]. Aus der Position des Opfers infamer Attacken soll Widerstand gerechtfertigt werden. Wer die Täter sind und welche Begriffe Haider für sie verwendet, darf niemand überraschen. Die Täter kommen aus dem Fundus des antipolitischen Diskurses der Freiheitlichen (Regierung, SPÖ, Linke, Medien etc.), denen er »*NS-Methoden*« [35], »*faschistoide Züge*« [43], eine »*faschistische Gesinnung*« [54]

unterstellt oder als »Faschisten« [61, 63, 65], »ersten Austrofaschist im Nadelstreif« [62] beschimpft.

Die Beschimpfung politischer Gegner als »Faschisten« stellt ein Extrem dar, mit dem selbst Haider zuletzt sehr zurückhaltend umgegangen ist. Allerdings gibt es auch ohne diese verbalen Ausfälle genügend Möglichkeiten, den Gegner lächerlich zu machen und abzuwerten – niemand kann dies besser als Haider. Da die Abwertungstechniken Haiders ohnehin bereits ausführlich beschrieben und analysiert wurden (Janushek 1993), können sie in dieser Arbeit entfallen.

Der zweite Aspekt, den Haider zu berücksichtigen hat, ist die Solidarisierung mit den jeweiligen Zielgruppen. Während Haider zu eindeutige Solidarisierungen mit dem deutschnationalen Wählersegment vermeidet, tat er dies zumindest zeitweise um so intensiver mit der »Kriegsgeneration«. Dabei gab er vor, keinen individuellen Standpunkt zu vertreten, sondern er präsentierte sich als Sprecher der älteren Generation. In ihrem Namen tritt er auf, verteidigt sie gegen alle »böartigen« Angriffe, zollt ihr Respekt und fordert das Ende der Debatte über die Vergangenheit [2, 18, 19, 25, 26, 38, 42, 45, 72, 74, 92, 95, 99, 100].

Rechtfertigungsdiskurse

Während mit Wir-Sie Diskursen durchaus die Möglichkeit besteht, in die Offensive zu gehen, gestaltet sich dies mit Rechtfertigungsdiskursen schwieriger. Rechtfertigungsdiskurse lassen sich meist in drei Gruppen einteilen: rationalisierende, verharmlosende und leugnende, wobei letztere noch die größte Schnittstelle mit Wir-Sie Diskursen aufweist.

Die nachträgliche Rationalisierung von Vorurteilen oder subjektiven Meinungen im öffentlichen wie privaten Diskurs stellt ein probates Mittel dar, negativ Bewertetes zu objektivieren. Die Berufung auf »objektive« Gründe, idealerweise in Form von Zahlen und Statistiken, geht über Begründungen hinaus und nimmt die Form eines Rechtfertigungsdiskurses an. Die Verwendung einer nüchternen, objektiv-rationalen Bereichssprache in der politischen Auseinandersetzung soll Faktenorientierung, Sachlichkeit und Emotionslosigkeit signalisieren. Dies soll überdecken, daß die Wahl der nichtpolitischen Bereichssprache meist aus politisch-strategischen Überlegungen erfolgt. Politiker benützen meist nicht ohne Grund die wissenschaftliche Sprache der Ökonomie oder wie im Falle Haiders die der Zeitgeschichte.

Jörg Haider verwendet Rationalisierungen vor allem bei zwei Anlässen: für die Rechtfertigung der deutschnationalen Traditionen der FPÖ [7, 30, 76, 79] und für die Abwehr der Vorwürfe nach seinem Lob für die NS-Beschäftigungspolitik. Bei Haiders Rationalisierungsversuchen im Zusammenhang mit dem Deutschnationalismus kann man sich oft des Eindrucks nicht erwehren, daß es ihm dabei in erster Linie um eine Einschläferung der Debatte geht, um sich möglicherweise unangenehme Fragen zu ersparen. Wer etwa auf die Frage nach der Existenz

einer österreichischen Nation mit einer Begriffsdefinition antwortet und sich dabei auf einen romantischen Klassiker beruft und das Problem einer Nation am Beispiel der Schweiz abzuhandeln gedenkt [76], der wird damit in akademischen Zirkeln eine möglicherweise interessante Diskussion entfachen können. Gibt er diese Antwort jedoch Journalisten eines Wirtschaftsmagazines, so kann er sich ziemlich sicher sein, nur Desinteresse zu ernten.

Im besonderen Maße setzte Haider auf nachträgliche Rationalisierungen nach seinem Lob für die nationalsozialistische Beschäftigungspolitik. Haider versuchte zu zeigen, daß er nichts anderes getan hätte, als zeitgeschichtliche Forschungsergebnisse wiederzugeben. Dazu bemühte er Historiker, Statistiken, Tabellen etc. Die Rationalisierung sollte die Diskursachse verschieben: aus einem Tabubruch sollte die Verbreitung von wissenschaftlichen Wahrheiten werden – aus einer emotional entstandenen, positiven Bewertung des Nationalsozialismus sollte eine nüchterne, sachliche wissenschaftliche Kritik werden. Haider fand damit nicht nur Anschluß an das weit verbreitete Alltagsgeschichtsverständnis, das es Hitler positiv anrechnet, die Arbeitslosigkeit in Österreich beseitigt zu haben. Haider wurde dadurch indirekt in eine seiner liebsten Rollen gedrängt, in die des Tabubrechers.

Eine Möglichkeit zur Rationalisierung steht im Diskursfeld Nationalsozialismus für Haider selten zur Verfügung: das Zitat. Üblicherweise gehen Haider-Texte oder Reden außerhalb von Wahlzeiten über von Zitaten.²⁰ Das wahllose Zitieren von anerkannten Persönlichkeiten dient Haider als Beleg für die Richtigkeit und Respektierlichkeit seiner Ideen: wessen Meinung sich mit der von so vielen Prominenten deckt, der kann weder ein Extremist sein, noch kann er grundlegend falsch liegen. Für Haiders Geschichtsverständnis scheint sich kaum Zitierenswertes finden zu lassen. Für die Rechtfertigung des Lobes der NS-Beschäftigungspolitik fand er Historiker, die fast nur Insidern bekannt waren; überdies verwarnte sich der Bekannteste von ihnen (Golo Mann) gegen diese Instrumentalisierung. Fünf Jahre später diente der in Österreich nur wenigen bekannte deutsche Sozialdemokrat Kurt Schuhmacher als Beleg für die Anständigkeit der Waffen-SS. Beinahe einen Glücksfall stellt für Haider jedoch Viktor E. Frankl dar. Frankl, Jude, ehemaliger KZ-Häftling und renommierter Wissenschaftler eignete sich in besonderer Weise für eine Instrumentalisierung durch Jörg Haider, als er eine individualistische Auseinandersetzung mit dem NS forderte. Nachdem er seinen Zuhörern, die aus ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, Kriegsverbrechern etc. bestanden, kollektive Anständigkeit bescheinigt hatte, versuchte Haider dies als Tribut an die ältere Generation darzustellen, wofür er Frankl als Kronzeugen gebrauchte [95].

Das Eingehen auf den inhaltlichen Kern von Vorwürfen gegen ihn ist nicht Haiders Sache. Das gilt für den Nationalsozialismus ebenso wie für andere Themen. Viel häufiger verwendet Haider hingegen die Strategie, die gegen ihn und seine Partei gerichteten Vorwürfe pauschal

²⁰ Allein im fünf Seiten umfassenden Vorwort seines Buches «Die Freiheit, die ich meine» zitiert bzw. beruft er sich auf Margaret Thatcher, Jürgen Habermas, Alexander Solschenizyn, Günther Rohrmoser, Rolf Dahrendorf, Friedrich Nietzsche, Friedrich Hayek.

zurückzuweisen und zu leugnen. Das Zurückweisen der Vorwürfe muß, um keine weiteren Diskussionen aufkommen zu lassen, umfassend sein. Kein Zweifel und keine Einschränkung darf darin vorkommen. Dies erklärt die stereotypen Methoden, mit denen Haider Vorwürfe insgesamt zurückweist. Das umfassende Leugnen ist für eine Auseinandersetzung in den Medien eine kurzfristig wirkungsvolle Strategie. Das Zeitbudget von TV-Sendungen wie der in den Tageszeitungen vorhandene Platz zwingen den Angreifer meist dazu, von einer weiteren Diskussion zur Klärung abzusehen. Es ist überdies fruchtlos, eine Diskussion zu führen, in der sich die Parteien nicht zuvor über eine gemeinsam akzeptierte Faktenlage geeinigt haben. Wenn die Kritiker Haider nun vorwerfen, ehemalige Angehörige der Waffen-SS für ihre Anständigkeit gerühmt zu haben und Haider dies kategorisch abstreitet, wird es schwierig, die Diskussion fortzuführen. Das Leugnen kommt hier einer einseitigen Verweigerung der Kommunikation gleich.

Durch beharrliches Leugnen erzeugt der in die Defensive Geratene eine Pattsituation, in der die Aufrechterhaltung von Kommunikation mühselig und langweilig wird und daher für eine massenmediale Darstellung nicht geeignet ist. Über die Auswirkungen solcher ungeklärten Konfliktsituationen kann nur spekuliert werden. Durch die Offenheit stehen alle Möglichkeiten für individuelle Interpretationen offen. Es ist daher zu erwarten, daß diese Situation vom Beobachter entsprechend seiner bisherigen Einstellungen gegenüber Haider gedeutet wird. Die für die Person Haiders typische Polarisierung wird so fortgeschrieben.

Dies ist auch die Schwäche der Leugnungsstrategie. Sie bewirkt zwar in den meisten Fällen ein kurzfristiges Ende der Debatte, doch fordert dies die Medien zur späteren Aufarbeitung geradezu heraus, wobei Haider jedoch nun keine Artikulationsmöglichkeiten mehr offenstehen. Die zweite Schwäche des Leugnens und Abstreitens stellt das Fehlen von Argumenten dar. Zwar mögen damit die eigenen Anhänger beruhigt werden, ob es damit auch möglich ist, kritische Stimmen zu überzeugen, muß bezweifelt werden.

Ist man nicht bereit, sich einer inhaltlichen Diskussion zu stellen und ist eine Leugnung nicht möglich, so erscheint als nächste Möglichkeit, die Vorwürfe zu bagatellisieren. Für die Verharmlosung bieten sich zahlreiche Möglichkeiten an:

- Abschiebung (jemand anderer ist verantwortlich)
- Aufrechnung (jemand anderer ist ebenfalls schuld)
- Normalisierung (der Vorwurf ist ungerechtfertigt, weil alltäglich).

Normalerweise könnte man erwarten, daß in einer Analyse der diskursiven Strategien Haiders jeder dieser Varianten ein eigenes Kapitel gewidmet werden würde. Für die Abwehr von Vorwürfen im Diskursfeld Nationalsozialismus taugen sie jedoch wenig. Das Verhältnis von SPÖ und ÖVP zum Nationalsozialismus ist zwar nicht über jeden Zweifel erhaben, unbestreitbar ist jedoch ihre Distanz zum Nationalsozialismus. Die wenigen Angriffsflächen, die

SPÖ und ÖVP hier bieten, nützt Haider aus. So warf er SPÖ und ÖVP wiederholt vor, um die Gunst der ehemaligen Nationalsozialisten gebuhlt zu haben [32, 95, 98], oder er hält den Parteien vor, nach 1945 ihre deutschnationale Vergangenheit der Zwischenkriegszeit verdrängt zu haben [48, 63].

Hält Haider der Sozialdemokratie ihren Deutschnationalismus der Zwischenkriegszeit vor, so gab er der ÖVP die Schuld für die Renaissance des Antisemitismus in der Öffentlichkeit, während sich die Freiheitlichen hier nichts vorzuwerfen hatten.

»Daß wir uns von Dingen nicht distanzieren, die wir nicht kultivieren, ist logisch. Wir haben nie antisemitische Aktionen gesetzt. Das war Sache der ÖVP« [6]. Allerdings ist die Volkspartei für Haider nicht die einzige Schuldige am Aufkommen des Antisemitismus während der Waldheim-Affären. Schuld am Antisemitismus sind die Juden selbst. *»Nein, es wären natürlich auch jene gut beraten, die da ihren Anteil haben, wie Kreise in Amerika aus dem jüdischen Element, endlich einmal zu kapieren, daß man nur im Wege eines versöhnlichen Stils und eines gegenseitigen Respektierens zu einer Aufarbeitung der historischen Vorbehalte kommt«* [6].

Dort, wo sich Schnittstellen zwischen Rechtsextremismus und den demokratischen Parteien befinden, hat Haider relativ leichtes Spiel. Das alljährliche Veteranentreffen am Kärntner Ulrichsberg wurde in den letzten Jahren zum Symbol für dieses Verhältnis. Denkmal wie Treffen dienen offiziell der Erinnerung an die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs, doch wird dabei »immer wieder die Rolle der deutschen Soldaten im zweiten Weltkrieg unter Einschluß der SS-Angehörigen positiv dargestellt und der verbrecherische Charakter der hitlerdeutschen Kriegführung ausgeblendet« (DÖW 1993, 250). Den Organisatoren des Veteranentreffens war es jahrzehntelang gelungen, Prominente zur demokratischen Legitimation zu gewinnen. Diese verwendete auch Haider zur Rechtfertigung seiner dortigen Auftritte [3].

7. Zusammenfassung

Haiders Position im NS-Diskurs ist nicht eindeutig zu bestimmen. Zu unklar, widersprüchlich und zweideutig sind die meisten seiner Aussagen aus den letzten zehn Jahren. Insofern stellt das NS-Thema für die FPÖ keine Ausnahme dar: In den meisten policy-Feldern ist die Haltung der FPÖ nicht eindeutig zu fixieren. Die Linie der FPÖ orientiert sich eben mehr an tagespolitischen Opportunitäten als an Kriterien inhaltlicher Kohärenz und sachlicher Angemessenheit. Während die *scientific community* den alltäglichen Politikstil der FPÖ und ihres Obmanns kaum mehr unter inhaltlichen Vorzeichen analysiert, sondern hinsichtlich der dahinter steckenden möglichen strategischen Kalküle der Wählerstimmenmaximierung, so trifft dies auf das NS-Thema weiterhin nicht zu. Hier werden Haider in der Regel immer noch persönliche oder ideologische Motive unterstellt. In dem Maße, in dem hinter Haiders Aussagen im NS-Diskurs strategische Interessen identifiziert werden, werden sie als Zugeständnisse an die deutschnationale Stammwählerschicht interpretiert. Diese authentisch-ideologischen Motive sollen hier keineswegs geleugnet werden. Gerade Haiders anerkennende Worte für die »ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich« und seine Sympathiebezeugungen für Mitglieder der Waffen-SS zeigen, daß seine innere Distanz zum Nationalsozialismus nicht so groß ist, wie er selbst immer wieder glauben machen will. Von diesen Ausnahmen abgesehen, kann Haiders Umgang mit der NS-Vergangenheit jedoch, so der zentrale Befund dieser Arbeit, in derselben Weise als Strategie der Wählerstimmenmaximierung interpretiert werden, wie sein Verhalten in anderen thematischen Feldern auch. In seiner uneindeutigen Haltung zur nationalsozialistischen Vergangenheit läßt sich Haider offenbar weniger von Rücksichtnahmen auf seine deutschnationale Klientel leiten als vielmehr von Grundeinstellungen seiner potentiellen Wähler: Seine Ambivalenz ist auch ihre Ambivalenz.

Quellen

Bailer-Galanda, Brigitte. 1995c. *Haider wörtlich*. Wien.

FPÖ-Bundesgeschäftsstelle (Hg.). 1991. *Ein für alle mal*. Wien.

Haider, Jörg. 1993. *Die Freiheit, die ich meine*. Frankfurt/M.

Tributsch, Gudmund (Hg.). 1993. *Schlagwort Haider*. Wien.

Literatur

Arendt, Hannah. 1995 [1964]. *Eichmann in Jerusalem*. München.

Auinger, Herbert. 1996. *Österreich? Anmerkungen zu Haider*. In Falter 7

Bailer, Brigitte/Wolfgang Neugebauer. 1993. Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): *Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus*. Wien.

Bailer-Galanda, Brigitte. 1995a. Die sogenannte Wiedergutmachung. In: Bailer-Galanda, Brigitte/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hg.): *Wahrheit und »Auschwitzlüge«* Wien.

Bailer-Galanda, Brigitte. 1995b. FPÖ, F-Bewegung und Neue Rechte. In: *ÖZP 24*.

Bailer-Galanda, Brigitte/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hg.): 1995. *Wahrheit und »Auschwitzlüge«*. Wien.

Bauman, Zygmunt. 1995. *Moderne und Ambivalenz*. Frankfurt/M.

Brumlik, Micha. 1996. Das rechtskonservative Projekt. In: Lipstadt, Deborah, E.. *Leugnen des Holocaust*. Reinbeck.

Busch, Thomas/Rosina Fasching/Christian Pillwein. 1992. *Im rechten Licht*. Linz.

Butterweck, Hellmut. 1994. Österreich und seine NS-Prozesse nach 1945. In: Bettelheim, Peter/Helmut Streibel (Hg.): *Tabu und Geschichte*. Wien.

Clausen, Detlev. 1994. *Grenzen der Aufklärung*. Frankfurt/M.

Dostal, Thomas. 1995. »Die Großdeutsche Volkspartei« In: Talos, Emmerich, Herbert Dachs, Ernst Hanisch/Anton Staudinger (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918–1933*, Wien.

Fischer, Gero/Peter Gstettner. 1990. *Am Kärntner Wesen soll die Welt genesen*. Klagenfurt.

Gärtner, Reinhold. 1995. Rechtsextremismus und Neue Rechte. In: *ÖZP 24*.

Gärtner, Reinhold. 1996. *Die ordentlichen Rechten*. Wien.

- Geisel, Eike. 1992. *Die Banalität der Guten*. Berlin.
- Gerhards, Jürgen. 1995. Kultursoziologie und die Theorie rationalen Handelns: Die rationale Verwendung von politischen Deutungsmustern. In: *Journal für Sozialforschung* 35.
- Goffmann, Erving. 1994. *Interaktionsrituale*. Frankfurt/M.
- Goldmann, Harald/Hannes Krall/Klaus Ottomeyer. 1992. *Jörg Haider und sein Publikum*. Klagenfurt.
- Habermas, Jürgen. 1981. *Theorie des kommunikativen Handelns 1*. Frankfurt/M.
- Hauer, Nadine. 1994. *Die Mitläufer oder die Unfähigkeit zu fragen*. Opladen
- Hofinger, Christoph/Günther Ogris. 1996. Denn erstens kommt es anders Die Gründe für das Überraschungsergebnis der Nationalratswahlen vom 17.Dezember 1995. In: Hofinger Christoph/Günther Ogris: *Das Match ums Parlament*. Institut für Höhere Studien, Wien: Reprint No. 17
- Holmes, Stephen. 1995. *Die Anatomie des Antiliberalismus*. Hamburg.
- Holzer, Willibald I. 1993. Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): *Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus*. Wien.
- Ignazzi, Piero. 1995. *The Re-Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe*. Institut für Höhere Studien, Wien: Reihe Politikwissenschaft 21.
- Jäger, Siegfried. 1993. *Kritische Diskursanalyse*. Duisburg.
- Januschek, Franz. 1993. Anspielungen und Distanzierungen im populistischen Mediendiskurs am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider. In: Grewenig, Adi (Hg.): *Inszenierte Information*. Opladen.
- Januschek, Franz. 1994. J. Haider und der rechtspopulistische Diskurs in Österreich. In: Tributsch, Gudmund (Hg.): *Schlagwort Haider*. Wien.
- Keller, Barbara. 1996. *Rekonstruktion von Vergangenheit*. Opladen.
- Kershaw, Ian. 1994. *Der NS-Staat*. Reinbeck.

Klemperer, Victor. 1995 [1957]. *LTI*. Leipzig.

König, Helmut. 1996. *Der Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung in Deutschland und Österreich 1945–1996*. Vortrag gehalten am Institut für Höhere Studien Wien am 17. Juni 1996.

Kräh, Gerd. 1996. *Die Freiheitlichen unter Jörg Haider*. Frankfurt/M.

Linz, Juan J.. 1991. *The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown, and Reequilibrium*. Baltimore London.

Lipstadt, Deborah E. 1996. *Leugnen des Holocaust*. Reinbeck.

Löwenthal, Leo. 1990. [1949] *Falsche Propheten*. Frankfurt.

Kaindl-Widhalm, Barbara. 1990. *Demokraten wider Willen*. Wien.

Knight, Robert. 1988. »*Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen*«, Frankfurt/M.

Manoschek, Walter. 1995. Verschmähte Erbschaft. In: Sieder, Reinhard/Heinz Steinert/Emmerich Talos (Hg.): *Österreich 1945–1995*. Wien

Mattl, Siegfried/Karl Stuhlpfarrer. 1988. Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik. In: Talos, Emmerich/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hg.): *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945*. Wien.

Mensdorf, Alexander. 1990. *Im Namen der Republik*. Wien.

Meyer, Thomas. 1992. *Die Inszenierung von Schein*. Frankfurt/M.

Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich Margarethe. 1994 [1967]. *Die Unfähigkeit zu trauern*. München.

Mitten, Richard. 1993. *The Politics of Antisemitic Prejudice: The Waldheim Phenomenon in Austria*. Boulder San Francisco.

Pelinka, Anton. 1989. SPÖ, ÖVP and the »Ehemaligen«. In: Parkinson, F. (Hg.): *Conquering the Past*. Detroit.

Pelinka, Anton. 1993. *Die Kleine Koalition*. Wien Köln Graz.

Pfahl-Traugber, Armin. 1993. *Rechtsextremismus*. Bonn.

Pfahl-Traugber, Armin. 1994. *Volkes Stimme*. Bonn.

Plasser, Fritz/Peter A. Ulram. 1992. *Ausländerangst als parteien- und medienpolitisches Problem*. Forschungsbericht des Fessel + GfK-Institutes und des Zentrums für angewandte Politikforschung. Wien.

Plasser, Fritz/Peter A. Ulram. 1995. Wandel der politischen Konfliktodynamik: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. In: Müller Wolfgang C./Fritz Plasser/Peter A. Ulram. (Hg.): *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb*. Wien.

Scharsach, Henning. 1992. *Haiders Kampf*. Wien

Schedler, Andreas. 1995. Die antipolitischen Stereotypen Jörg Haiders. In: *Journal für Sozialforschung* 35.

Schedler, Andreas. 1996. Anti-Political-Establishment Parties. In: *Party Politics* 2.

Schwagerl, Joachim H. 1993. *Rechtsextremes Denken*. Frankfurt/M.

Ueberschär, Gerd R. 1995. Das »Unternehmen Barbarossa« gegen die Sowjetunion – ein Präventivkrieg? In: Bailer-Galanda, Brigitte/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hg.): *Wahrheit und Auschwitzlüge*. Wien.

Wodak, Ruth/Florian Menz/Richard Mitten/Frank Stern. 1994. *Die Sprache der Vergangenheiten*. Frankfurt/M.

Wodak, Ruth/Peter Novak/Johanna Pelikan/Helmut Gruber/Rudolf de Cillia/Richard Mitten. 1990. »Wir sind alle unschuldige Täter«. Frankfurt/M.

Anhang: Haider-Aussagen zum NS-Thema 1986–1996

1. Furche: »Wer hat ihrer Meinung nach damals die moralisch größere Pflicht erfüllt – ein Offizier der deutschen Wehrmacht oder ein Widerstandskämpfer?«
Haider: »Das hängt mit der moralischen, individuellen Einstellung zusammen. Es hat sicher jeder für seinen Standpunkt eine Legitimation«
Interview für »Furche«, 5.2.86

2. »Den Männern des Ersten und Zweiten Weltkrieges, die ihr Leben gaben, um ihrer Heimat die Zukunft zu sichern, sei zu dieser Stunde und an diesem Ort gedacht, ebenso auch den zahllosen Opfern unter der Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder, die schutzlos den Bomben und Granaten ausgeliefert waren« ... »Daß es möglich war, unsere Heimat aus den Trümmern des Krieges wiederaufzubauen und zu materiellem Wohlstand zu führen, ist ebenfalls dieser Generation zu danken – einer Generation, die ständigen Verunglimpfungen ausgesetzt ist. Das Soldatentum wird von bestimmten Kreisen beschimpft und besudelt. An der Ehre der Gefallenen und Lebenden des Weltkrieges putzen sich manche Herren nur allzu gerne ihre Schuhe ab – aber die Wählerstimmen dieser Gruppe wollen sie doch«. ... »Es ist beschämend, wenn man sieht, wie Menschen, die alles gegeben haben, was sie zu geben hatten – nämlich ihr Leben von Drückebergern und politischen Opportunisten mit Dreck beworfen werden...« »Damit muß ein für allemal Schluß sein. Es ist unverständlich, warum unsere Väter und Großväter Verbrecher sein sollen, wie so viele Politiker lautstark verkünden. Ich stehe zu dieser Kriegsgeneration, zu den Toten wie zu den Lebenden«.
Freiheitlicher Pressedienst, 2.11.86 – (Quelle: Tributsch, 1994, 138).

3. »Haider wertete die Ulrichsberggemeinschaft als Friedenstreffen. Es hätten daran auch schon SP-LH Wagner und VP-Landesrat Gallop teilgenommen. Eine Messe in diesem Rahmen habe auch der Kärntner Bischof Dr. Egon Kappelari zelebriert, dem man doch gewiß keine Nähe zum Extremismus nachsagen könne. ... Er werde nicht an einem SS-Treffen teilnehmen, die Teilnahme an einem Friedenstreffen werde er sich freilich nicht verbieten lassen«.
(Freiheitlicher Pressedienst, 5.11.86 – (Quelle: Tributsch, 1994, 139).

4. »Ich stelle mich vor jene ältere Generation, vor die Kriegsgeneration, die Österreich ausgebaut hat und an der sich die SPÖ dennoch die Füße abputzt«.
»Die Presse«, 17.11.86 Wahlkampfrede in Salzburg)

5. »Mir, der ich in den fünfziger Jahren geboren bin, will man nachweisen, daß ich schon im 34 Jahr Illegaler gewesen bin«.

6. Haider: Daß wir uns von Dingen nicht distanzieren, die wir nicht kultivieren, ist logisch.»
Wir haben nie antisemitische Aktionen gesetzt. Das war Sache der ÖVP«.
Wochenpresse: »Gibt es in Österreich Antisemitismus?«
Haider: »Durch die Bewegungen bei der Präsidentenwahl ist er aufgeflammt«.
Wochenpresse: Besorgniserregend?
Haider: »Nein, es wären natürlich auch jene gut beraten, die da ihren Anteil haben, wie Kreise in Amerika aus dem jüdischen Element, endlich einmal zu kapiieren, daß man nur im Wege eines versöhnlichen Stils und eines gegenseitigen Respektierens zu einer Aufarbeitung der historischen Vorbehalte kommt«.
Interview für »Wochenpresse«, 12.12.86
7. Stern: »Sie haben keine nationalistische Gesinnung?«
Haider: »Keine nationalistische, eine nationale. Das sind zwei paar Schuhe. Denn nicht jeder, der sich zu seinem Volkstum bekennt, ist gleich ein Chauvinist oder ein Anschlußpolitiker. ... Wieso sollte ich mich von einer Vergangenheit einholen lassen, die weder meine Partei geprägt hat, noch ich selber? Ich lasse mir keine faschistoide Denkungsart anhängen«.
8. Zu antisemitischen, pronazistischen Äußerungen am Innsbrucker Parteitag:
Haider: »Es hat wohl einer eine Hitler-Gedenkmünze gezeigt, der ist zwar nachweislich Numismatiker, der alles mögliche sammelt – auch den Kaiser Franz Joseph – aber den haben wir dennoch sofort hinausgeschmissen. Die Heil-Rufe, die ausgestreckten Arme: wir sind da sehr empfindlich und sind den Dingen nachgegangen als wir davon hörten. Es hat so etwas nie gegeben«.
9. Stern: »Warum haben sie ihren Wahlkampfschlußauftritt ausgerechnet nach Braunau, in Hitlers Geburtsstadt verlegt?«
Haider: »Das war keine Absicht. Als ich ganz spät den Termin auf dem Kalender sah, wollte ich nicht mehr absagen. Das wäre feige gewesen. Damit es ganz klar wird: nicht die FPÖ, sondern die ÖVP hat während des Wahlkampfes reaktionäres Gedankengut mobilisiert und antisemitische Gefühle wieder aufleben lassen – wie schon bei der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten«.
Interview für »Stern« [7–9], 30.12.86
10. Profil: »Meinen sie wirklich, daß es nur deshalb Massenmord war, weil ihr Gesprächspartner es so sehen will? Finden sie ihre Worte, gelinde, gesagt, nicht etwas unpassend im Zusammenhang mit Ausschwitz und Treblinka? «
Haider: »Dann möchte ich diesmal unmißverständlich formulieren: Die Verbrechen, die in Ausschwitz und Treblinka begangen worden sind, waren Massenmord«. ...

11. Vorwurf an Haider für rechtsextreme Schreibweise der FPÖ-Zeitung »Kärntner Nachrichten« verantwortlich gewesen zu sein. (Als Führer im Zweiten Weltkrieg benahm sich Hitler ständig wie ein Ehrenmann. Das böse Triumvirat Churchill, Stalin, Roosevelt benahm sich laufend wie sadistische Verschwörer und betrügerische Lügner, die sie in Wirklichkeit auch waren«.

Haider: »Ich habe als Landespartei sekretär im Zusammenhang mit den »Kärntner Nachrichten« keine Kompetenzen besessen«. ... Sofort nachdem ich mein Amt angetreten habe (Obmann der Kärntner FP = Herausgeber) habe ich die Chefredaktion ausgewechselt. Seither haben sich solche unhaltbaren Versuche, den NS zu verharmlosen, nicht mehr ereignet«. ...

12. Haider: »Sie können sicher sein, daß ich die Verbrechen im Dritten Reich aus ehrlicher Überzeugung ablehne und verurteile. Es scheint mir unzulässig, sie mit dem Hinweis auf Greuelthaten der anderen Seite entschuldigen zu wollen«. ...

13. Haider: »Die Massenmorde an Juden dürfen mit Kriegsverbrechen der Alliierten nicht in einem Atemzug genannt werden, weil sie nicht die Folge eines fürchterlichen Krieges waren, sondern dem Rassenwahn des NS-Staates entsprungen sind. Dafür gibt es keine Rechtfertigung«.

14. Profil: Wäre es in ihren Augen respektgebietend, wenn ein solcher Soldat zu den Partisanen flüchtet, um an ihrer Seite gegen Hitler zu kämpfen?

Haider: »Aus meiner Sicht wäre so jemand ein Verräter, weil er damit ja nicht Hitler, sondern seinen eigenen Waffengefährten geschadet hätte«.

Profil: »Ich verstehe und respektiere, daß man von sich selbst sagt, ich brächte es nicht fertig, als Partisan auf meine eigenen Landsleute zu schießen, aber das heißt doch nicht, daß man Leute, die sich aus sehr anständigen Motiven für diesen Widerstandskampf entschieden haben, Verräter nennen kann«.

Haider: »Ich glaube, daß in einer solchen Situation der Kampf ums Überleben im Vordergrund steht«.

Profil: »Warum ist einer, der als Partisan überleben will, ein Verräter?«

Haider: »Weil er sich damit gegen sein Kameraden wendet«.

Profil: »Aber er wendet sich nicht gegen seine Kameraden, sondern gegen ein Regime«.

Haider: »Theoretisch mag das stimmen, praktisch glaube ich, daß der einzelne Soldat, wenn er von der Unsinnigkeit des Krieges überzeugt ist, nur das Recht hat, die Waffen niederzulegen«.

15. Vorwurf der antisemitischen Ausschreitungen beim Innsbrucker Parteitag.

Haider: »Unerhörte Lügenpropaganda«.

16. Profil: »Wäre es nicht taktvoller gewesen, Braunau zu meiden?«
Haider: »Nur wenn man ein schlechtes Gewissen hat«.
17. Profil: »Sie scheinen Probleme mit Interviews zu haben«. ...
Haider: »Ich habe nur Probleme mit bestimmten Journalisten, nämlich mit denen, die unter gar keinen Umständen bereit sind, von ihren Vorurteilen gegen mich und die FPÖ abzurücken, die kurzerhand die Vorurteile abdrucken, wenn sie nicht die Antwort bekommen, die sie sich vorstellen. Dafür regt sich niemand auf, wenn eine bei von ihnen zitierten Großparteien Präsidentschaftswahlkämpfe damit bestreitet, daß sie antisemitische Untertöne als Argumentation verkauft. Das war doch das Übelste, was es seit Jahren in diesem Land gegeben hat. Da hat man ohne mit der Wimper zu zucken, den ohnedies latenten Antisemitismus geschürt«.
 Interview für »Profil«[10–17], 17.3.87
18. »Man dürfe nicht zulassen, daß Schmutzkübel über eine ganze Generation ausgeschüttet werden. Als Gralshüter der Moralität kann sich nur ein Staat aufspielen, der selbst eine reine Weste hat, nicht aber, der zugeschaut hat, wie Hunderttausende Sudetendeutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden und der als erster eine Atombombe geworfen hat«.
 »Kleine Zeitung«, 1994.
19. FPÖ-Chef Haider stellte fest, offenbar würden einflußreiche Kreise in den USA erst dann eine Ruhe geben »wenn in Österreich das letzte Kriegerdenkmal für die Gefallenen abgerissen wurde«.
 »Kronen Zeitung«, 12.6.87 (Quelle: Tributsch 1994, 173).
20. »Die Regierung zieht auf brutalste Weise das Bauernopfer durch« sagte Haider und sprach in diesem Zusammenhang von einer »Endlösung der Bauernfrage«.
 Freiheitlicher Pressedienst, 17.6.87 (Quelle: Tributsch 1994, 174).
21. Die Presse: »Sie haben am Nationalfeiertag gemeint, Österreich sei 1938 von einer Diktatur in die andere geschlittert. Sehen sie wirklich keinen Unterschied zwischen dem Ständestaat und der nationalsozialistischen Herrschaft?«
Haider: »Vom Faktum her ist es sicherlich eine Realität, daß 1938 nicht zuletzt deshalb so viele sich hoffend an den NS gewandt haben, auch viele Sozialdemokraten, weil sie die Diktatur des Dollfuß-Regimes kennengelernt haben. Wenngleich man im Detail natürlich massive Unterschiede herausfinden kann. Insbesondere was die Diskriminierung von ethnischen und rassistischen Minderheiten in einem Volk betrifft. Man soll das aber nicht entschuldigend für die Diktatur, die in Österreich unter dem Dollfuß-Regime existiert hat sagen, denn die war schlimm genug«.
 Interview für »Die Presse«, 4.12.87

22. Bedauerlicherweise schlecht bewandert zeigte sich Dr. Marjan Sturm in seiner Presseaussendung. Das von Dr. Sturm so heftig kritisierte Zitat: »Wer sich mit Hunden ins Bett legt, darf sich nicht wundern, wenn er mit Flöhen aufwacht,« das FPÖ-Obmann Dr. Haider in seiner Aussendung gebrauchte, stammt nämlich vom großen amerikanischen Präsidenten Thomas Jefferson. Diesen Ausspruch Jeffersons, ... in Zusammenhang mit der »Ungeziefer-Diktion« der Nationalsozialisten zu bringen, zeigt von bemerkenswerter Ahnungslosigkeit und einem kuriosen Geschichtsverständnis. Freiheitlicher Pressedienst, 17.1.88 – (Quelle: Tributsch 1994, 201).
23. Wochenpresse: »Sie reden von einer morschen Einheitspartei. Das ist eine Diktion aus der nationalsozialistischen Zeit«.
Haider: »Aber wirklich nicht. Sind sie mir nicht böse, etwas das im deutschen Sprachgebrauch üblich ist, können sie doch nicht in dieses Eck stellen. Da müssen sie dem Jörg Haider ein Redeverbot geben. Wenn wir so anfangen, dann ist das bitte eine Art der Christenverfolgung, die es in Österreich bisher noch nicht gegeben hat.
24. Wochenpresse: Mit ihren Ausländer-raus Sprüchen haben sie bei der rechtsradikalen Gruppe um Gerd Honsik dickes Lob geerntet.
Haider: Ich habe mich immer abgegrenzt gegenüber diesen Aktivitäten. ... Es gibt ja auch andere Beispiele, ich bin ja auch schon in der kommunistischen Volksstimme gelobt worden. ... Das kann ich mir nicht aussuchen.
Interview für »Wochenpresse« [23–24], 23.1.88
25. »Es sei ›stets dieselbe Gruppe der Vergangenheitsbewältiger‹, die mit Schuldzuweisungen auftrete. Im Falle des Jahres 1938 gelte es, ›der Opfer, der Ermordeten, der gefallenen Soldaten, der Witwen und Waisen und der schwergeprüften Mütter zu gedenken.‹ Statt dessen aber werde heute die Vergangenheitsbewältigung allzu häufig als Vergewaltigung der Vergangenheit betrieben. Besonders die Schule habe als Bildungsorganisation in diesem Falle kläglich versagt. Österreichs Freiheitliche wollen nun keineswegs eine Art alternative Geschichte in ihrem Sinne schreiben, das Gedenken an das Jahr 1938 dürfe allerdings nicht zu einem ›Femegericht der Umerzieher, bei dem die geschichtslose Generation als Geschworene‹ auftritt, werden«.
»Kärntner Nachrichten«, 11.2.88
26. Haider: »Ich will mehr Selbstbewußtsein. Für mich gibt es überhaupt keine Kollektivschuld. Nach dem Krieg sind viele verfolgt, bestraft, zum Tode verurteilt worden, die sich als Nationalsozialisten gegen Menschenrechte und Hab und Gut der Bevölkerung versündigt haben. Allein in Österreich sind 36 Menschen durch die Todesstrafe umgekommen. Tausende wurden eingesperrt. 500.000 haben politische Rechte verloren. Das ist vorbei. Eine zweite Abrechnung ist fragwürdig«.
Interview für »Wiener« (Quelle: Tributsch 1994, 205).

27. »Das ist eine Vergewaltigung des Parlaments, die gerade im Gedenkjahr 1988 bedenklich stimmt und der gar nicht scharf genug entgegengetreten werden kann«
schloß Haider
Freiheitlicher Pressedienst, 21.4.88 – (Quelle: Tributsch 1994, 208).
28. »Wenn du so etwas sagst, wirst du ja gleich zum Faschisten gestempelt. Wenn das so ist, dann gibt es in Österreich aber viele Faschisten«.
»Profil« 27.6.88 – (Quelle: Tributsch 1994, 215).
29. »Das wissen Sie so gut wie ich, daß die österreichische Nation eine Mißgeburt gewesen ist, eine ideologische Mißgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache, und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache«.
Interview für ORF: Inlandsreport, 18.8.88 – (Quelle: Tributsch 1994, 217).
30. »Ganz bewußt habe er eine breite Diskussion über die Begriffe Staatsbewußtsein, Volkszugehörigkeit und Nation provozieren wollen. ... Am Ende dieser Diskussion sollte seiner Meinung nach eine klare Unterscheidung zwischen den Begriffen ›Staatsnation‹ und ›ethnischer Nation‹ stehen. Außerdem, so Haider wörtlich: »Ich möchte gerne wissen, inwieweit bewegt das die Partei und ihre Anhänger«. ... Die Reaktionen der beiden Großparteien sind in seinen Augen »böartig«.
»Die Presse«, 24.8.88
31. Haider: »Es kann doch kein Verbrechen sein, wenn man unterscheidet zwischen dem Bekenntnis zum Staat und einer kulturellen Identität«.
32. Haider: »Es gibt in allen Parteien Leute, die Nationalsozialisten waren, als Wähler und als Funktionäre. Bei uns haben nur jene ehemaligen Nazis eine Heimat, die den Weg in die Demokratie gefunden haben. Die können wir doch nicht als Aussätzige behandeln. Abgesehen davon haben sie ihren Beitrag zum Wiederaufbau wirklich geleistet. Die anderen aber, die Ewiggestrigen, sind für uns nicht relevant«.
Kurier: Aber wählen dürfen sie den Haider schon.
Haider: »Das kann man sich ja nicht aussuchen«
Interview für »Kurier«, [31–32]
33. Haider: »Aber Österreich war halt auch unter den Verlierern. Und hat daher nach dem Krieg manches mitzutragen gehabt«.
Profil: »Österreich war unter den Verlierern.? Wer hat den Krieg eigentlich verloren«.
Haider: »Das nationalsozialistische Regime mit den von ihm beherrschten Bereichen und Staaten«.
Profil: »Das sind wir?«

Haider: »Wir waren halt auch dabei, daher hat man folgende Kombinationen aufgebaut: Österreich ist 1938 überfallen worden und wir sind 1945 erst wieder zu uns gekommen und wir haben im Prinzip keinen Anteil gehabt. ... Es waren die Österreicher, die mit in der deutschen Wehrmacht waren«.

Interview für Profil, 29.8.88

34. FP-Obmann Haider hat Donnerstag den Großparteien vorgeworfen, mit der Zusammenlegung der Landtagswahlen in Salzburg, Kärnten und Tirol der FPÖ den »totalen Krieg« erklärt zu haben.
»Arbeiterzeitung«, 25.11.88 – (Quelle: Tributsch 1994, 219).
35. »Die SP praktiziert NS-Methoden. Damals hießen die Slogans ›Kauft nicht bei Juden! Sprecht nicht mit Juden!‹ Die Sozialisten sagen: ›sprecht nicht mit Freiheitlichen. Das ist eine Vorgangsweise, die undemokratisch und menschenverachtend ist«.
»Die Presse«, 30.3.89 – (Quelle: Tributsch 1994, 219–220).
36. AZ: »Kann man vielleicht ihre Antwort auf die ihnen kürzlich gestellte Frage nach dem größten Bösling der Neuzeit erklären? Sie haben Churchill genannt. Na halt, fällt einem da ein. ... Da hat es doch den Hitler gegeben und den Stalin«.
Haider: »Ich habe nie gesagt, daß das eine erschöpfende Antwort war«. ...
AZ: »Aber wieso kommen sie auf Churchill? Wieso kommt ihnen nicht Hitler oder Stalin in den Sinn?«
Haider: »Churchill und Stalin. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit«.
AZ: »Und Hitler ist ihnen nicht eingefallen, so spontan?«
Haider: »Über den redet ja jeder, das setze ich voraus«.
37. AZ: »Und wie ist das mit der österreichischen Nation als ›ideologischer Mißgeburt‹. Man kann ja darüber diskutieren. Aber bei der grauenhaften Geschichte des österreichischen Deutschnationalismus, bei allem was passiert ist, kann man da so locker reden«.
»Ich gehe davon aus, nicht soweit von der Vergangenheit belastet zu sein, daß ich auch in Zukunft immer alles offen diskutieren kann. ... , weil ich so unbelastet bin, daß ich diese Ausdrücke verwenden kann, die einfach auf die Situation passen. Die Dinge müßten allerdings beim Namen genannt werden«.
38. AZ: »Jetzt haben sie den Ehrenschutz über eine Veranstaltung der Kameradschaft IV (der Waffen-SS) übernommen. Warum tun sie das?«
Haider: »Aus einem einfachen Grund, weil ich glaube, daß der große Teil dieser Generation, die ja heute in allen Lagern beheimatet ist, ihre Lektion gelernt hat«. ...
AZ: »Wenn man die Publikationen (der Kameradschaft IV) anschaut, fällt da viel unter das Wiederbetätigungsgesetz«.

Haider: »Das weiß Ich nicht, aber ich habe keinen Grund an den Personen zu zweifeln. Ich glaube wir sind ein wenig selbstgerecht. Und Leopold Wagner hat in einer Phase des Bundespräsidentenwahlkampfes doch auch ohne Widerspruch den Ehrenschatz beim Treffen der deutschen Ritterkreuzträger in Spital an der Drau übernommen und die Festrede gehalten«.

Interview in »Neuer AZ« [36–38], 30.6.89

39. Nach 1945 stand man vor den »Trümmern der europäischen Katastrophe«
»Neue Freie Zeitung«, 2.11.89 (Rede anlässlich des »Staatsfeiertags«)

40. »Haider hält das für eine Ungeschicklichkeit (Verbot einer Lesung des rechtsextremen Historikers David Irving in Innsbruck, P.Z.). Eine liberale Demokratie müsse eben so gefestigt sein, Meinungen auszuhalten, die man nicht teile«.
Wiener Zeitung, 11.9.89

41. »Nicht die braune Brut ist die Gefahr, sondern das rote Gesindel« verkündete FP-Chef Jörg Haider bei seiner Wahlkampf-Abschlusskundgebung in Wien.
»Der Standard«, 5.10.90 – (Quelle: Tributsch 1994, 231).

42. »Wir brauchen keine pragmatisierten Vergangenheitsbewältiger, sondern tüchtige Zukunftsdenker«.
»Der Standard«, 14.1. 91 (Neujahrsrede) – (Quelle: Tributsch 1994, 234).

43. »Das ist durchaus ein – und ich sage es hier sehr bewußt – faschistoider Zug«.
ORF-Mittagsjournal, 23.4.91 – (Quelle: Tributsch 1994, 237).

44. »Man übt Psychoterror aus. Ich kann dieses ganze häßliche Nazi-Zeugs nicht mehr hören. Junge Leute werden in Firmen fertiggemacht, weil sie FPÖ-Mitglieder sind. Diese menschenverachtende Hetzjagd, die uns in den Widerstand treibt«.
Interview für »Basta«, 6/91 (Quelle: Tributsch 1994, 239).

45. »Unsere Soldaten waren nicht Täter, sie waren bestenfalls Opfer«. Haider verstieg sich sogar in den Gedanken, daß den alten Wehrmachts- und Waffen-SS Haudegen Freiheit und Demokratie zu verdanken sei, was auch deren Kritiker, »die sich ohne ihr eigenes Zutun ins gemachte Nest der Demokratie und der Wohlstandsgesellschaft gelegt haben« endlich anerkennen sollten. »Meine Damen und Herren, geistige Freiheit ist in der Demokratie etwas selbstverständliches , aber sie findet dort ihre Grenzen, wo Menschen jene geistige Freiheit in Anspruch nehmen, die sie nie bekommen hätten, hätten nicht andere für sie den Kopf hingehalten, daß sie heute in Demokratie und Freiheit leben können«.
»Profil«, 3.6.91 – (Quelle: Tributsch 1994, 239).

46. »Nein, das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal ihre Regierung in Wien zusammenbringt. Das muß man auch einmal sagen. Offenbar sind die Leute dort so gut ausgestattet gewesen, daß die höhergradigen Hitlerjungen noch fast 40 Jahre eure Partei angeführt haben. Das ist ja auch eine Tatsache«.
»Der Standard«, 13.6.91.
47. »Erst seine Äußerung (über die ordentliche Beschäftigungspolitik, P.Z.) habe das Monopol der linken Geschichtsfälschung an den Pranger gestellt:«
»Der Standard«, 14.10.91 (Quelle: Tributsch 1994, 242).
48. »Wenn man sich vor Augen halte, daß Renner im Laufe der Geschichte vielfach als Kollaborateur mit dem NS-Regime, z.B. beim Anschluß und in der Tschechenfrage aufgetreten sei, so hätte Vranitzky diese Frage zunächst in seiner eigenen Partei zu bearbeiten«.
Freiheitlicher Pressedienst, 12.1.92 – (Quelle: Tributsch 1994, 243).
49. Man solle nicht den Versuch machen »mit der Schlechtigkeit des Nationalsozialismus die Schlechtigkeit des Dollfuß-Regimes entschuldigen zu wollen«.
ORF-Abendjournal, 25.9.1991
50. Haider erklärte, er habe zur Beschäftigungspolitik der NS-Zeit nichts gesagt, was man ihm vorwerfen könnte. Diese Ereignisse von Kärnten seien wichtig gewesen, »weil es jetzt kein Tabu mehr in der Geschichtsdiskussion gebe«.
»Der Standard«, 14.10.1991
51. »Was den Nationalsozialismus betreffe, hätte man aus der Geschichte ordentlich gelernt. Kein Volk könne auf Dauer mit der Kriminalisierung der eigenen Geschichte leben«, meinte Haider, der verlangte, »daß man die ältere Generation endlich einmal in Frieden lassen solle«.
»Der Standard«, 13.1.92
52. Haider ist der Ansicht, daß sich die österreichische Neo-Nazi-Szene »nicht so viel Aufmerksamkeit« verdient hat. Man möge Vorsorge treffen, daß diese Verrückten nicht einfach agieren können, sie dürften jedoch keine maximale Medienpräsenz bekommen. Die rechtsextreme Szene umfaßt nach Haiders Urteil 200 bis 300 »nicht ernst zu nehmende Verrückte, die den Behörden ohnehin bekannt seien. Es bestehe die Gefahr, daß durch die Berichterstattung über die Neonazis im Ausland ein negatives Bild Österreichs im Ausland gezeichnet werde«. ... Zum bestehenden Verbotsgesetz meinte Haider, dieses solle durch die Herabsetzung des Strafrahmens praktikabel gemacht werden.

»Kurier«, 18.1.92

53. »Es ist nicht einsichtig, daß nationalsozialistischer Völkermord unter Strafe gestellt wird, daß aber etwa die Millionenmorde des Stalinismus an unschuldigen Menschen dann straffrei, begünstigt und gutgeheißen werden, wie das etwa durch den bekannten österreichischen Künstler Hrdlicka immer wieder passiert, der heute noch daran zweifelt, ob es diese Morde überhaupt gegeben hat. Jeder andere würde sofort ins Gefängnis wandern«.

»ORF-Mittagsjournal«, 3.2.92

54. »Die faschistische Gesinnung dieser Antidemokraten erfordert eine klare Antwort« (auf Profil gemünzt). Haider erklärte, dies sei eine »Menschenjagd wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann«.

»Die Presse«, 4.2.92

55. Vorwurf an Jungk, er habe ein Jubelbroschüre im schweizer Asyl für die Nazis verfaßt, und dabei den Begriff »Vollbiologische Fortschrittlichkeit« verwendet:

»Ich demonstriere, daß es zwei Klassen von Bürgern gibt«. Er, Haider, habe nach seinem Ausspruch über die ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich als Landeshauptmann von Kärnten zurücktreten müssen. Jungk hingegen könne mit seinem Lob für die »volksbiologische Fortschrittlichkeit weiterhin für das höchste Amt im Staate kandidieren«.

»Wiener Zeitung«, 22.4.92

56. »Diese antifaschistische Heuchelei ist beispiellos. Wer hat denn nach 1945 die ehemaligen Nationalsozialisten umworben und aufgenommen?«

»Kleine Zeitung«, 14.7.92

57. Kol Israel (israelischer Rundfunk): »Herr Parteiobmann, sie haben einmal sinngemäß gesagt, die Soldaten der deutschen Wehrmacht und auch die SS hätten die Demokratie in Österreich erkämpft«.

Haider: »Ich glaub, das ist verkürzt, wenn man das so sieht, denn ich habe davon gesprochen, daß der Kampf der Soldaten dazu beigetragen hat, die Gefahr des Kommunismus zurückzudrängen, was in der Tat ja auch nicht bestritten wird. Damit bot sich die Möglichkeit, daß Österreich den Anschluß im westlichen Bereich an demokratische Verhältnisse gefunden hat, sonst wären wir vielleicht ein Teil des kommunistischen Imperiums gewesen, ohne Demokratie. ...«.

58. Kol: »Aber ohne Aggressionskrieg wäre doch die sowjetische Armee gar nicht nach Österreich gekommen und hätte gar nicht Osteuropa okkupiert«.

Haider: »Die Frage habe ich nicht zu untersuchen, denn da ist die Geschichte sehr im Fluß. Da ist die Frage zu stellen, wie denn die Aggressionsabsichten auf beiden Seiten gewesen sind«.

zit. nach Falter [57–58], 29.1.93

59. »Wir haben eine rechtsfaschistoide Regierung im Amt«.
»Der Standard«, 1.2.93 – (Quelle: Tributsch 1994, 247).
60. »Österreich ist in Wirklichkeit keine funktionierende Demokratie, es ist eine autoritäre Entwicklungsdiktatur unter der Vorherrschaft der Lizenzparteien, die von den Besatzungsmächten zugelassen, aber nie von der Bevölkerung gegründet wurden. ... «
61. »In Wirklichkeit erleben wir in Österreich die Wiedergeburt eines Austrofaschismus. Wer in der Demokratie ausgegrenzt ist, ist im Prinzip ein Faschist, weil er sich mit normalen demokratischen Mitteln nicht zur Wehr setzen kann. Er hat keine Argumente, also setzt er seine Macht ein und die gesellschaftliche Ächtung, um sich die Leute gefügig zu machen«...
62. »Vranitzky war eigentlich der erste Austrofaschist im Nadelstreif«.
Interview für »Basta« 3/93 [60–62] (Quelle: Tributsch, 1994, 248–249).
63. »Ich habe Vranitzky nur vorgehalten, was auch Kommentatoren geschrieben haben – jemand der ausgegrenzt, der keine Diskussionskultur zuläßt, der ist in Wirklichkeit der Faschist«.
»News«, 1.4.93 – (Quelle: Tributsch 1994, 241).
64. Haider verschärfte daraufhin seinen Ton und sprach laut ÖVP-Mann Wurmitzer von »roten und schwarzen Filzläusen, die mit Blausäure bekämpft werden sollten«.
»Profil«, 25.4.94 – (Quelle: Tributsch 1994, 272).
65. Als die FPÖ bei ihrem Volksbegehren dies gesagt habe, sei sie als faschistisch bezeichnet worden. »Ich begrüße den Faschisten Vogler in unseren Reihen«.
Freiheitlicher Pressedienst, 1.5.94 – (Quelle: Tributsch 1994, 274).
66. »Denn das Nichtintegrieren einer ethnischen Minderheit, die schon einmal vor 50 Jahren fast vernichtet wurde, in den Straflagern des Nationalsozialismus, sie wieder auszusiedeln und auszugrenzen, hängt damit zusammen, daß man den Willen, den man hier bekundet, in der politischen Praxis nicht umsetzt«.
»Die Presse«, 9.2.95 (Rede im Nationalrat)

67. Profil: »Herr Haider, ihre innere Einstellung zur NS-Zeit ist seit vergangenem Mittwoch einmal mehr in Diskussion, weil sie – in Zusammenhang mit der beinahe vollständigen Vernichtung von Roma und Sinti durch das Hitler-Regime – von Straflagern gesprochen haben. Warum haben Sie sich bis heute nicht für diese verbale Entgleisung entschuldigt?«
Haider: »Das war keine verbale Entgleisung«
Profil: »Für mich war es eine verbale Entgleisung«
Haider: »Nennen sie es, wie sie wollen. Faktum ist: wer im Duden nachliest, weiß, daß Straflager synonym mit Konzentrationslager zu setzen ist. daher ist es ein Streit, der nur von politisch Böswilligen vom Zaun gebrochen werden kann. Da wollten einige nur politisches Kleingeld wechseln. Ich habe unmißverständlich von der Massenvernichtung in diesen Lagern gesprochen. Daß ich Konzentrationslager gemeint habe, kann niemand wirklich verneinen«
Profil: Warum haben sie dann nicht den eindeutigen Begriff Konzentrationslager verwendet.
Haider: »Ich glaube, daß man den Tugendterror in dieser Republik nicht so gehen lassen kann, daß die ›political correctness‹ von jenen beschrieben wird, die zu einer Minderheit, in diesem Land gehören«.
68. Profil: Ein persönliches Signal der Entschuldigung wäre schon deshalb angebracht, weil diese verbale Entgleisung in Zusammenhang mit dem NS-Regime nicht ihre erste war ...
Haider: »Ich stehe nicht zur Verfügung, die Suada jener Auseinandersetzung, die ich mit Teilen der Linken in Österreich habe, immer wieder wiederzukäuen. Ich habe eine von allen Fraktionen anerkannte Rede gehalten. Ich bitte auch Sie zur Kenntnis zu nehmen, daß das jetzt nicht in der Weise werden kann«.
Profil: »Es geht nicht um Kriminalisierung, sondern um die Frage, daß das Wort vom Konzentrationslager als ›Straflager‹ in einer Tradition von Ausrutschern steht«.
Haider: »Das ist ihre Art von Inquisition«.
Profil: Es ist schlicht eine Frage
Haider: »Aber ihr einziger Lebenszweck besteht doch darin, irgendwelchen freiheitlichen Politikern nachzuweisen, daß sie fürchterliche Menschen sind. Mein Lebenszweck besteht darin, für Österreich etwas Positives zu erreichen«.
 Interview für »Profil« [67–68], 13.2.95
69. Furche: »Man hat ihnen vorgeworfen, daß sie eine Veranstaltung für die Familien der Roma Mordopfer kritisiert und dort Auftretende als Staatskünstler diffamiert haben«.
Haider: »Wenn Solidarität darin besteht, daß Repräsentanten einzelner Gruppen dort auftreten, die Politiker der Freiheitlichen Bewegung imitieren und dort allen Ernstes sagen, wir Freiheitlichen wollen nicht, daß die ethnischen Minderheiten über das ganze Land verstreut, verteilt sind, sondern wir wollen sie konzentrieren in den Straflagern, dann muß ich sagen, daß das weder mit Solidarität noch mit Benefiz, noch mit Humanität

etwas zu tun hat, sondern dann ist das nackte parteipolitische Propaganda, gegen eine erfolgreiche Oppositionsgruppe, wie sie Goebbels nicht hätte besser machen können. Das ist nationalsozialistische Propaganda, die gemacht worden ist, die Hirne der Menschen zu erobern, indem man den politischen Gegner in einer Weise verächtlich macht, wo man wider besseren Wissens und Gewissens etwas unterstellt, was gerade der, den man hier angreift, nie gewollt, nie gesagt und nie getan hat«.

Interview für »Furche«, 23.3.95

70. Über den Tag der Republikgründung.
 »Es waren 1945 nicht sehr viele, die Grund zur Freude hatten oder gar Grund, stolz zu sein. Die Widerstandskämpfer, die diesen Namen auch verdienen, waren zum größten Teil nach dem Juli 1944 hingerichtet worden. Und vielen die sich heute mit dem Widerstand schmücken, haben diese ihre Berufung erst angesichts des Herannahens der Alliierten entdeckt. Gar nicht zu reden von den heutigen Berufswiderstandskämpfern, die 1945 nicht einmal geboren waren«. ...
71. »Meine Freunde, die Befreiung von Hitler war noch lange keine Freiheit für uns. Das war die Freiheit der Sowjets, die Freiheit der Vergewaltigungen, die Freiheit Stalins und auch vielleicht die Freiheit derer, die im ORF das Sagen haben. Unsere Freiheit war das nicht«.
 Bailer-Galanda, 1996, 92–93 [70–71], (Rede zu 50 Jahre 2.Republik 26.4.95)
72. »Und nun geht man daran, mit Scholtens Hilfe die gesamte Wehrmacht zu kriminalisieren, eine entsprechende Ausstellung nach Wien zu bringen. Wohl nach dem Motto: Großväter, ihr habt eure Schuldigkeit getan, ihr habt den Wiederaufbau der Zweiten Republik geleistet, ihr habt uns Rote und Schwarze brav gewählt. Ihr habt uns mit Fleiß eurer Hände getragen und finanziert. Aber jetzt seid ihr nur mehr wenige. Wir brauchen euch nicht mehr«.
 Bailer-Galanda, 1996, 104. (Rede zu 50 Jahre 2.Republik 26.4.95)
73. »Wir feiern den 50.Jahrestag der Wiedererrichtung unserer Republik. Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs hatte zumindest für Österreich ihr Ende gefunden. ... Was geschah am 27. April 1945 genau? ... Es wurde eine provisorische Staatsregierung eingesetzt, unter dem Sozialdemokraten Karl Renner.... Renner war ein bemerkenswerter Mann.... Am 3. April 1938 kurz vor der Volksabstimmung über den Anschluß an das Dritte Reich, im Einklang mit all seinen Aussagen seit 1919 veröffentlichte er folgende Erklärung: ›Ich müßte meine ganze Vergangenheit als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große Geschichte Tat des Wiederezusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte«. Zehn Tage davor hatten Österreichs Bischöfe die selbstverständliche nationale Pflicht uns als Deutsche zum Dritten Reich zu bekennen. ... Derselbe Renner dachte einige Jahre später, nämlich nach Kriegsende, anders: Der Österreicher ist ... strengen Wortsinn kein deutscher Stamm. Gut, waren es die entsetzlichen Erfahrungen unter dem – deutschen – NS-Regime, die Renner seine Lebensphilosophie in sieben Jahren ändern ließ? Waren ihm die Nürnberger Rassengesetze nicht bekannt gewesen? Wußte er nicht, daß Eichmann, Kaltenbrunner, ja Hitler selbst Österreicher waren? Oder begann damals der Prozeß, sich aus der Geschichte und Verantwortung zu stehlen, die Schuld auf andere zu schieben, um mit Halbwahrheiten besser leben zu können? Das sind die Schatten über dem 27. April 1945....

74. Die Wahrheit ist, daß Österreich ebensoviel und ebensowenig Opfer Hitlers war wie Deutschland. ... Die Generation, die die Hölle des NS-Regimes und des Weltkriegs durchgehen mußte, hat bitter gelernt. Diese Generation ist nicht durch Träumerei und idealistischer Euphorie zum demokratischen Bewußtsein gelangt, sondern durch harte Erfahrung. Diese ist das beste Fundament für eine Demokratie. Diese Generation hat den Wiederaufbau geschafft und den Wohlstand ihren Nachkommen weitergegeben. Möge sich jeder selbst ein Urteil über diejenigen bilden, die den Wohlstand nehmen, die Schöpfer aber kriminalisieren. Wir Freiheitlichen sollten das Gedenken an die Wiedererrichtung der Zweiten Republik dazu nützen, daß der betroffenen Generation Gerechtigkeit widerfährt. ...
75. An den Verbrechen der Nationalsozialisten gibt es nichts zu beschönigen und nichts zu leugnen. Aber wenn uns in den letzten Wochen ein Bild von den freundlichen russischen Befreierern präsentiert wird, so ist das haarsträubend. Ausschwitz ist Realität gewesen. Realität waren aber auch ›Befreiung‹ mit Massenvergewaltigungen, Plünderungen, Morden, Massenvertreibungen und Verschleppungen«. NFZ, 4.5.95, [73–75], (Rede zu 50 Jahre 2.Republik 26.4.95)
76. Wirtschaftswoche: Also ist die österreichische Nation keine Mißgeburt mehr?
Haider: »Das habe ich nie behauptet. Ich habe gesagt, der Begriff der österreichischen Nation war damals eine Mißgeburt, weil er nach 1945 nur aus dem Bedürfnis geschaffen wurde, den Österreichern einzureden, sie hätten mit der unmittelbar vorbeigegangenen Geschichte nichts zu tun. Österreich war aber aktiv und passiv am NS beteiligt, und da kann man sich nicht einfach verabschieden aus der Geschichte«.
Wirtschaftswoche: Was ist also die österreichische Nation?
Haider: »Vom Begriff der Staatsnation her, wie ihn die Franzosen sehen, ist Österreich selbstverständlich eine Nation. Wenn man den herderschen Begriff heranzieht, dann gibt es andere Zuordnungen, dann hätte auch die Schweiz zumindest drei Nationen. Aber das sind Spitzfindigkeiten ohne politische Bedeutung«.
Interview für »Wirtschaftswoche«, 20.4.95
77. Kein Protest regte sich, als Haider dann ... dazu aufrief, sich zu den guten und schlechten Tagen Österreichs und Deutschlands zu bekennen und sich gegen jene zu wehren, die »so tun, als wären unsere Väter nur lauter Verbrecher gewesen«.
»Nordwest-Zeitung« (BRD), 21.5.94 – (Quelle: Tributsch 1994, 278).
78. Haider: »Ich habe nie gesagt, Österreich sei eine ›Mißgeburt‹, sondern festgestellt: der Begriff der österreichischen Nation war die Lebenslüge für die Zweite Republik. Dies scheint sich ja nunmehr zu bestätigen. Denn man hat ja geglaubt, man kann sich damit, daß man sagt, wir sind eine österreichische Nation, wir haben eine eigene österreichische Unterrichtssprache, wir haben mit der deutschen Geschichte nichts zu

tun« aus der gemeinsamen Verantwortung auch für den Nationalsozialismus davonestehen. Meine Position war immer, daß ich gesagt habe, »wir sind nicht nur Opfer, sondern waren auch Täter«. Das haben manche nicht wahrhaben wollen, – auch nicht in meiner Partei, auch bei den Sozialdemokraten nicht. ... Ich möchte einen österreichischen, patriotischen Weg gehen und nicht einen großdeutschen für meine Partei. Das müssen auch jene älteren Mitstreiter in unseren Reihen zur Kenntnis nehmen, daß ich dafür nicht zur Verfügung stehe«.

Interview für »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« 7/95

79. NFZ: »Verabschiedet sich die FPÖ von ihren Traditionen?«

Haider: »Davon kann nun wirklich keine Rede sein. ... Wenn das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft ... heute unsere Hauptaufgabe für Österreich sein sollte, dann hätten wir schlicht und einfach das Thema verfehlt«.

NFZ: »Also keine Umorientierung des Dritten Lagers, keine ... Zugeständnisse an den Zeitgeist«.

Haider: »Natürlich nicht. Es geht weder um einen Zeitgeist oder Trend, schon gar nicht um irgendwelche Zugeständnisse, die wir vielleicht machen müßten. Das ist es ja, was uns von den anderen unterscheidet. Wir lassen uns nicht erpressen, lassen uns nichts abpressen. Wir sind und leben der Wahrheit verpflichtet«.

Interview mit »Neuer Freier Zeitung«, 2.8.1995

80. Wochenpresse: Wenn sie die Arbeiterschaft so charakterisieren, assoziiere ich: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Es stimmt ja, daß die Arbeiter durchaus anfällig waren.

Haider: »Naja, wenn man die Geschichte betrachtet, waren die Arbeiter erst anfällig für eine Alternative zum demokratischen Weg, als die politische Führung sie verlassen hat. Als sich die sozialdemokratischen Führer ins Ausland abgesetzt und ihren in Not dahinsiechenden Arbeitermassen vom sicheren Asyl her gute Ratschläge gegeben haben. Das ist dann verständlich in einer solchen Notsituation«. ...

81. »Wir haben im letzten Jahr, gerade unter dem Eindruck der Terrordebatten ziemlich deutlich gemacht, daß wir uns penibel bemühen, den Rand sauber zu halten, und es ist eher bei den anderen etwas passiert: Ob das bei den Grünen war, die sich bis heute nicht klar von ihrer Gewaltszene abgegrenzt haben, oder bei der ÖVP, wo zuletzt sogar ein Bürgermeister beim Hakenkreuzschmierern erwischt worden war«.

82. »Wir schleppen bis zu einem gewissen Grad eine Tradition mit, aber durch das neue Wählerpotential ist das ursprüngliche, 220.000 Wähler ausmachende Potential der FPÖ zur Minderheit geworden. Daher kann man mit Fug und Recht sagen: Eine stärkere österreich-patriotische Profilierung der FPÖ wird in der Zukunft notwendig sein«.

Interview für »Wochenpresse«[80–82], 17.8.95

83. Haider: »Dann müssen wir heute beginnen zu fragen, wie das wirklich war. In der offiziellen Geschichtsschreibung haben die Deutschen begonnen, selbstverständlich«.
Profil: »Wenn wir das richtig verstehen, heißt das, es muß ihrer Ansicht nach die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, insbesondere jene über die Kriegsschuld neu geschrieben werden?«
Haider: »Ich will mich mit diesen Geschichten gar nicht befassen, sondern ich sage, wie immer die Geschichte im Laufe der Zeit noch facettenreicher wird, ist das nicht mein Problem«. ...
84. Haider: »Ich habe gesagt, daß die Wehrmachtssoldaten die Demokratie in Europa, wie wir sie heute vorfinden, ermöglicht haben. Hätten sie nicht den Widerstand geleistet, wären sie nicht im Osten gewesen, hätten sie nicht die Auseinandersetzung geführt, dann hätten wir ...«.
Profil: »Was heißt Widerstand geleistet. Das war ja ein Eroberungsfeldzug der Deutschen Wehrmacht«.
Haider: »Dann müssen wir heute beginnen zu fragen, wie das wirklich war. «
85. Haider: »... Vom Grundsatz her ist anzuerkennen: Derjenige, der als Widerstandskämpfer versucht hat, das politische System auszuheben oder die Führung zu beseitigen, der ist für mich auch Widerstand«.
Profil: »Es gibt ja auch Leute, die versucht haben, Sabotage gegen das Naziregime zu machen«.
Haider: »Da ist für mich die Grenze. Ich sage, jene, die Fronttruppen sabotiert haben, damit die draußen verhungern, oder von den Gegnern liquidiert werden, weil sie keinen Nachschub bekommen haben, die haben meiner Meinung nach keinen Widerstand, der zur Beseitigung des Systems führte, geleistet,«
Interview für »Profil«[83–85], 21.8.95
86. »Die Waffen-SS war Teil der Wehrmacht und es kommt ihr daher alle Ehre und Anerkennung zu, die sie im öffentlichen Leben hat«.
87. Zum Beschluß des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses, die Waffen-SS als verbrecherische Organisation aufzulösen:
»Ich kann mich an einen solchen Beschluß nicht erinnern. Das interessiert mich überhaupt nicht«.
88. Zum Video: »Ich beschäftige mich nicht mit ausländischen Beiträgen, die in die österreichische Politik eingreifen wollen, dieses Video ist sehr bewußt von Österreich nach Deutschland gespielt worden, mit dem Ziel, es wieder in Österreich zur Wirkung zu

bringen. ... Im Grunde ist aber alles, was von mit dort gesagt wurde, absolut in Ordnung«.

»Wiener Zeitung« [86–88], 21.12.95

89. »Das anwesende Publikum ist überhaupt nicht problematisch«
»Kurier«, 20.12.95
90. Ihm sei es immer nur darum gegangen, »die pauschale Verunglimpfung einer Generation, die den Krieg durchgemacht hat, zurückzuweisen und abzuwehren. ... Dabei geht es überhaupt nicht um die Rolle einer Einheit im Rahmen des Nationalsozialismus, dafür gibt es keine wie immer geartete Rechtfertigung, oder für einzelne Teile von organisatorischen Einheiten«.
»Süddeutsche Zeitung«, 27.12.95
91. »Kein Lob an die Waffen-SS«
»Inszenierung, um die ÖVP am Seitensprung mit den Freiheitlichen zu hindern«.
»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 10.1.96
92. Haider: »Ich gebe zu: politisch klug war es ganz sicher nicht. Aber ich will mich auch nicht als Pflichtverteidiger der Waffen-SS mißverstanden wissen, nur weil man sich der älteren Generation gegenüber anständig verhält. Gerade ihr wißt es genau, daß ich für dieses fürchterliche, verbrecherische System des Nationalsozialismus nicht die geringste Sympathie empfinde. Mein Problem ist, daß ich gerecht und anständig sein will und daher gegen jede Art von Pauschalverurteilung auftrete, wobei ich schon zugeben muß, daß ich natürlich von zu Hause geprägt bin. Es belastet mich wahnsinnig, wenn ich in der Zeitung lesen muß, daß mein Vater ein Mörder sein soll. Daher habe ich auch das Bedürfnis, auch dieser Generation gegenüber möglichst gerecht zu sein. Natürlich hat man jetzt wieder einmal die Gelegenheit wahrgenommen, mich damit festzunageln. Wir müssen wegkommen davon, daß sich die FPÖ dauernd mit diesen historischen Dingen auseinandersetzen muß. Wir sind eine Zukunftsbewegung und kein Geschichtspflegeverein. Ich bin nicht mehr bereit, unseren Weg dadurch bremsen zu lassen, daß man sich andauernd mit der Geschichte auseinandersetzen muß. Unsere Gegner wollen uns damit schaden«.
Interview für »TOP« 1/96
93. »Es ist eine unbedenkliche Rede gewesen«. Den Kritikern warf er vor, »das Seelenleben des Volkes zerstören« zu wollen. Deren Ziel sei es, die eigene Geschichte zu diskreditieren. Er habe sich in dieser Frage zwischen Klugheit und Anständigkeit für die Anständigkeit entschieden. Die Diskussion sei ein Instrument, die FPÖ zu erschüttern. Es sei ein Veitstanz, wie er ärger nicht sein könne, der gegen ihn aufgeführt werde. Die FPÖ sei mit einem linken Volksfrontbündnis mit einem Anti-Haider-Komplex konfrontiert. Das ist ein Zustand wie bei den Dissidenten im Ostblock. ... »Wir lassen uns von dieser Jagdgesellschaft nicht so behandeln. Wir sind das Aggressionsobjekt des Volksfrontbündnisses«.
»Der Standard«, 15.1.96 (Rede beim Neujahrstreffen der FPÖ)

94. »Wenn ich keine Rede über die Waffen-SS halte und es wird daraus eine gemacht, muß daraus zwangsweise eine Diskussion entstehen«.
 »Aber ich meine, daß es immer schwerer wird, mich als Nazi anzupatzen«.
 Interview für »Wiener«, 2/96
95. Haider: »Es wird kein Jota der Abweichung geben, der älteren Generation Respekt zu zollen, sowohl für jene, die im Kriegsdienst gestanden sind, wie auch für jene, die Opfer des Nationalsozialismus gewesen sind. Und es gibt keine Partei, die sich in einer ähnlichen Deutlichkeit und Klarheit von einem totalitären Regime wie dem Nationalsozialismus distanziert. Andere in Österreich, wie die SPÖ, haben ihre Macht darauf aufgebaut, daß sie ehemalige hochrangige Nationalsozialisten in ihren Reihen integriert haben und das so lange als salonfähig empfunden haben, solange das eine mehrheitsfähige Bevölkerungsgruppe gewesen ist«. ... Frankl schreibt in seinem Buch »Trotzdem ja zum Leben« in dem er ja seine Erfahrungen als Opfer des Nationalsozialismus in einem Konzentrationslager schildert, daß es auf der einen Seite gute wie böse Menschen gegeben hat und daß man nur individuell Schuld zumessen kann. Und genau das tue ich«. ...
96. Haider: »Ich gehe davon aus, daß Widerstand dann Sinn macht, wenn es um die Ausschaltung eines totalitären Systems geht. Daß Widerstand aber keinen Sinn macht, wenn die Nachschublinien für die Frontsoldaten zerstört worden sind, und die eigenen, die an der Front gelegen sind, krepieren sind«
97. Haider: »Ich bin nicht der Apologet der Waffen-SS«
98. Haider: »Ich bin jemand, der nicht in die Knie geht vor wildgewordenen Linken, die ihre Stärke auf den Schultern von hochrangigen Nationalsozialisten, Waffen-SS Leuten und führenden illegalen Nazis aufgebaut haben und heute so tun, als wäre das alles nichts gewesen«.
 Interview für »Die Presse«, 2.2.96
- 99: Haider: »Es wäre opportunistisch zu sagen, man solle seine Haltung – nämlich die Verteidigung der älteren Generation nur deshalb ändern, weil es politisch im Augenblick der Gunstlage entspricht. Sie werden das von mir nicht hören. Ich nehme auch Nachteile in Kauf, wenn es darum geht, meine Prinzipien zu halten«.
Wochenpresse: »Sie stehen auch heute noch zu ihrer Rede?«
Haider: »Ich stehe zu allem, was ich in meinem politischen Leben getan habe. Die Krumpendorfer Rede ist unangreifbar wie nur. Der gesamte Text ist ja nur zögerlich veröffentlicht worden, weil man sieht, daß alles in Ordnung ist«.
Wochenpresse: Sie halten ihre Formulierung vor den ehemaligen Waffen-SS'lern »ihr seit eurer Gesinnung treu geblieben« für unangreifbar.

Haider: »Das ist mir ja in einem falschen Zusammenhang unterstellt worden«.

Wochenpresse: Ich habe das doch selber im Fernsehen gesehen.

Haider: »Das war ja ein zusammengeschnittenes Video. Wenn sie den gesamten Text anschauen, werden sie sehen, daß das mit den ganzen Vorwürfen, die mir gemacht wurden, nichts zu tun hat. ... Nicht im Schlafe würde ich irgendeine Nazi-Gesinnung honorieren«.

Wochenpresse: »Um es auf den Punkt zu bringen: Die Krumpendorfer Rede war also kein Fehler?«

Haider: »Ich würde mich genieren, mich von Menschen zu distanzieren, die ich im Alltag als rechtschaffene Leute kennengelernt habe, nur weil der Versuch da war, diese Gruppe international zu kriminalisieren«.

Interview für »Wochenpresse«, 21.3.96

100. News: Ihr Spruch von der ›ordentlichen Beschäftigungspolitik‹ im Dritten Reich?

Haider: »Der wirkliche Fehler liegt nicht in der Aussage, sondern darin, daß ein junger Politiker – an den sich Hoffnungen knüpfen – sich mit eher abgegriffenen Themen beschäftigt, die seine Kapazität binden, die auch die Diskussion in eine falsche Richtung lenken: Sie geben den politischen Mitbewerbern die Möglichkeit, abzulenken«.

News: Und was ist mit Ulrichsberg, dem SS-Treffen Krumpendorf?

Haider: »Ich habe inhaltlich kein Problem damit, weil ich glaube, daß ich das alles vertreten kann, daß ich richtig getan habe, gegenüber der älteren Generation anständig zu sein. Aber die Möglichkeit zu schaffen für andere, eine Nazi-Diskussion zu verursachen mit jemandem, der das absolut nicht ist, war politisch zumindest nicht geschickt«.

Interview für »News«, 1.8.96